

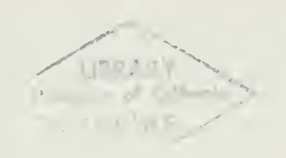
Vom Bismarck der 70er Jahre

von

Adalbert Wahl.



Tübingen
Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck)
1920.





Vom Bismarck der Jahre

Vom Bismarck der 70er Jahre

von

Adalbert Emil August Wahl

Adalbert Wahl.



Tübingen
Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck)
1920.



DD
118
W3

Alle Rechte vorbehalten.

Druck von H. Laupp jr in Tübingen.

Vorwort.

Die Vereinigung der beiden folgenden Untersuchungen in einem Bändchen bedarf nicht eingehender Rechtfertigung. Ihre innere Verwandtschaft, bei scheinbar völliger Verschiedenheit des Gegenstandes, wird dem aufmerksamen Leser einleuchten.

Da die Geschichte des Kulturkampfes des Raumes wegen nicht einmal in Umrissen erzählt werden konnte, sind im Anhang I ihre wichtigsten Daten bis 1876 zusammengestellt worden.

Die im Anhang II veröffentlichten Briefe führen gut in die Stimmungen ein, mit denen der Kulturkampf begonnen wurde, insbesondere zeigen die des Freiherrn Georg von Werthern (später Graf Werthern-Beichlingen — es handelt sich um den hervorragenden Diplomaten, dessen Name so eng mit der Hohenzollernschen Thronkandidatur verknüpft ist), in welchem Grade selbst ein erfahrener und hochgebildeter Politiker die Gefahren und Schwierigkeiten verkennen konnte, die mit dem großen Unternehmen verbunden waren. Aus den so lebensvollen Briefen Wertherns, die manchen Beleg für die Zerfahrenheit der bayerischen Zustände bringen, ist auch das eine oder andere abgedruckt worden, das mit dem Kulturkampf nichts zu tun hat; so die hübsche Schilderung des „Parapodex", den König Ludwig konstruieren ließ; so der m. W. früheste Vorschlag einer Reform des juristischen Studiums in dem Sinne, wie sie seitdem so oft befürwortet worden ist.

Tübingen, Juni 1920.

A. Wahl.

Inhaltsübersicht.

Der aufmerksame Betrachter der deutschen Geschichte der 70er Jahre gewinnt bald den Eindruck, daß in ihr die Motive unseres Zusammenbruchs im Jahre 1918 in unheimlicher Weise anklingen. Gewiß wäre nichts ungesunder, als eine Betrachtungsweise, welche in der glänzenden Geschichte unseres neuen Reichs vorwiegend nach Keimen des Verfalls suchte und schulmeisterlich unter den beispiellosen Leistungen unseres größten Staatsmannes diejenigen tadelte, denen der Erfolg versagt geblieben ist. Aber im gegenwärtigen Augenblick, in dem wir im Innersten erschüttert, den furchtbaren Zusammenbruch vor Augen haben, drängt es den Betrachter, auch aus glänzender Vergangenheit die Anfänge der verhängnisvollen Entwicklung herauszuheben, die im November 1918 zur vollen Auswirkung kam. Wir sehen, wie in der sog. Gründerzeit unmittelbar nach dem Kriege eine ungeheuere Welle von praktischem Materialismus sich über Deutschland ergießt, der alle Erwerbsstände erfaßt und sogar einzelne Elemente in den bis dahin vollkommen lauteren Beamtenkreisen ansteckt. Zum ersten Male sah man damals in Deutschland in großem Maßstab streikende Arbeiter; man erlebte Löhne, die es den Arbeitern ermöglichten, zu prassen, ja Champagner zu trinken; man stand einem mächtigen Anschwellen blutrünstiger sozialdemokratischer Agitation gegenüber, die schließlich den Boden für die Mordversuche von 1878 bereitete. Man mußte mit Kummer auf mehreren Gebieten das Versagen des Reichstages und der in ihm herrschenden Partei, der Partei des höheren deutschen Bürgertums feststellen, dem freilich auch manche hervorragende Leistung zugute zu schreiben war. Ihm gegenüber sehen wir, in der

Verneinung einig, häufig schon die Koalition „Windthorst-Eugen Richter-Grillenberger", die nach dem Sturz des Reichs seine Regierung an sich gerissen hat. Das Jahr 1879 brachte den Bund mit Oesterreich, der, allerdings erst in späterer, unkundiger Handhabung so viel zu unserem Untergang beitragen sollte.

Die 70er Jahre haben schließlich noch in zwei anderen Hinsichten — und damit gelangen wir zu den Gegenständen der zwei folgenden Untersuchungen — verhängnisvolle Entwicklungen sich anbahnen sehen, insofern, als sie durch den Kulturkampf eine unermeßliche Verschärfung der Stimmung der deutschen Zentrumspartei und des Papsttums gegen das Deutsche Reich hervorbrachten, und als sie, besonders in der schweren Krise von 1875, eine erste Annäherung Rußlands und Frankreichs erlebten, der sich für einen Augenblick sogar England und Italien zugesellten, so daß für diesen Augenblick, wie durch einen Blitz in der Nacht der Zukunft beleuchtet, sich die furchtbare Koalition von vier Großmächten zeigte, gegen die wir 1914—1918 zu kämpfen hatten.

Im übrigen werden auf den folgenden Blättern keine Darstellungen, sondern Untersuchungen geboten werden, die in erster Linie — nicht ausschließlich — nach den Plänen Bismarcks fragen. Es soll also in I. vorwiegend nach den Ursachen geforscht werden, die Bismarck zum Kulturkampf veranlaßten, und nach den Gedanken, die er mit ihm verband, in II. nach den Zwecken, die er durch seine Haltung Frankreich gegenüber im Frühjahr 1875 zu erreichen suchte.

I. Untersuchungen zur Geschichte des Kulturkampfes.

Was war das in Wirklichkeit für ein seltsames Unternehmen, das mit dem Namen Kulturkampf bezeichnet zu werden pflegt — so oft es auch in der Politik der 70er Jahre und in der Geschichtsschreibung seither als das Selbstverständlichste von der Welt dargestellt wurde. Es ist ein überaus merkwürdiger Anblick, einen Bismarck sich in einen von vornherein aussichtslosen Kampf stürzen, ihn in diesem Kampf sich fortwährend in den Mitteln vergreifen zu sehen und ihn schon zur Zeit der Ereignisse und nicht erst, wie man gemeint hat, nachträglich, immerfort verkünden zu hören, daß er für die Einzelheiten der Kampfmaßnahmen nicht verantwortlich sei, ja, daß er sie auf das schärfste verurteile! Dementsprechend ist denn auch die Frage nach Bismarcks Motiven überaus verschieden beantwortet worden. Von Forschern höheren Ranges meint der eine, das polnische Motiv, der andere, das parteipolitische, d. h. die Bekämpfung der Zentrumspartei und ihrer überraschend großen Erfolge, sei das maßgebende gewesen, während beide als zureichende Gründe für das gewaltige Unternehmen von Anfang an auch energisch abgelehnt worden sind. Die Zahl der mehr oder weniger abenteuerlichen Erklärungen ist sehr groß. Der Kuriosität halber sei hier aus dieser Gruppe nur eine wiedergegeben: Bismarck hat den Kulturkampf unter dem Einfluß der Jesuiten begonnen. (Von wie vielen Seiten ist Bismarck als Jesuit verdächtigt worden! — ein Beleg für die seltsame Jesuitenriecherei der Zeit und für die Tatsache, daß der Mann, den man im Jahre 1862 teils mit furcht-

barem Ingrimm, teils mit schallendem Gelächter begrüßt, den man aber jedenfalls vollkommen zu durchschauen gemeint hatte, inzwischen der öffentlichen Meinung rätselhaft und unheimlich geworden war.) Die Jesuiten wußten, hieß es weiter, daß der Kulturkampf den protestantischen Massen die Religion rauben werde, daß aber diese Massen auf die Dauer doch nicht ohne Religion auskommen könnten: nach einiger Zeit beabsichtigten sie sie dann für den Katholizismus zu gewinnen!

Um zum richtigen Verständnis zu gelangen, gilt es, sich die Tatsache einzuprägen, daß der Kulturkampf von zwei Verbündeten geführt wurde, Bismarck einerseits, dem Liberalismus anderseits, die nach ihrer politischen Vergangenheit, nach ihren Methoden, nach ihren Zielen, nach ihrer Weltansicht überaus verschieden waren, so daß die Vermutung nahe liegt, daß ihre Ideen auch über den Kulturkampf in wesentlichen Hinsichten weit auseinandergingen. Allein, es ist von vornherein nicht unwahrscheinlich, daß doch auch gemeinsame Ziele der beiden Verbündeten vorhanden waren. Eine einleitende, allerdings einigermaßen ausführliche Betrachtung der Motive und Ziele der Liberalen, der Bundesgenossen Bismarcks im Kulturkampf, ist für die Zwecke der vorliegenden Untersuchung in hohem Grade erwünscht. Denn die Ziele des Liberalismus sind, im Gegensatz zu denen Bismarcks, leicht erkennbar, und sind sie einmal festgestellt, so wird es nicht allzu schwierig sein, zur Sicherheit darüber zu gelangen, welche von ihnen für Bismarck in Frage kamen und welche nicht.

1. Der Liberalismus und der Kulturkampf.

Einen oberflächlichen Betrachter der Geschichte der dem Kulturkampf vorangehenden Jahrzehnte könnte es vielleicht wundernehmen, daß der Liberalismus sich in den großen Kampf gestürzt habe — aber doch nur einen oberflächlichen! Dieser könnte darauf hinweisen, daß in der Revolution von 1848 von einem nennenswerten Mißtrauen

des Liberalismus gegen den Klerikalismus keine Rede war, daß jener vielmehr es ahnungslos zuließ, wie dieser, besonders in der preußischen Verfassung, nach dem gepriesenen belgischen Vorbild, ohne viel Aufhebens davon zu machen, die wichtigsten Positionen eroberte. Es wäre dann weiterhin nicht schwer zu zeigen[1], daß im preußischen Landtag der Klerikalismus an der Seite des Liberalismus die Reaktion bekämpfte, daß er in der Zeit der neuen Aera und vor allem im Konflikt die liberalen Unternehmungen durchaus teilte und stützte — nur daß er etwas vorsichtiger und geschickter zu Werke ging —, wie denn auch noch nach 1870 ein wohlwollender Betrachter, zweifellos mit Recht, bei der Zentrumspartei viel „constitutionalismus vulgaris“ beobachtete[2]. Aber alles das wären, wie angedeutet, doch nur Eindrücke eines oberflächlichen Betrachters. Denn erstens hatten sich zwischen dem Beginn der Konfliktszeit und der Reichsgründung die Dinge auf das maßgebendste verschoben: Enzyklika und Syllabus (und zwar besonders dessen Sätze 42, 79 und 80), ebenso wie das Vatikanum hatten den Liberalismus auf das tiefste erregt; das Jahr 1866 hatte ferner noch einmal, und schärfer denn je, die Frage kleindeutsch oder großdeutsch? gestellt. Der Ausgang des Krieges hatte den Klerikalismus, der auf der großdeutschen Seite gestanden war, wie ein vernichtender Schlag getroffen; auf einige Jahre ist er damals als Partei im Reichstag des Norddeutschen Bundes verschwunden.

Zweitens aber lagen von jeher zwischen Liberalismus und Klerikalismus, trotz allen taktischen Zusammengehens, bekanntlich die tiefsten inneren Gegensätze vor, die auch ihrerseits durch Syllabus und Vatikanum gesteigert worden waren. Einen der wichtigsten

---

[1] Vgl. zum folgenden die zwei Leipziger Dissertationen von H. Donner, Die katholische Fraktion in Preußen 1852—1858, 1909 und H. Wendorf, Die Fraktion des Zentrums (Katholische Fraktion) im preußischen Abgeordnetenhause 1859—1867, 1914 (auch Heft 40 der Leipziger Historischen Abhandlungen).

[2] Ernst Ludwig von Gerlach, Aufzeichnungen 2, S. 375 (11. Dez. 1873).

kann man darin sehen, daß der Liberalismus die Partei der unbegrenzten Geistesfreiheit sein wollte, während der Klerikalismus sich mit stärkster geistiger Bevormundung abfand. Im übrigen waren in bezug auf diesen Gegensatz auch auf der liberalen Seite die Dinge nicht geblieben, wie sie in der ersten Hälfte des Jahrhunderts gewesen waren; vielmehr war im Liberalismus eine Aenderung eingetreten, die jenen Gegensatz wiederum verschärfte. Rühmte sich schon seit den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts ein sehr großer Teil der Liberalen, religiös „freisinnig" zu sein, so eroberte in der zweiten Hälfte der 40er Jahre und mehr noch in den 50er Jahren der Materialismus, damals in seiner Sünde Blüte, eine beachtenswerte Zahl von Durchschnittsliberalen. Unter diesen materialistischen Liberalen fand sich nun eine ganze Anzahl von Kampfnaturen, die für die Verbreitung ihrer „naturwissenschaftlichen Weltanschauung" und zum Teil auch für den Atheismus stritten. Und unter ihren Gegnern haßten sie aus naheliegenden Gründen am meisten die römische Kirche. Ecrasez l'Infâme war wieder ihre Parole.

So schwindet sehr bald jedes Verwundern darüber, daß der Liberalismus sich mit wahrer Freude in den Kulturkampf stürzte, dem er den Namen gegeben hat [1]. Hiermit haben wir nun auch

---

[1] Der unglückliche Name „Kulturkampf" taucht damals, soweit bisher bekannt ist, zum erstenmal in einem von Rudolf Virchow verfaßten Wahlaufruf der Fortschrittspartei vom 23. März 1873 auf. Aus der Zeit vorher ist er bisher zweimal bezeugt. Zum erstenmal im Jahre 1840 in einer anonymen Rezension aus klerikaler Feder (Freiburger Zeitschrift für Theologie 4, 1840, S. 176, Besprechung der Schrift von Dr. L. Snell, Die Bedeutung des Kampfes der liberalen katholischen Schweiz mit der römischen Kurie, Solothurn 1839, 224 S.). Snell hatte gesagt (S. 126): „Auf der einen Seite erblicken wir die Forderungen der Humanität, die Rechte des Staates und die Ansprüche der Kultur der letzten Jahrhunderte; auf der anderen Seite die Ansprüche einer Priesterschaft auf Bevormundung des Staats- und Kulturlebens der katholischen Bevölkerung, auf eine Supremation aus einem dunkeln, untergegangenen Weltalter." Nach Zitierung dieser Stelle fährt nun der klerikale Rezensent fort: „der besagte Kulturkampf betrifft nämlich" usw. Das Wort ist also durchaus in dem uns geläufigen Sinn gebraucht, aber offensichtlich ironisch. In ganz anderem Sinn gebraucht es Ferdinand

eines der Motive gewonnen, welche die Liberalen zum Kulturkampf veranlaßt haben: es galt „Rom“ zu bekämpfen, als Hort der geistigen Unfreiheit — so dachten die einen —, als Hauptsitz einer „supranaturalistischen“, „mittelalterlichen“, „absterbenden“ Weltanschauung, die in unüberbrückbarem Gegensatz stehe zu der „modernen“, „naturwissenschaftlichen“ — so dachten die andern.

Bei diesem ziemlich vage gedachten „Kampfe“ fanden sie dann in den Anfängen Bundesgenossen an Elementen, die ihnen nicht angehörten, nämlich an weiten Kreisen des positiv gerichteten Protestantismus, in dem an manchen Stellen reformationszeitliche Stimmungen erwachten, ferner an liberalen Katholiken, wie Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst, einem der vornehmsten Anreger des Kulturkampfes [1], und, natürlich, am Altkatholizismus. An dieser Stelle sei zu diesem Kulturkampfmotiv nur noch zweierlei bemerkt: es tritt nach den Freiheitskriegen schon sehr frühzeitig auf — ganz deutlich in den 30er Jahren —, um in den 60er Jahren häufiger und leidenschaftlicher verkündet zu werden, und, zweitens: von vornherein war der Eifer in der Verfolgung des Zieles im ganzen größer als die Klarheit darüber, was man denn im einzelnen erreichen und mit welchen Mitteln man vorgehen wollte.

Wenige Belege für diese unendlich weit verbreitete, die eigentliche Kulturkampfstimmung, können hier genügen! [2] Wir be-

---

Lassalle in seinem Aufsatz über Lessing (zuerst in Walesrodes demokratischen Studien II, Hamburg 1861, dann in Reden und Schriften, herausg. von Bernstein, Berlin 1892). Hier heißt es, daß Lessing in einem Kampf gegen die Misère heldenhaft verblutet sei, und von diesem Kampf wird das Wort „Kulturkampf“ gebraucht. Bei dieser Sachlage — erstes Auftreten des Wortes in ironischer Bedeutung an versteckter Stelle, zweites Auftreten in ganz anderer Bedeutung als der später üblichen — ist es am wahrscheinlichsten, daß Virchow es neu geprägt hat. Daneben ist die Möglichkeit hervorzuheben, daß es in dem uns geläufigen Sinn zur Zeit des großen Konflikts schon vor Virchow benützt wurde und nur bisher noch nicht wieder aufgefunden worden ist.

[1] S. s. Denkwürdigkeiten 2, S. 127, 169.

[2] Kißling hat in seiner dreibändigen Geschichte des Kulturkampfes — bei

ginnen mit zwei religiös lebhaft interessierten Autoren. Bluntschli schreibt im Jahre 1868 über Hohenlohe: „Auch er hält den Ultramontanismus für den wahren Feind der fortschreitenden Menschheit“[1]. Zum Jahr 1869 erzählt er von der Tagung des Protestantenvereins in Worms und berichtet über eine zündende Rede Schenkels, in der dieser auf die „merkwürdigen Zeichen unserer Zeit“ hinwies, „in der wiederum ein Papst, „von dem Jesuitenorden getrieben, sich erkühnt habe, die protestantische Welt durch die Aufforderung zu beleidigen, daß sie ihre „Freiheit aufgebe, auf ihre Kultur und ihr Wissen „verzichte und sich der römischen, absoluten Herrschaft unter„werfe“[2]. In demselben Jahre schreibt er: „Wer die ungeheueren „Anstrengungen kennt, welche in der ganzen katholischen Welt im „Hinblick auf das ökumenische Konzil zu Rom gemacht werden, um „die Herrschaft der mittelalterlichen Hierarchie wieder aufzurichten, „den modernen Staat zu bekämpfen und die Kultur des „19. Jahrhunderts mit der Macht der Unwissen„heit, des Aberglaubens und des Fanatismus zu „unterdrücken, der weiß auch, daß dieser Gefahr nicht mit „bloßen Regierungsmaßregeln zu begegnen ist, der wird die Er„weckung des denkenden Volksgeistes und die Sammlung der libe„ralen Partei in jedem von jener Herrschaft bedrohten Lande für „ein dringendes Zeitbedürfnis halten“[3].

Und neben dem unendlich vielgeschäftigen, unruhigen Bluntschli der stille, fromme Abeken, der dereinst davon geträumt hatte, die

---

vollkommener Einseitigkeit doch weitaus die beste Darstellung des Kulturkampfs, die wir in deutscher Sprache besitzen — auch seinerseits zahlreiche Belege gesammelt. Ebenso das vortreffliche französische, ebenfalls von klerikalem Standpunkt geschriebene Werk von Goyau, Bismarck et l'Eglise, le Kulturkampf, 2 Bde, Paris 1911. Von den historischen Schriften aus protestantischer Feder sei hervorgehoben das Büchlein von K. Zuchardt, Der Kulturkampf und Bismarck, Halle 1912, 51 S.

[1] Bluntschli, Aus meinem Leben 3, S. 221.

[2] Ebenda 3, S. 232.

[3] Ebenda S. 244.

beiden Konfessionen vereinigen zu können, um eine möglichst vollkommene, sichtbare Kirche auf Erden zu gewinnen. Er schreibt in seinem Todesjahr 1872 am Ostermontag: „Der unfehlbare Papst „ist der natürliche Feind des Lichts und Lebens, aber ich hoffe und „vertraue, daß Licht und Leben siegen werden“ [1].

Sehr viel aufdringlicher wurde dieser, der eigentliche Kulturkampfgesichtspunkt von denjenigen Vertretern des Liberalismus verkündet, welche in grenzenloser historischer Unwissenheit, in jeder Religion und jeder Kirche Feinde des Fortschritts oder der Bildung, oder wie sie sich sonst auszudrücken liebten, sahen, aber doch die römische Kirche als den gefährlichsten unter diesen Gegnern betrachteten. Man traut seinen Augen nicht, wenn man sieht, wie während des Kulturkampfes selbst in Zeitungen des gemäßigten Liberalismus häßliche Verspottungen des Christentums immer wiederkehren, wobei der römische Katholizismus immer die vornehmste, aber selten die einzige Zielscheibe des erbärmlichen Witzes jener meist kümmerlichen Skribenten ist. Der durchaus liberale Julius von Eckardt schreibt in einer herben Kritik der Masse der Liberalen im Jahre 1868 [2]: „Besonders verletzend berührten mich die Ro„heiten, in welchen diese Männer einander überboten, sobald auf „Kirche und Religion die Rede kam und zu Schaustellungen des „abgeschmacktesten „Aufklärichts“ Veranlassung genommen wurde.“

Welche Dinge, um den Leser mit Beispielen dieser Schmähungen zu verschonen, damals an aufgeklärter Flachheit möglich waren, zeigt uns eine Erzählung Ludwig von Gerlachs [3]. Im Jahre 1875 wurde ihm während einer Reise eine verbreitete Dresdener Zeitung gezeigt, in der sich die Bemerkung fand, ein viel würdigerer Predigtgegenstand als die Auferstehung, an die kein Gebildeter mehr glaube, sei die Entdeckung des Petroleums, das den Armen Leuchtstoff verschaffe! Und um schließlich noch ein Wort von einem vornehmeren Literaturprodukt zu sagen: auch David

[1] Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit, S. 532.
[2] Lebenserinnerungen 1, S. 147. [3] Aufzeichnungen 2, S. 398.

Fr. Strauß' so lebendig geschriebenes letztes Werk, „Der alte und der neue Glaube" mit seinem siegesgewissen und fröhlichen Materialismus gehört in diesen Zusammenhang. Wird es doch von dem Verfasser ausdrücklich in Verbindung mit dem Kulturkampf gebracht. Hier zahlt nun Strauß der Zeitstimmung seinen Tribut, indem er sich gelegentlich zu Wendungen hinreißen läßt, die das christliche Empfinden schwer verletzen konnten oder mußten, so wenn er [1] die (vermeintliche) Lehre des gesamten Christentums, daß die Zahl der Verworfenen die der Erwählten ganz unendlich übersteige, einen „unbefriedigenden Rechnungsabschluß" nennt. Ein andermal [2] meint er: „Christus mußte in der Wüste versucht worden sein, „wie das Volk Israel unter Moses, nur daß er in dem Examen „rigorosum besser bestand." Weitaus am meisten Anstoß erregte der bekannte Satz [3]: „Historisch genommen, d. h. die ungeheueren Wir„kungen dieses Glaubens mit seiner völligen Grundlosigkeit zusam„mengehalten, läßt sich die Geschichte von der Auferstehung Jesu „nur als ein welthistorischer Humbug bezeichnen." Man sieht, Strauß hatte sich nicht umsonst in die Schule Voltaires begeben.

Zu den eigentlichen Kulturkampfzielen, denen sich anfangs häufig die konfessionellen hinzugesellten, kamen aber beim Liberalismus mehrere andere hinzu. Da war gewiß von großer Bedeutung der eigentlich parteipolitische Zweck der gewaltigen Aktion, d. h. die vom Standpunkt des Liberalismus begreifliche Absicht, die gleich im ersten Deutschen Reichstag in so beträchtlicher Stärke auftretende Zentrumspartei möglichst zu schwächen. Ueber dieses Motiv bedarf es gar keiner näheren Auseinandersetzung.

Dazu kam aber ein weiteres. Bei den Nationalliberalen, die als beherrschende Partei im Norddeutschen und im Deutschen Reichstag, ebenso wie im preußischen Abgeordnetenhause auftreten konnten, zeigte sich von Anfang an die Neigung, der Staatsomnipotenz die Wege zu ebnen. Es ist das ja psychologisch in hohem Grade er-

[1] 6. Aufl., Bonn 1873, S. 34.
[2] Ebenda S. 52. [3] Ebenda S. 72/3

klärlich. Das Jahr 1866 hatte fürs erste eine regelrechte Bekehrung des größten Teils der Liberalen gebracht. Bis dahin Vertreter eines staatsfeindlichen Individualismus, hatten sie, belehrt durch die Wucht der Tatsachen, sich in aller Form entschlossen, in Zukunft mehr Sinn für die Aufgaben und Bedürfnisse des Staates zu entwickeln [1]. War es ein Wunder, wenn sie nun auf einige Jahre dazu neigten, in dieser Richtung zu weit zu gehen, zumal sie das Staatsleben maßgebend beeinflussen konnten? Nichts aber pflegt dem Vertreter der Staatsomnipotenz so völlig unerträglich zu erscheinen, wie die Rechte der Kirchen und voran wieder die der katholischen Kirche. Hermann Oncken meint einmal in seinem Bennigsen [2] — offenbar lobend —, wie die französische Konstituante der großen Revolution, als sie die Zivilkonstitution einführte, sei auch der deutsche Nationalstaat davon durchdrungen gewesen, daß die Verhältnisse der Kirche vom souveränen Staat einseitig, ohne Verhandlungen mit der Kirche zu regeln seien. Ob zahlreiche Liberale an jenen Vorgang gedacht, ja ob er ihnen auch nur bekannt gewesen ist, möchte dahingestellt bleiben; sicher aber ist, daß in der Tat die — für ihre Träger so verhängnisvolle! — Stimmung in beiden Fällen dieselbe gewesen ist. Verhängnisvoll, denn kein politisches Unternehmen hat in dem Grade zur Entstehung des jüngsten Ultramontanismus beigetragen, wie gerade die Zivilkonstitution. War es da nicht sicher, daß neue Bestrebungen in derselben Richtung zu einer weiteren Stärkung der kurialen Tendenzen notwendig führen mußten? Aber, aus der Geschichte anderer Völker und Zeiten zu lernen, ist niemals Sache des Liberalismus gewesen.

Schließlich noch das weitaus achtenswerteste Motiv des Liberalismus beim Kulturkampf, das aber merkwürdigerweise in keiner Darstellung und auch in keiner deutschen Quelle in voller Schärfe und Klarheit sich ausgesprochen findet! Der Kulturkampf ist ein

---

[1] Belege in meinen Beiträgen zur deutschen Parteigeschichte, Hist. Zeitschr. 104, S. 592 ff.

[2] 2, S. 231.

Teil des Kampfes gegen den Partikularismus; dadurch hängt er auf das engste mit der größten positiven Leistung des gemäßigten Liberalismus zusammen. Die Nationalliberalen betrachteten es bekanntlich nach 1870 als ihre vornehmste Aufgabe, das so plötzlich errungene Reich zu befestigen und seine Einrichtungen in zentralistischem Sinne auszubauen. Es wäre eine ganz falsche Ansicht, wollte man, etwa aus den Vorstellungen einer späteren Zeit heraus, annehmen, daß sofort nach dem Kriege das neue Reich als in seinem Bestand völlig gesichert gegolten hätte. Vielmehr begegnen wir an zahlreichen Stellen bangen Zweifeln in dieser Hinsicht; so beim alten Kaiser und beim Kronprinzen, aber auch bei einer Fülle von minder hoch gestellten Persönlichkeiten. Um nur ein Beispiel aus vielen zu nennen! Der frühere oldenburgische Gesandte W. von Eisendecher frägt am 3. März 1873 Robert von Mohl[1], wie er sich zum neuen Reich stelle; er selbst sei optimistisch. „Aber, wie „vieles muß sich im neuen Reich erst noch erfüllen, bis die glück„lichen Anfänge sich ebenso glücklich bewähren werden." Eisendecher zweifelt dann weiterhin, ob Mohl seinen Optimismus in bezug auf die Aussichten des Reichs teile, „der übrigens auch hier oft genug mit hohem und höchstem Pessimismus zu kämpfen hat".

Vor die Aufgabe gestellt, die Reichsgewalt durch zentralistische Einrichtungen zu befestigen und zu erweitern, hat der Nationalliberalismus rüstig Hand angelegt und sich bedeutende Verdienste erworben. Allerdings beging er dabei auch charakteristische Fehler: bei der weitaus wichtigsten zentralistischen Einrichtung, nämlich der Schöpfung eines genügenden Reichsfinanzwesens, versagte er zum guten Teil; vor allem war die Ablehnung des Tabakmonopols (1882) ein Verbrechen am Reich. Es traten dabei eben wieder die alten verhängnisvollen Traditionen des Liberalismus an die Oberfläche: die Neigung zur Steuerknauserei und besonders der Gedanke, die Macht des Parlaments durch Aufrechterhaltung finan-

[1] Mohl-Korrespondenz in der Tübinger Universitätsbibliothek.

zieller Schwierigkeiten der Regierung zu stärken. Zweitens aber hielt der Liberalismus irrtümlicherweise zweierlei ganz verschiedene Dinge für identisch: die Schaffung von zentralistischen Einrichtungen einerseits und die Erweckung von Reichsgesinnung anderseits. In seiner traditionellen, ebenfalls seinem Wesen entsprechenden Ueberschätzung der Bedeutung von Gesetzen und Einrichtungen wähnte er, zentralistische Einrichtungen müßten notwendig auch die Reichsgesinnung fördern. Dieser Zusammenhang brauchte aber keineswegs immer vorhanden zu sein: es ist mehr als fraglich, um ein Beispiel aus späterer Zeit zu geben, ob die Einführung der Pickelhaube und der deutschen Postwertzeichen in Bayern nicht den Partikularismus verstärkt hat, statt ihn zu schwächen. Ganz ähnliches gilt nun auch vom Kulturkampf. Trotz dieser Einschränkungen bleibt aber das oben ausgesprochene günstige Urteil über diese Seite der Politik der Nationalliberalen im ganzen in Gültigkeit.

Zu diesem Kampf also gegen den Partikularismus und für die Reichseinheit gehört durchaus der Kulturkampf als Kampf gegen die Zentrumspartei. In der Tat verband sich die Zentrumspartei überall mit dem Partikularismus; so bekanntlich vor allem in Bayern. Im weiteren Sinn gehört der Bund der klerikalen Partei mit den Welfen und den Polen ebenfalls hieher. In Baden war der Kampf zwischen Staat und Kirche seit Jahren im Gange: auch hier zugleich ein Kampf gegen den Partikularismus! Es war kein Zufall, daß viele der zahllosen publizistischen Aufrufe zum Kampf an Preußen aus Süddeutschland kamen; so, um nur ein Beispiel zu nennen, einer in den Preußischen Jahrbüchern vom Juli 1871 [1]; hier wurde die preußische Regierung aufgefordert, „reinen Tisch zu machen", „durch entschlossenes Vorgehen sich vor ihren unversöhnlichen Feinden zu sichern und sich um unser ganzes Staats- und Kulturleben ein unsterbliches Verdienst zu erwerben". Unten wird ferner darauf hinzuweisen sein, daß die eingeweihten französischen

[1] 28, S. 209.

Politiker den Kulturkampf regelmäßig mit in erster Linie einen Kampf gegen den Partikularismus nennen. Und in der Tat, auch auf Gebieten, die mit Religion und Kirche nicht das mindeste zu tun hatten, finden wir den Klerikalismus immer unter den Gegnern zentralistischer Maßregeln, so z. B. bei der Gründung der Reichsbank [1].

Daß von den eben behandelten Motiven des Liberalismus für den Kulturkampf nur das eine oder andere für Bismarck von Bedeutung sein konnte, liegt auf der Hand. Allein, ehe in den Hauptteil dieser Untersuchung eingetreten werden kann, sind noch einige Präliminarien zu erledigen.

Auf den obigen Blättern ist immer nach den Motiven gefragt worden, die den Liberalismus zu dem großen Kampf veranlaßt haben. Aber — verschiebt diese Fragestellung nicht die ganze Sachlage? Die liberalen Vorkämpfer haben doch immer wieder, hundertfältig — Belege erübrigen sich — erklärt, der Angriff sei von Rom und der Zentrumspartei ausgegangen, sie seien nur in der Verteidigung gestanden, der Kampf sei ihnen aufgezwungen worden, oder wie sonst die immer wiederkehrenden Wendungen lauten. Dabei ist nun zwar an der vollkommensten subjektiven Ehrlichkeit dieser Aeußerungen nicht zu zweifeln; allein diese Tatsache überhebt uns nicht der Pflicht, die Sachlage unsererseits zu prüfen. Da wird sich denn folgendes ergeben. Daß der Ultramontanismus sich seit der französischen Revolution und zwar ganz wesentlich i n f o l g e der Stümperei derselben Revolution mächtig entfaltet hatte, ist bekannt; ebenso daß das Papsttum, gestärkt durch diese Entwicklung, mit zahlreichen Staaten, und zwar katholischen nicht weniger als protestantischen, in heftige Konflikte geraten war. Es ist

---

[1] S. darüber Verhandl. des Deutschen Reichstags, II. Session 1874/5, I, S. 220 ff. (18. Nov. 1874). Vgl. Walther Lotz, Geschichte und Kritik des deutschen Bankgesetzes vom 24. März 1875, 1888, S. 192. Fr. Boettcher, Eduard Stephani, S. 150.

weiterhin unverkennbar, daß sich der Syllabus in unmißverständlicher und hie und da sogar verletzender Form gegen den modernen Staat und vor allem gegen Ideale des Liberalismus gewandt hatte, daß das Vatikanum zwar nichts prinzipiell Neues darstellte, aber doch den Abschluß einer Entwicklung, die die Kirche schließlich zum reinen Absolutismus und vollen Internationalismus geführt hatte, und also die Beziehungen der Staaten zu ihren katholischen Kirchen immerhin nennenswert zu erschweren geeignet war. Alles das leuchtet ohne weiteres ein. Und doch bedeutet diese Entwicklung noch keinen Angriff der Kirche. Daß ihr Beginn ganz wesentlich aus der Verteidigung erwuchs gegen einen täppischen Angriff des Staates auf die, im Frankreich des Rokoko wahrlich nicht angriffslustige und durchaus gallikanisch gesinnte Kirche Frankreichs, ist oben schon angedeutet worden. Syllabus und Vatikanum aber sind zum guten Teil die Antwort auf die Verluste in der weltlichen Herrschaft, deren Rest überdies auf das allerschwerste bedroht war: da sollte innere Kräftigung Ersatz schaffen, wie das ja auch in so großartigem Umfang gelungen ist. Wenn man in dem militärischen Bilde bleiben will: Syllabus und Vatikanum bedeuteten eine mächtige Verstärkung der kriegerischen Rüstung, nicht aber eine Kriegserklärung. Diese Bemerkung muß noch in zwei Richtungen näher bestimmt werden. Es ist dem Historiker wohl bekannt — dem damaligen Liberalismus freilich weniger —, daß es die katholische Kirche von jeher verstanden hat, sobald es taktisch richtig zu sein schien, ihre eigenen Grundsätze zwar nicht aufzugeben — das tut sie vielmehr niemals — aber zurücktreten zu lassen und auf ihre Anwendung auf kürzere oder längere Zeit zu verzichten. Eine Kriegserklärung hätte der Syllabus doch nur dann bedeutet, wenn das Papsttum daran gegangen wäre, aus seinen Sätzen dem Staat gegenüber wirklich die Konsequenzen zu ziehen. Und zweitens: Eine Kriegserklärung Roms insbesondere an Preußen, den führenden deutschen Staat, war am allerwenigsten ergangen. Allerdings lag dafür auch nicht der mindeste Grund vor. „Nirgends in der Welt,

schreibt Gustav Rümelin[1] mit Recht, hatte die katholische Kirche eine freiere Stellung als in Preußen in den fünfziger und sechziger Jahren." Das war denn auch gelegentlich anerkannt worden. Bekanntlich liegen bis unmittelbar vor dem Vatikanum unmißverständliche Aeußerungen von hoher und höchster geistlicher Seite vor, welche die stärkste Befriedigung über die Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Preußen ausdrückten.

Ganz ähnlich lagen die Dinge auch bei der Zentrums p a r t e i: wir sehen auch hier eine gewaltige Steigerung der kriegerischen Rüstung, aber zunächst noch keine Kriegserklärung. Jene Rüstungssteigerung war die Antwort auf Königgrätz — Windthorst hat bekanntlich gesagt, das Zentrum datiere von Königgrätz —, auf die Hinausdrängung Oesterreichs aus Deutschland, auf die Beiseiteschiebung der großdeutschen Lösung der deutschen Frage, oder vielmehr, genauer genommen, auf die Ereignisse von 1870/71, welche diese Entscheidung erst endgültig gemacht und überdies eine zweite katholische Großmacht, die letzte Beschützerin der heiligen Stadt, so sehr geschwächt und so tief gedemütigt hatten. Eigentliche „Reichsfeindschaft" brauchte die Partei deswegen noch nicht zu hegen, mochte sie freilich latent bei manchem ihrer Mitglieder vorhanden sein. Die Identifizierung der von Anfang an maßgebenden partikularistischen Tendenzen der Partei des Zentrums mit „Reichsfeindschaft" beruhte doch auf einem typischen Irrtum des Liberalismus (vgl. o. S. 13). Einer der bedeutendsten Führer der Zentrumspartei, Peter Reichensperger, der übrigens anfangs gegen ihre Neugründung im Jahre 1870 gewesen war[2], hat unmittelbar vor dem Krieg sich energisch für einen protestantischen Kaiser ausgesprochen[3],

---

[1] Reden und Aufsätze, Neue Folge, 1881, S. 259.

[2] S. den Brief des Breslauer Kanonikus Künzer an den Grafen Ballestrem vom Jahre 1872 bei [Robolsky], Bismarck nach dem Kriege, S. 20. Danach sind die betr. Bemerkungen in Pastors August Reichensperger richtig zu stellen.

[3] S. seine Erzählung an L. v. Gerlach, in dessen Aufzeichnungen 2, S. 364 (7. Mai 1873).

und am 26. November 1870 im Reichstag des Norddeutschen Bundes der Hoffnung auf die Wiedererrichtung des Kaisertums starken Ausdruck gegeben[1]: „Ich hege keinen Zweifel, daß unter un„seren Augen die Tore des Kyffhäusers sich öffnen, und daß wir „den Morgengruß des erwachenden deutschen Kaisers[2] vernehmen „werden". Vorausgegangen war freilich charakteristischerweise ein starkes Bekenntnis zum Föderalismus, als notwendigem Grundprinzip des zu gründenden Reichs. Für die Frage, wer von den beiden großen, zum Kampf gerüsteten Parteien tatsächlich den Krieg begonnen hat, ist eine Niederschrift Chlodwig Hohenlohes über Fraktionsberatungen in Sachen des Kanzelparagraphen vom Ende November 1871 von größter Bedeutung[3]. Er schreibt: „Bennigsen „hielt es für nötig, einen Schritt zu tun, um die Ultramontanen „aus ihrer defensiven Haltung heraus zu bringen. Eine andere „Gelegenheit lasse sich jetzt nicht mehr finden."

Nach alledem wird man nicht im Zweifel sein, daß der Angriff von der liberalen Seite ausging, wenn auch der Liberalismus vollständig ehrlich davon überzeugt sein mochte, daß das umgekehrte der Fall gewesen. Die Gegenseite war ihrerseits zum Kampf wohl vorbereitet und zögerte keinen Augenblick, sich freudig in ihn zu stürzen.

Fragen wir weiter nach den Mitteln, welche dem Liberalismus für den Kampf zu Gebote standen und dann nach den konkreten Zielen, die diejenigen mit ihm verfolgten, denen als Kampfziele der „Kulturkampf", „die Bekämpfung der römischen Finsternis" und dergleichen doch zu allgemein gefaßt war.

Da war zunächst, gewiß für viele Liberale das vornehmste Kampfmittel, die geistige Waffe, gehandhabt in Reden und Schriften

---

[1] Stenogr. Berichte über die Verh. des Reichstags des Norddeutschen Bundes, I. Session 1870, V S. 9.

[2] So zu lesen statt „Kaiserreiches", nach P. Reichensperger, Kulturkampf oder Friede zwischen Staat und Kirche, S. 24.

[3] Denkwürdigkeiten 2, S. 73 (30. Nov. 1871).

aller Art, von der dickleibigen historischen oder kirchenrechtlichen Darstellung bis herab zur Broschüre, zum Zeitungsartikel, und zum Roman. Sie sollte zur Festigung der Gemüter der Parteigenossen dienen und zur Ueberredung oder Ueberzeugung eines Teils der Gegner. Es ist merkwürdig, welchen Illusionen man sich dabei in letzterer Hinsicht hingab. Das Unternehmen war, von ganz wenigen Ausnahmeerscheinungen abgesehen, zum Scheitern verurteilt. Man vergaß, daß man sich gegen ein festgefügtes System wandte, mit dem seine Anhänger mit verschwindenden Ausnahmen im höchsten Grade zufrieden waren. Man hatte sich auf liberaler Seite keineswegs klar gemacht, daß der päpstliche Primat zum Dogma der römischen Kirche gehört, und daß die Steigerung dieses Primats zum vollen Absolutismus nur wenigen Katholiken wirklich unerträglich erschien, der erdrückenden Mehrzahl völlig gleichgültig war, einer großen Zahl unter ihnen aber sympathisch, denjenigen nämlich, welche wohl wußten, daß die letzte Zeitepoche, in der der Primat zurückgetreten war, das 18. Jahrhundert, zugleich eine Zeit bedenklicher Erschlaffung der katholischen Religiosität bedeutet hatte. Alle Nachweise, daß der Primat in fernen früheren Zeiten, etwa dem hohen Mittelalter, unendlich viel weniger bedeutet hatte, als im späteren Mittelalter, besonders aber in den Zeiten nach dem Tridentinum und mehr noch nach dem Vatikanum, verfehlten daher völlig ihre Wirkung. Man verkannte ferner, daß selbst bei der Mehrzahl der gebildeten Katholiken, um von den Massen zu schweigen, die vom Liberalismus mit Recht so hoch gestellte Idee der vollen geistigen Freiheit durchaus keinen Anklang fand. Es war ein völlig vergebliches Unterfangen, die geistige Freiheit Persönlichkeiten aufdrängen zu wollen, die nicht nach ihr verlangten. Darf man doch, ein Wort Platos — die Gleichheit nur den Gleichen — variierend sagen: „Die Freiheit nur den Freien." — Aber alle diese Bemühungen, mit geistigen Waffen zu siegen, waren nicht nur von vornherein zum Scheitern verurteilt, sie haben vielmehr nach Lage der Sache nur dazu beigetragen, den

Eifer auf der Gegenseite anzufachen und diese also unendlich zu kräftigen, zumal ein immerhin erheblicher Teil der in Frage kommenden Reden und Schriften durch Religionsfeindschaft und platten Rationalismus den wertvollsten Agitationsstoff bot.

Neben diesen Kampf mit den geistigen Waffen trat dann der durch die Gesetzgebung[1]. Hierbei sind zunächst diejenigen Gesetze auszusondern, welche sich unmittelbar nur gegen die Zentrumspartei richteten und ihre Agitation zu unterbinden suchten, der Kanzelparagraph, ferner das dritte der Maigesetze, das Gesetz vom 13. Mai betreffend die Grenzen des Rechts zum Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel. Die übrigen zielten höher. Da ist denn zuerst die Frage zu stellen, ob man sich mit diesen Gesetzen ein positives kirchenpolitisches Ziel gesetzt, ob sie also geeignet waren, etwas neues an die Stelle des bisherigen Verhältnisses von Staat und Kirche zu setzen. Die Frage ist schon in den Zeiten des Kulturkampfes gestellt und mit Recht verneint worden[2]. Ein Teil der Gesetze beruhte auf dem Gedanken der

---

[1] Der Gegenstand kann schon hier behandelt werden, da die Mehrzahl der Kulturkampfgesetze von dem liberalen Kultusminister Falk ausging und von weitaus dem größten Teil des Liberalismus mit unbeschränktem Beifall begrüßt wurde. Ueber Bismarcks Anteil an dieser Gesetzgebung s. u. Zum erstenmal findet sich alles wesentliche der Kulturkampfgesetze bis zu den Maigesetzen von 1873 einschließlich (dazu noch einiges andere) gefordert in Emil Friedbergs dickleibigem Werk „Die Gränzen zwischen Staat und Kirche", Tübingen 1872, S. 779—821 und in dem gleichzeitig erschienenen Aufsatz desselben Verfassers über „Das Deutsche Reich und die katholische Kirche", Holtzendorffs Jahrbuch für Gesetzgebung usw., 1871, S. 479 ff. Allerdings wollte Friedberg den Kulturkampf von Reichswegen geführt wissen und verlangte noch das eine oder andere Gesetz, das nicht eingebracht wurde. Trotzdem ist in ihm der vornehmste Inspirator Falks zu sehen. Windthorst seinerseits hielt Bernhard Hübler für „einen der Hauptarbeiter des Ministers Falk". (S. Stimmen aus Maria-Laach 82, S. 268; vgl. Kißling 2, S. 143, wo aber ungenau zitiert ist: „der Hauptarbeiter". Natürlich kann diese Ansicht an der Tatsache nichts ändern, daß Friedberg die Ideen geliefert hat.)

[2] So von Geffcken, Staat und Kirche, 1875, S. 656 ff., und in Fabris Schrift Wie weiter? 1887, S. 21 f. Wenn K. Rößler in der Kulturkampfgesetz-

„Trennung von Staat und Kirche", so das Personenstandsgesetz mit der Zivilehe, so das Schulaufsichtsgesetz; ein anderer auf dem des sogenannten Josephinismus, d. h. der möglichst engen Verbindung der Kirche mit dem Staat, unter weitgehender Unterwerfung der ersteren unter die weltliche Gewalt. Dahin gehören z. B. die Gesetze über die Vorbildung und Ernennung der Geistlichen und über die Strafen mit Wirkung auf die Temporalien usw. Damit verband sich ganz natürlich der Gedanke einer möglichsten Einschränkung der päpstlichen Gewalt über die katholische Kirche Deutschlands. Hierher gehört die Beseitigung der päpstlichen Jurisdiktion, hierher auch das Jesuitengesetz, da man in den Jesuiten nicht ohne Grund die Kerntruppen des Kurialismus sah. Dazu traten einige unverkennbare „Kampfgesetze" im engeren Sinn, d. h. Gesetze, welche nur für eine kurze Kampfzeit gedacht waren, nach der sie, auf Wohlverhalten der Gegenseite oder gegen Konzessionen wieder abgeschafft werden sollten. Hierzu gehört in erster Linie das sogenannte „Brotkorbgesetz".

Dieser Mangel eines einheitlichen Planes[1], was denn kirchenpolitisch an die Stelle des bisherigen Zustandes zu setzen sei, wog sehr schwer. — Dagegen läßt sich in anderer Hinsicht eine gewisse Folgerichtigkeit der meisten Kulturkampfgesetze nicht verkennen. Sie machten ganz vorwiegend den Versuch, die Gemüter der katholischen Bevölkerung der kurialen Richtung zu entziehen. Das ist der Hauptsinn — nicht der einzige — des Schulaufsichtsgesetzes ebensowohl, wie des Jesuitengesetzes und des wichtigsten Maigesetzes, nämlich des ersten dieser Gesetze, das das Kulturexamen und die Mitwirkung

---

gebung ein folgerichtiges System sah (vgl. unten), so meint er das in ganz anderem Sinne.

[1] In den Maigesetzen 1873 im engeren Sinn will Zuchardt (s. o. S. 8 Anm. 1) S. 21 ein folgerichtiges System finden. Er schreibt: „Man merkt, daß sie für den Fall zugeschnitten sind, daß sich größere Teile des katholischen Volkes von der Herrschaft der Kirche frei machen wollen." Diesem Satz kann indessen nur mit Bezug auf einen Teil der Maigesetze zugestimmt werden.

des Staates (Oberpräsidenten) bei der Anstellung der Geistlichen einführte. Konstantin Rößler, der in den Kulturkampfgesetzen ein folgerichtiges System findet, in dem er freilich auch organische Mängel zugibt[1], meint, um die Kirche zur Untertanin des Staates zu machen, habe dieser versucht, dem weltlichen Herrscherarm der Kirche zu entreißen 1. den Bürger, 2. die Jugend, 3. den Priester[2]. Später[3] hat er eine andere Formulierung; er sagt, das Ziel der Maigesetzgebung sei gewesen, 1. den Klerus dem deutsch-feindlichen Einfluß zu entreißen, und 2. die Macht einzuschränken, die ihm für die Bedienung dieses Einflusses zu Gebote stand. Man wird sich mit diesen Ansichten im ganzen einverstanden erklären können, ohne zu verkennen, daß sie nichts an dem Urteil ändern, daß ein positives kirchenpolitisches Ziel eben nicht vorhanden war, besonders von dem Zeitpunkt an, da die Hoffnungslosigkeit der altkatholischen Bewegung klar zutage getreten war.

Die Frage war aber, ob die obengenannten wesentlich negativen Ziele zu erreichen waren. Oder war es eine Frage? Uns zurückblickenden erscheint das Unternehmen von Anfang an als hoffnungslos, und zwar ebenso hoffnungslos in den Zeiten, in denen eigentlich harte Mittel noch nicht angewandt wurden, wie in denjenigen, in denen man zu Maßnahmen griff, die dem überwiegenden Teil der katholischen Bevölkerung schlechthin als Verfolgung erscheinen mußten, wie die Gefangensetzung von Bischöfen und die Belassung von schließlich gegen 1000 Gemeinden ohne Pfarrer und also ohne regelmäßigen Gottesdienst und Seelsorge. Derartiges hat jeden Zweig der christlichen Kirche regelmäßig nur gestärkt, wie die Gesetzgeber der 70er Jahre aus zahllosen Beispielen, am leichtesten wieder aus dem Erfolg der Maßnahmen der französischen Revolution gegenüber

---

[1] In seinem Aufsatz „Der Gang des Kulturkampfs“ (Pr. Jahrb. 1886, Maiheft; wieder abgedruckt in seinen Ausgewählten Aufsätzen, Berlin 1902 S. 280 ff.).

[2] In seinem Buche „Das Deutsche Reich und die kirchliche Frage“, 1876, S. 43 ff.

[3] In dem zitierten Aufsatz S. 283 ff.

der damals sogar völlig erschlafften Kirche hätten lernen können. Mit einer geistig-sittlichen Macht führt man mit solchen Mitteln keinen erfolgreichen Kampf und der Kirche gegenüber verbesserte man auch dadurch nicht seine Lage, daß man ihr sowohl das geistige wie das sittliche Prinzip absprach. Diese Maßnahmen hatten durchaus den entgegengesetzten Erfolg und haben unermeßlich viel dazu beigetragen, den kurialen Einfluß auf die Gemüter zu verstärken und zu vertiefen. Der Liberalismus war wieder einmal das Opfer seiner Unkenntnis der Grenzen dessen geworden, was man mit Gesetzen erreichen kann. Viele von uns werden sich erinnern, daß es in ihrer Jugend in weiten Kreisen der Gebildeten eine nicht seltene Ansicht war, demnächst würde die katholische Kirche wieder Scheiterhaufen für die Andersgläubigen anzünden. Gewiß lag diese Gefahr in Wirklichkeit unendlich fern. Aber um sie zu vergrößern, konnte gar kein wirksameres Mittel gewählt werden, als der Kulturkampf. Nachdem der Mißerfolg mit Händen zu greifen war, verstieg sich der eine oder andere zu geradezu ungeheuerlichen Drohungen. So der obengenannte Konstantin Rößler, der in seinem Werk von 1876[1] meinte, der Staat könne sich eventuell genötigt sehen, allen seinen Bürgern die Religionsübung nach Anleitung des römischen Klerus zu verbieten! Es erübrigt sich, darauf hinzuweisen, daß auch derartigen Monstermaßregeln der Erfolg notwendig hätte versagt bleiben müssen.

Mit diesen Bemerkungen sind wir schon tief in die Kritik des Kulturkampfs hineingelangt. Ja, die wichtigsten Gesichtspunkte dazu sind schon vorweggenommen. Es fehlte ihm das positive kirchenpolitische Ziel und er mußte dem Wesen der Sache nach den Gegner stärken, statt ihn zu schwächen. Aber damit ist doch noch lange nicht alles Notwendige zur Kritik gesagt! Es ist peinlich zu sehen, wie der Liberalismus, kaum zur Macht gelangt und in einen großen Kampf verstrickt, seine eigenen Prinzipien preis-

[1] S. vor. S. Anm. 2, S. 437.

gibt und für Ausnahmegesetze zu haben ist, wie er schließlich zu Maßnahmen greift, die, mochte man sie begründen, wie man wollte, doch schließlich zur Einschränkung der Kultfreiheit führten, einer der mit Recht gepriesensten Errungenschaften des modernen Staates; peinlich überhaupt das Unfreiheitliche des ganzen Vorgehens. Bekanntlich machte übrigens eine kleine Gruppe von Linksliberalen den Kulturkampf nicht mit — es steht allerdings dahin, ob mehr aus Prinzipientreue oder aus jener bekannten, systematischen Opposition gegen alles, was von der Regierung kam.

Richtige Politik der klerikalen Richtung gegenüber wäre es fraglos gewesen, dazu beizutragen, daß die Wunden, die 1866 geschlagen worden waren, verheilten, und einzusehen, daß es noch kein Verbrechen war, wenn die Ultramontanen Großdeutsche gewesen waren und wenn sie das Ausscheiden Oesterreichs bedauerten; es war die Aufgabe der Sieger, ihnen zu zeigen, daß auch das neue Haus, das nach einem entgegengesetzten Plan gebaut war — dem allein ausführbaren — wohnlich für Alle sei.

Schließlich ein letzter ungeheuerlicher Fehler! Wenn schon der Kampf beschlossen wurde, so mußte er mit allen Kräften, mit einer einheitlichen Front geführt werden. Der Liberalismus mußte suchen, bei seiner Bekämpfung der Zentrumspartei im Bund mit den Konservativen vorzugehen, und im Streit gegen den Romanismus den ganzen Protestantismus zu einigen. Die Aufgabe war keineswegs unlöslich, wie die ersten Zeiten des Kulturkampfes zur Genüge beweisen. Allein in seinem so unberechtigten Siegesbewußtsein nahm der Liberalismus zugleich den Kampf mit der Orthodoxie, dem rechten Flügel der protestantischen Kirche auf und zwar ganz bewußt. Bluntschli, eine jener Persönlichkeiten, die für die eigene Partei kompromittierend, für den Historiker aber besonders lehrreich sind, verschweigt gar nicht, daß er diesen doppelten Kampf führte. Auch Friedberg beendigt sein umfangreiches Werk über die Grenzen zwischen Staat und Kirche (s. o. S. 19 Anm. 1) mit einigen wegwerfenden Bemerkungen über die Richtung in der protestantischen Kirche, die

„katholisierende Herrschaftsgelüste“ hege und die dem Untergang geweiht sei. (S. 822f.) Schulaufsichtsgesetz und obligatorische Zivilehe waren geeignet, den kirchlichen Einfluß auch auf die protestantischen Massen zu verringern. Dabei hatte die protestantische Kirche noch nicht einmal die Vorteile, welche die katholische aus den neuen Gesetzen zog. Einer eigentlichen Verfolgung wurde sie nicht ausgesetzt und ging also des inneren Gewinnes verlustig, den eine solche nun einmal zu bringen pflegt. Wurde ferner die katholische Kirche durch den Kulturkampf zusammengeschweißt, so bedeutete er für die protestantische eine Vertiefung der Spaltung.

Aus diesen Gründen, deren Folgen doch nicht so schwer vorauszusehen waren, fand sich der Liberalismus im Kulturkampf isoliert. Die meisten Konservativen zogen sich von ihm zurück; die so einflußreichen Häupter der Orthodoxie, von denen viele zu einem Kampf gegen Rom an sich bereit waren, wurden bald zu gefährlichen Feinden des Kultusministers Falk. Aber die Erkenntnis, daß der Kampf auch gegen die protestantische Orthodoxie und den Einfluß auch der evangelischen Kirche auf die Massen des Volkes ging, war es auch weiterhin, welche den König und viele Persönlichkeiten in seiner nächsten Umgebung erst zu lauen Anhängern, dann zu Gegnern des Kulturkampfes machten.

Von welcher Seite man die Sache betrachtet, überall findet man Anlaß zur Kritik. Die Liberalen stürzten sich in einen Kampf mit unklaren Zielen, mit einer erstaunlichen historischen Unkenntnis und daher einer völligen Ahnungslosigkeit über die Kräfte des Gegners; sie verleugneten dabei manches von dem Besten in ihrer eigenen Vergangenheit, und betrieben überdies eine Taktik, welche ihnen die wichtigsten Bundesgenossen raubte, ja viele von ihnen in die Reihen der Gegner trieb.

Es ist eine lehrreiche Erscheinung, daß diese Kritik schon zu der Zeit des Kampfes selbst durch eine Fülle von bedeutenden oder an hervorragender Stelle stehenden Persönlichkeiten starken Ausdruck findet und zwar nicht etwa nur durch solche, die dem Kulturkampf

an sich feindselig gesinnt waren. Vielfach freilich finden wir kritische Bemerkungen von anfänglichen Anhängern erst in Zeiten, in denen es jedem Sehenden klar war, daß die gewaltige Aktion ihr Ziel verfehlen müsse. So schreibt Bluntschli, anfangs ein begeisterter Anhänger, im Jahre 1876 von den „ewigen bitteren Ausfällen gegen die Ultramontanen und dieser hinwiederum gegen die Liberalen" und von dem „unnötigen Eifer des unfruchtbaren Kulturkampfs" [1]. Welch eine Wendung! wird man da sagen müssen, und übrigens Bluntschli bezeugen, daß er zu den früh Bekehrten gehörte.

Der liberale Katholik, Freiherr von Roggenbach, der die Kräfte der Kirche kannte, wollte zunächst den Kulturkampf ganz den Einzelstaaten überlassen und war im übrigen von vornherein gegen alle getroffenen Maßregeln äußerst skeptisch. Das Jesuitengesetz hielt er für unwirksam, da er meinte, die Jesuiten würden eben in Zukunft ihre Arbeit im Frack statt in der Soutane verrichten. In diesem Sinn werde das Ganze eine „Schneiderfrage". Ebenso kritisierte er die einzelnen preußischen Maßnahmen und warnte Bismarck vor dem Erlaß der Maigesetze. Er hielt z. B. den Zwang zum Kulturexamen für eine verkehrte Maßregel; auch war er gegen äußere Kampfmittel, wie Freiheits- und Gehaltsentziehung. Er wollte die Bevölkerung vielmehr allmählich zur Freiheit erzogen wissen [2]. Er hielt übrigens den Gegner für gar nicht so gefährlich — und ganz gewiß wurden die augenblicklichen Gefahren, die damals dem Reiche von Rom drohten, vom Liberalismus bedeutend überschätzt.

Ein zweiter katholischer Liberaler, Fürst Karl Anton von Hohenzollern, ist durchaus zwiespältig in seinen Empfindungen dem Kulturkampf gegenüber. Er meint zwar, er stehe auf dem Boden der Maigesetze, aber schon im November 1872 hatte er an seinen Sohn sehr skeptisch geschrieben, die kirchliche Frage berge viele Zukunftsgefahren in sich, in dem durch sie die ultramontane Partei

---

[1] Aus meinem Leben 3, S. 399.

[2] Sammer, Roggenbach S. 136 f.

einen Hebel in die Hand bekomme, gegen das neue Reich und den evangelischen Kaiser zu intriguieren. Er ist entschieden gegen weitgehende Maßnahmen. Im Jahr 1875 tadelt er die „widerwärtige" Art, wie die Presse die Regierung unterstütze, und schreibt: „ich „bin gewiß kein Ultramontaner, aber mein objektives Gerechtigkeits„gefühl sträubt sich gegen unsere ganz im Dunkeln tappende Taktik „einer Macht gegenüber, die eine geistige Potenz sondergleichen „besitzt" [1].

Gustav v. Mevissen war zwar tief davon durchdrungen, daß der den Deutschen durch Rom aufgezwungene Kampf durchgekämpft werden müsse. Er stimmte im Herrenhaus noch für die Maigesetze und das preußische Zivilehegesetz. Allein, er kritisiert dennoch diese Gesetzgebung ziemlich scharf. Anhänger der Trennung von Staat und Kirche vermißte er „in bezug auf die Behandlung der „religiösen Fragen in Berlin die klare und konsequente Auffassung" [2]. Er tadelt ferner insbesonders die stückweise, immer wieder neu erregende Einbringung der Kulturkampfgesetze und das System der Pfändungen und Sperrungen, das den Gegner nur stärke, indem es Märtyrer schuf.

Julius v. Eckardt, der die deutschen Dinge mit so freiem Blick betrachtete, wunderte sich zunächst über die Illusionen der Kulturkämpfer, besonders hinsichtlich der Bedeutung der altkatholischen Bewegung. Von der Bundesgenossenschaft mit Männern wie Schulte erwarte der Liberalismus eine Unterstützung, welche ihn in Stand setzen sollte, die von der Bewegung der breiten Massen getragene Zentrumspartei aus dem Sattel zu heben. „Die Proteste der „Reinkens, Schulte und Genossen sollten schwerer wiegen als das „sacrificio dell intelletto, das der deutsche Episkopat dem neuen Dog„ma gebracht hatte, dem „gebildeten deutschen Bürgertum" aber sollte „die Kraft innewohnen, eine neue Aera der religiösen Entwicklung

---

[1] Aus dem Leben Karls von Rumänien 2, S. 291 f., 352, 422, 434, 456.

[2] An H. von Dechen, Berlin, 26. Febr. 1874, bei Hansen, Mevissen 1, S. 761. Vgl. ebenda S. 759 ff.

„in die Wege zu richten und Herrn Professor Döllinger zu dem Felsen „zu machen, auf welchem eine neue Kirche gegründet werden konnte“ [1]. Er geißelt weiterhin die Verspottung des Kirchentums in gewissen Kreisen jüdischen Literaten- und Journalistentums, machte aber dafür die demokratischen und liberalen Kirchenfeinde verantwortlich, die alles willkommen hießen, was im Kampf gegen die „schwarze Internationale“ verwertet werden konnte [2]. Er kritisierte dann die Ausschreitungen des Kulturkampfes fortlaufend in dem damals von ihm geleiteten Hamburgischen Korrespondenten, ohne auf Einzelheiten einzugehen, und wie er selbst sagt, mehr aus instinktivem Gefühl heraus, daß „Eigenrecht und Tradition eines tausendjährigen Kirchentums „sich nicht mit Gesetzesparagraphen, Brotkorbsuspensionen und diesen „verwandten Gewaltmitteln brechen ließen und daß die advokatische „Kampfesmanier des Herrn Falk eine unstaatsmännische und undurch-„führbare sei.“ Eingehender kritisierte er das Schulaufsichtsgesetz [3], da er es für Prediger und Schulmeister gleich bedenklich hielt, wenn das Band zwischen Kirche und Schule grundsätzlich gelöst würde.

Gustav Rümelin, der nicht nur ein überragender Kopf, sondern auch durch die Konkordatsverhandlungen, die er als württembergischer Kultusminister geführt hatte, in nahe unmittelbare Berührung mit Recht und Geist der katholischen Kirche gebracht worden war, urteilt, nachdem der Höhepunkt des Kulturkampfes schon lange überschritten war, im Jahre 1880, folgendermaßen über ihn [4]: Einem Kulturkampf mit der römischen Kirche ist nicht auszuweichen und auch der Staat hat sich an ihm zu beteiligen, sofern er sich seiner Hoheits- und obersten Aufsichtsrechte über alles, was innerhalb seiner Grenzen geschieht, zu erwehren hat. Auch die Maigesetze lassen sich nach Rümelin zum Teil begründen und rechtfertigen, nämlich als Kampf- und Kriegsgesetze, um die, durch die früheren Zeiten weggeworfene Rüstung wieder aufzunehmen und Kompen-

---

[1] Lebenserinnerungen I, S. 253 ff.

[2] Ebenda S. 254. [3] Ebenda S. 258 f.

[4] Reden und Aufsätze, N. F., Tübingen 1881, S. 256 ff.

sationsobjekte zu schaffen. Aber als eine dauernde, für die katholische Kirche annehmbare Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche lassen sie sich nicht betrachten und aufrechterhalten. So verurteilt auch Rümelin das, was gerade der Liberalismus mit dem Kulturkampf bezweckte, vollkommen. Mit einem wundervoll formulierten Satze, der sich zunächst freilich nur gegen das Kulturexamen richtet, trifft er die wichtigsten Gedankengänge der Kulturkämpfer: „Patriotismus und deutsche Gesinnung läßt sich durch das Mittel „des Examinierens nicht einimpfen." Er meint, der Glaube, daß es mit diesen Belästigungen gelingen könne, staatliche Gesinnung zu wecken und zu stärken, gehöre zum Unverständlichsten, was die neuere Gesetzgebung geleistet habe. Es folgt dann weiterhin eine vernichtende Kritik noch anderer Kulturkampfsmaßnahmen.

Der Kronprinz Friedrich Wilhelm war als Liberaler den Kulturkampfideen weit geneigter als sein Vater, der sich im ganzen nur widerstrebend durch sie hinreißen ließ. Frühzeitig, schon 1865, hat Friedrich Wilhelm z. B. die Aufhebung der katholischen Abteilung im Kultusministerium beantragt[1]. Mit dem Kulturkampf im ganzen war er in hohem Grade einverstanden. Als Stellvertreter seines Vaters im Jahre 1878 stützte er Falk gegen die Orthodoxie und bewog ihn, sein Entlassungsgesuch zurückzuziehen. Wenn wir seinem Biographen folgen wollen, war er sogar noch im Jahre 1882 dafür, die Falksche Gesetzgebung, wenigstens insoweit sie nicht die katholische Religionsübung direkt hemme, wieder aufzunehmen und gegen die katholische Hierarchie in Wirksamkeit zu setzen[2]. Trotzdem ist auch der Kronprinz nicht ganz ohne Kritik gewesen. Er schreibt schon am 28. Oktober 1872 an seinen Freund Karl von Rumänien: „Mögen wir nur nicht in der Wahl der „Waffen fehlgreifen, denn sonst martyrisieren wir die Gegner und „ernten weder Dank noch Vorteile" [3]. Wesentlich kritischer, auch

[1] Haym, Max Duncker, S. 366; M. Philippson, Das Leben Kaiser Friedrichs III., S. 319 ff. [2] Philippson S. 338.

[3] Aus dem Leben König Karls von Rumänien 2, S. 288.

kritischer als man nach der Darstellung Philippsons annehmen könnte, ist die Stimmung im Jahre 1874 geworden[1]: Friedrich Wilhelm bedauert es lebhaft, daß es zum Kampf mit der Kurie kommen mußte. In der dahingehörigen Gesetzgebung hätte er eine andere Reihenfolge gewünscht. Die Anregung, nunmehr der katholischen Kirche als solcher oder gar ihren Satzungen zu Leibe zu gehen, lehnt er unbedingt ab. 1875 spricht er wenigstens von scharfen Kanten der Gesetzgebung, welche anfangs Wunden gestoßen haben, und die nun abgeschliffen werden müßten[2].

Auch der treffliche Durchschnittsliberale Biedermann wahrt sich doch dem Kulturkampf gegenüber seine Selbständigkeit. Er stimmte für den Kanzelparagraphen, aber gegen das Jesuitengesetz; er beklagt die Aufpeitschung der Leidenschaften und bezweifelt von vornherein den Erfolg der großen Aktion[3].

Wenden wir uns von diesen Liberalen zu einigen Konservativen, die dem Konflikt an sich nicht unbedingt ablehnend gegenüberstanden.

Aeußerst charakteristisch und großartig zugleich ist die Kritik, die Ranke in einer Betrachtung vom 18. August 1874 am Kulturkampf übt[4]. Es schien ihm irrig, der päpstlichen Infallibilität und den, den katholischen Lehrbegriff berührenden Fragen das absolute Recht des Staates entgegenzusetzen. „Ich weiß nicht, ob das Vor„haben, die Kirche der juridischen Praxis zu unterwerfen, zum Ziele „führen kann. Nicht von dem absoluten Staat, sondern von den „verschiedenen konkreten Staaten, wie sie existieren, ist die Rede.“ Und weiter unten: „Die Staaten hätten Einspruch gegen die De„krete (des Vatikanums) erheben müssen, ohne Zweifel noch ehe sie „gefaßt waren[5]. Aber auch jetzt ist dazu noch Zeit; aber sie müssen „das auf eine großartige und zugleich energische Weise tun.“ „Nicht

[1] Brief vom März 1874, ebenda S. 357.

[2] Oktober, ebenda S. 465.

[3] Biedermann, Mein Leben, 1886, 2 S. 330 f.

[4] Sämtliche Werke 53/54. Zur eigenen Lebensgeschichte, S. 601 ff.; vgl. Diether, Ranke als Politiker, S. 553 ff.

[5] Der Hohenlohesche Gedanke.

„den Begriff des Staates, wie er in den juridischen Schulen gefaßt „wird, müßte man der römischen Kurie entgegensetzen, sondern die „verschiedenen Staaten müßten ihre besonderen historischen Rechte „wahren und auf diesem Grund eine Beschränkung der absoluten „kirchlichen Gewalt zu erreichen versuchen." Hier haben wir die typische Kritik des Historikers an der rein juristischen, trotz aller dilettantischen Erinnerungen an mittelalterliche Kämpfe zwischen Kaiser und Papst, in kläglicher Weise unhistorischen Denk- und Handlungsweise der Kulturkämpfer. Daß Ranke die Gewaltmaßregeln, die schließlich im Kulturkampf angewandt wurden, verabscheute, versteht sich von selbst, und man liest auch ohne Erstaunen sein herbes Urteil über Falk, den er für weder hinreichend befähigt, noch genügend vorgebildet für sein Amt hielt[1].

Roon hatte die Maigesetze als Ministerpräsident zu vertreten. Er geriet aber dabei in einen peinlichen inneren Zwiespalt. Es wurde ihm bald klar, daß diese Gesetzgebung in einigen Punkten erheblich weiter ging, als er es für ihren politischen Zweck notwendig erachtete und als anfänglich vom Staatsministerium ins Auge gefaßt worden war. Er sah auch, daß die Tendenzen der Regierung im Lande vielfach mißverstanden wurden und zwar gerade von den „Gutgesinnten und Gläubigen auch unter den Protestanten". Später, im Ruhestand äußerte er sich mehrfach ausführlich über den Kulturkampf. Er beklagt es, daß die Führer der Konservativen Bismarck genötigt hätten, nur nach links zu schauen und das Schiff, in dem Wahn es zu retten, in die gefährlichste Brandung zu steuern[2]. Kurz darauf hielt er die Maigesetze für notwendig — daß sie ihm tief unsympathisch sind, merkt man jeder Aeußerung an — weil man versäumt habe, sofort nach dem Infallibilitätsbeschluß diplomatisch zum Krieg mit Rom zu schreiten durch die Erklärung: „Die „römische Kirche von ehedem existiert nicht mehr, also auch unsere

---

[1] Deutsche Revue 1892 (17) 4, S. 235.

[2] An Blanckenburg 15. Febr. 1874. Denkwürdigkeiten 3, S. 392.

„Verträge mit derselben nicht“ [1]. Es ist wieder ein dem Hohenlohe-schen nahestehender Gedanke, und man erkennt sofort die Verwandtschaft dieser Ideen mit denen Rankes. Am 30. Oktober 1875 schreibt Roon an Blanckenburg, er halte Bismarcks Unzufriedenheit mit den Maigesetzen für ungerecht; denn Falk führe nur Bismarcks Willen mit Mut und Geschick aus; „und wenn die Maigesetze nichts „taugen oder wenigstens nicht so viel als zu wünschen wäre, so ist „Bismarck mindestens ebenso verantwortlich dafür als Falk. „Nach Canossa, denke ich übrigens, schielt kein ehrlicher Kerl“ [2].

Moritz v. Blanckenburg steht zum Kulturkampf ganz ähnlich wie Roon. Er ist dem ganzen Unternehmen nicht abgeneigt, lehnt aber die Einzelheiten der Gesetzgebung durchaus ab. Er schreibt im Mai 1874 an Roon [3], Bismarck sei selbst an dem Tempo schuld, das Falk eingeschlagen habe: „aber er wird sich überzeugen „müssen, daß der Weg, den Falk jetzt führt, in die Sackgasse geht.“ Der juristische feine Fr. sage über das Internierungsgesetz: „An „einem solchen Orte möchte ich wohl ein Wirtshaus haben! Die „Wallfahrer werden dort schön kneipen.“ Wenn also auch das nichts „hilft, was dann? Gerade die obligatoria helfen den Römlingen „bei diesem Kampf sehr.“ Nach der Lektüre der neuesten Auflage von Rankes Päpsten meint er [4], hier könnten alle Lutheraner lernen, wer ihre Feinde seien und daß mit den römischen Mächten kein Bund zu flechten. „Aber möchten auch die Regierungen lernen, „daß die Römer noch nie so stark gewesen sind, wie jetzt, und daß „sie mit einfacher Gewalt nicht zu zwingen sind.“ Einige Monate darauf [5] teilt er den Optimismus der Regierungskreise nicht, die [6] zu wissen glaubten, daß Rom anfange nachzugeben.

---

[1] An denselben 21. Mai 1874. Ebenda 3, S. 408.

[2] Ebenda 3, S. 424. [3] Ebenda 3, S. 406.

[4] 22. Nov. 1874. Ebenda 3, S. 410.

[5] 12. März 1875. Ebenda 3, S. 415.

[6] Auch im Mai 1874 hatte man wenigstens auf die Herbeiführung eines modus vivendi mit Rom gehofft. So Karl Anton an seinen Sohn. Aus dem Leben Karls von Rumänien 2, S. 375.

Diese, leicht stark vermehrbaren kritischen Aeußerungen entstammen den verschiedensten Zeiten des Kampfes, Männern verschiedener Berufe, verschiedener Konfession, verschiedener Parteizugehörigkeit. Auch gehen sie von verschiedenen Gesichtspunkten aus und kritisieren verschiedene Seiten des Kulturkampfes. Gemeinsam aber ist ihnen das Gefühl des Unbehagens bei seiner Betrachtung und die bald mehr instinktive, bald mehr auf Wissen und Nachdenken beruhende Erkenntnis, daß man auf falschem Wege sei.

Immerhin unterliegen sie fast alle der Suggestion der Zeit, daß gegen Rom etwas habe geschehen müssen. Selbst soweit wird der heutige Betrachter nicht mitgehen. Es war vielmehr die gebotene Politik für den Staat, sich, wohl vorbereitet, abwartend zu verhalten, immer tief davon durchdrungen, daß die Beziehungen zwischen Staat und Kirche sich niemals einseitig ein für allemal bestimmen lassen, daß vielmehr ihre Regelung in Form eines fortlaufenden Kompromisses allein für beide Teile annehmbar ist; den eigenen Katholiken aber galt es, den Schmerz über den Zusammenbruch ihrer großdeutschen Ideen zu erleichtern.

2. Bismarck und der Kulturkampf.

Hat man sich in die Erscheinungen, die auf den obigen Seiten behandelt worden sind, gehörig vertieft, so kommt man nicht so leicht von dem Erstaunen los, einen Bismarck als Führer zum Kulturkampf zu finden. Hat er wirklich nicht gesehen, was so viele, gewiß vielfach bedeutende, aber mit ihm doch nicht zu vergleichende Männer ihrerseits klar erkannten? Nun denn, er hat es gesehen! Aber das verkleinert nicht, sondern vergrößert unser Erstaunen. Denn, ist es nicht eine überaus merkwürdige Erscheinung, einen Bismarck die unter seiner Verantwortung, auf seinen Willen hin hergestellten Gesetze von dem Zeitpunkt ihres Erscheinens an auf das herbste kritisieren zu hören? Die Ansicht nämlich, die nach dem Erscheinen der Gedanken und Erinnerungen auftauchte, daß

Bismarck erst bei der Abfassung seiner Denkwürdigkeiten die Falksche Gesetzgebung so vernichtend kritisiert habe, ist immer unhaltbar gewesen und inzwischen durch neue Veröffentlichungen noch unhaltbarer geworden. In Gesprächen mit Mittnacht, mit Blanckenburg, mit einem ungenannten Mitarbeiter, der Eckardt darüber Andeutungen machte, mit Tiedemann, mit Friesen, in einem Brief an den Kronprinzen[1] und noch anderen gegenüber, hat Bismarck über diese Gesetzgebung schon zur Zeit selbst entweder nicht minder vernichtend geurteilt, als in den Gedanken und Erinnerungen oder doch die Verantwortung für ihre Einzelheiten abgelehnt. Auch das prachtvolle Bild, mit dem er die Versuche dieser Gesetzgebung verspottet — ungeschickte preußische Gendarmen, die mit Sporen und Schleppsäbel hinter gewandten und leichtfüßigen Priestern durch Hintertüren und Schlafzimmer nachsetzen — ist nicht erst beim Diktieren der Gedanken und Erinnerungen entstanden, vielmehr schon früher mehrfach von Bismarck gebraucht worden[2]; in der letzten Fassung freilich ist es, wie das bei Bismarck zu gehen pflegt, am schönsten.

Man mag als Analogie für dieses auf alle Fälle merkwürdige Verhalten Bismarcks — eine große gesetzgeberische Aktion wird eingeleitet, ohne daß Bismarck sich um die doch entscheidenden Einzelheiten eingehend kümmert, ja ohne daß er sie billigt — vielleicht auf sein Verhalten in der Wirtschaftspolitik der freihändlerischen Zeit verweisen, ohne aber zu verkennen, wie anders gelagert der Fall war. Wir haben hier also zu der wunderbaren Tatsache, daß Bismarck sich in einen völlig aussichtslosen Kampf hineingestürzt, hinzukommend ein zweites Moment festgelegt, das das Ganze noch

[1] Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen 2, S. 478, 8. Jan. 1876.

[2] So z. B. Mittnacht gegenüber im August 1875 („der Staat als schwer Geharnischter hinter leichten Reitern her, als Gendarm mit dem Schleppsäbel hinter leichtfüßigen Uebertretern herkommend"); s. Mittnachts Erinnerungen an Bismarck S. 58. Vgl. auch den Vergleich mit der „wild goose chase, Jagd hinter wilden Gänsen zu Pferde" in der Herrenhausrede vom 12. April 1886, s. Horst Kohl, Polit. Reden 12 S. 85.

erstaunlicher erscheinen läßt: Bismarck hat zwar, das wird scharf betont werden müssen, die volle Verantwortung für das, was im Kulturkampf geschah, er hat sich aber um viele wichtigste Einzelmaßnahmen nicht gekümmert, ja er hat sie fast vom ersten Augenblick an verurteilt.

Diese Betrachtung aber führt uns wieder zur Berücksichtigung einer Tatsache, die schon bei der Darlegung der Ziele des Liberalismus hervorgehoben worden ist: Klare, positive, kirchenpolitische Ziele lassen sich aus der Kulturkampfgesetzgebung nicht herauslesen. Wir können nunmehr einen Schritt weitergehen und sagen: Kirchenpolitische Ziele hat auch Bismarck mit dem Kampf mindestens nicht konsequent verfolgt, sonst hätte er sich um die Einzelheiten der Gesetzgebung gekümmert [1]. Zwar hat Bismarck Mittnacht gegenüber [2], nach Verurteilung der Einzelheiten der Maigesetze, erklärt, er habe die Wiederherstellung des alten landrechtlichen Zustandes gewollt, „die Wiederherstellung einer starken Defensivstellung des Staates gegenüber der aggressiven katholischen Kirche"; man kommt aber dabei nicht über den Zweifel hinaus, warum denn Bismarck, wenn er ein derartiges kirchenpolitisches Ziel hatte, es zuließ, daß sein Mitarbeiter sich in den Mitteln so schwer vergriff und zahlreiche Gesetze einführte, die mit dem landrechtlichen Zustand nichts mehr gemein hatten. Und dieser Zweifel wird auch dadurch nicht behoben, daß man zugeben muß, daß in Bismarcks Sinn weit mehr als in dem der Liberalen eine Reihe von Kulturkampfgesetzen einfach Kampfgesetze waren [3]. Doch damit sind wir schon über die

---

[1] Klar gesteckte kirchenpolitische Ziele kann man auch nicht aus dem herauslesen, was Bismarck in Gastein im August 1871 zu Beust sagte: er wolle „das staatliche Prinzip mit der größten Schärfe zur Anwendung bringen (Entfernung der Priester von staatlichen Funktionen, Trennung der Schule von der Kirche, Beseitigung der geistlichen Schulinspektoren, Zivilehe)", siehe Beust, Aus drei Vierteljahrhunderten 2, S. 487 (Bericht Beusts an Franz Josef). Immerhin könnte Bismarck nach dem, was er sagte, damals der Gedanke der „Trennung von Staat und Kirche" dunkel vorgeschwebt haben.

[2] A. a. O. S. 58 f. In Varzin. August 1875.

[3] Vgl. o. S. 20.

Frage nach den Ursachen des Kulturkampfes hinausgekommen zu der nach den Zielen, die Bismarck mit ihm zu erreichen suchte — zwei Fragen, die natürlich nicht absolut identisch zu sein brauchen, da Bismarck erst im Laufe des Kampfes seine Ziele klar erkannt haben konnte.

Zu den obigen für die Erkenntnis der Motive Bismarcks überaus wichtigen Feststellungen gesellen sich zwei weitere, die auch ihrerseits nur geeignet sind, unser Erstaunen zu vermehren: Erstens hat Bismarck über die Gründe, die ihn zum Kulturkampf veranlaßt haben, durchaus verschiedenes berichtet; zweitens aber beginnt der Kampf zu einem bestimmten Zeitpunkt, ja man möchte sagen, mit einer formellen Kriegserklärung, die auf einen bestimmten Tag zu datieren ist. Offenbar ist ein Entschluß gefaßt worden, an Stelle des Friedens den Krieg treten zu lassen. Ueber diese beiden merkwürdigen Tatsachen ist hier in Kürze einiges mitzuteilen.

Am eingehendsten und sorgfältigsten hat sich Bismarck über die Ursachen des Kulturkampfs bekanntlich in den Gedanken und Erinnerungen geäußert[1]. Er erzählt von seinen vergeblichen Bemühungen vom 5.—9. November 1870, durch den Kardinal Ledochowski, Erzbischof von Posen und Gnesen, den Papst zu einer friedensfreundlichen Beeinflussung der französischen Geistlichkeit zu veranlassen. Er erwähnt das Verlangen des Bischofs von Mainz, Freiherrn von Ketteler, daß die für die Kirche so günstigen Paragraphen der preußischen Verfassung in die Reichsverfassung aufgenommen würden; dann die Neugründung der Zentrumspartei. Es folgt der bekannte Satz: „Der Beginn des Kulturkampfs war für mich überwiegend bestimmt durch seine polnische Seite.“ Im Zusammenhang damit geschieht der katholischen Abteilung im Kultusministerium Erwähnung.

Neben diesen retrospektiven Aeußerungen findet sich nun eine ganze Fülle anderer[2], zum großen Teil mit dem Kulturkampf gleich-

[1] 2, S. 123 ff. der großen Ausgabe.

[2] Vollständigkeit ist natürlich im folgenden nicht erstrebt. Eine Anzahl

zeitiger, die sie vielfach bestätigen. Wir finden hier auch häufig dargelegt, was Bismarck nicht zum Kulturkampf veranlaßt habe; z. B., wie auch in den Gedanken und Erinnerungen, — es seien keine konfessionellen Motive maßgebend, ferner, der Kulturkampf sei nicht Folge des Vatikanums gewesen[1]. Gelegentlich wird er aufgefaßt als eine Phase des ewigen Kampfes zwischen Königtum und Priestertum wie ihn schon Agamemmnon und Kalchas geführt; an die mittelalterlichen Konflikte zwischen Kaiser und Papst wird erinnert. Und dann heißt es wieder verblüffenderweise: „Wer mich in den Kulturkampf hineingezogen hat, das ist Herr Krätzig"[2].

Aus der Fülle von Ursachen und Erklärungen, die Bismarck für den Kulturkampf angibt, empfängt man doch einen starken Eindruck: eine große, wirklich zureichende Ursache findet man nicht darunter; es sieht vielmehr so aus, als suche Bismarck den oder die wahrhaft entscheidenden Ursachen unter den anderen zu verbergen oder wenigstens nicht genügend hervortreten zu lassen — oder hat er sie überhaupt völlig verschwiegen?

Die Kriegserklärung, die später zum Kulturkampf führte, ist vom 19. Juni 1871 und sie erfolgte überraschend und fast unvermittelt. Mitte Mai hatte der Abgeordnete Graf Fred von Frankenberg bei einer Unterredung mit Bismarck den Eindruck, daß dieser nicht entfernt die Absicht habe, mit den Ultramontanen in Unfrieden zu geraten[3]. Um dieselbe Zeit (12. Mai 1870) notierte Chlodwig Hohenlohe, daß die Stimmung in Regierungs- und Abgeordnetenkreisen der kirchlichen Frage gegenüber gleichgültig sei[4]. Am 19. Juni dagegen die Kriegserklärung in Form eines

---

von Bismarcks Aeußerungen ist bei Pahncke, Die Parallelzählungen Bismarcks zu seinen G. u. E. (Historische Studien herausg. von R. Fester Nr. 3), Halle 1914, gesammelt, sehr viele auch von Kißling, passim. Vgl. ferner Otto Baumgarten, Bismarcks Glaube, 1915, Kap. IV.

[1] Doch ist Bismarck in diesem Punkt nicht konsequent.

[2] H. Kohl, Polit. Reden 11, S. 433. Stenogr. Berichte über die Verh. des preußischen Abgeordnetenhauses 1886, I S. 270.

[3] Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier 2, S. 159.

[4] Denkwürdigkeiten 2, S. 56.

Kreuzzeitungsartikels, der starkes Aufsehen erregte [1]. Er richtete sich in der Hauptsache gegen die Zentrumsfraktion, sprach aber davon, daß sie von Affiliierten und Bundesgenossen des römischen Jesuitismus geleitet werde, ferner von Protektoren dieser Partei in Rom, die übrigens nicht ohne weiteres mit dem Papst identifiziert wurden, und erklärte schließlich wörtlich folgendes: „Die deutsche Reichsregierung, welche den Evolutionen der klerikalen Fraktion mit einer gewissen Zurückhaltung gegenübergestanden hat, dürfte sich nicht in der Lage befinden, einer fortdauernden Aggression gegenüber sich auf die Defensive zu beschränken. Sie wird sich vielmehr, und zwar schon in der nächsten Zeit, entschließen müssen, einer ferneren Aggression auch ihrerseits mit Aggression, und zwar gleichmäßig nach außen wie nach innen [von mir gesperrt] zu begegnen — eine Entwicklung, in bezug auf welche sich selbst die ultramontane Partei nicht verhehlen sollte, daß sie schwerlich zugunsten der römischen Kirche ausschlagen dürfte. War schon vor 300 Jahren in Deutschland das Deutschtum stärker als das Römertum, um wie viel mehr heute, wo Rom nicht mehr die Hauptstadt der Welt, sondern beinahe die Hauptstadt Italiens ist und wo die deutsche Kaiserkrone nicht auf dem Haupte eines Spaniers, sondern eines deutschen Fürsten ruht“. Das war die Kriegserklärung, nicht nur, wie auf das nachdrücklichste betont werden muß, an die Zentrumsfraktion, sondern an Rom, trotzdem in dem Artikel hervorgehoben war, daß „der Kardinalstaatssekretär Antonelli das gesamte Auftreten der katholischen Fraktion desavouiert und mißbilligt habe“ [2]. Von diesem Tag an kann man den Entschluß zum Kulturkampf als feststehend erachten, womit freilich nicht gesagt werden soll, daß er bei entsprechendem Verhalten des Gegners nicht noch hätte unterbleiben können. Die übliche Datierung des Beginns des Kulturkampfs auf den Anfang

[1] Er ist oft wieder abgedruckt; z. B. bei Schultheß, S. 175 ff. und bei Horst Kohl, Polit. Reden 5, S. 206 ff.

[2] Das Dementi Antonellis war damals noch nicht bekannt.

des Jahres 1872 — etwa auf den Wechsel im Kultusministerium — ist nicht haltbar, mag sie immerhin schon ganz frühzeitig anzutreffen sein[1]. Die entscheidende Bedeutung des Juni 1871 ist vollauf anerkannt in einer der vortrefflichsten Schriften der Zeit „Staat und Kirche", von D. Friedrich Fabri[2], damals Missionsinspektor in Barmen, später Honorarprofessor in Bonn. Der immer gut informierte Verfasser, der sein Vorwort von Weihnachten 1871 datiert, hebt das Unerwartete des Angriffssignals hervor: Im Juni gab der Reichskanzler plötzlich das Signal zu einer Angriffsbewegung gegen die Ultramontanen; es wird weiterhin von der schroffen Haltung gesprochen, mit welcher von da ab die offizielle wie die liberale Presse, die Regierung, wie der Reichstag gegen die ultramontane Partei Front machten[3]. Später heißt es: „mit „einemmal — der Friede war soeben in Frankfurt unterzeichnet — „erschollen Kriegsgerüchte auf der ganzen Linie der inspirierten und „offiziös angehauchten Presse. „Schon wieder Krieg!" seufzten die „einen, „Kampf gegen Rom!" jubelten die anderen. Bald bringen „selbst die offiziösen Blätter förmliche Kriegsartikel." Alles folgt bei dieser politischen Treibjagd der Regierung, Liberale und Konservative, Protestanten und Altkatholiken. Für alle unerwartet ist im Frühsommer 1871 diese Wendung gekommen[4]. Es war eine „auffallende plötzliche Wendung"[5].

Nach allen diesen Präliminarien kann nunmehr an die Frage nach Bismarcks Motiven herangetreten werden. Knüpfen wir zuerst einen Augenblick an die im Abschnitt 1 gegebene Darlegung der Gründe des Liberalismus für den Kulturkampf an, so ergibt sich ohne weiteres, daß von den vier Motivengruppen des Liberalismus[6] zwei für Bismarck nicht in Frage kamen. Gerade das Motiv, für das der Name „Kulturkampf" bezeichnend ist, fiel bei ihm zweifellos

[1] So bei Ferd. Schröder, Vier Jahre Kulturkampf, 1876, S. 16.
[2] Gotha 1872. [3] S. 1 f. [4] S. 59 f.
[5] S. 62; man vgl. auch, was Bismarck am Abend des 19. Juni zu Hohenlohe sagte, unten S. 43.
[6] S. o. S 6—14.

einfach weg; (überaus fern lag ihm selbstverständlich auch ein Kampf gegen die rechtsstehenden Teile der protestantischen Kirche und eine Beeinträchtigung dieser Kirche überhaupt); ebenso wenig war er ein Anhänger der Staatsomnipotenz. Dagegen ist nicht zu bezweifeln, daß das parteipolitische Motiv — das Bestreben, die Zentrumspartei möglichst zu schwächen und zu schädigen, auch für ihn von wesentlicher Bedeutung war, ferner, daß er im engsten Zusammenhang damit den ganzen Ultramontanismus wegen seiner partikularistischen Neigungen matt setzen wollte.

Dazu kam aber ein weiteres: Es war klar, daß Bismarck in der kommenden Zeit ganz vorwiegend mit der stärksten Partei, den Nationalliberalen, regieren werde. Ja aus wenig späterer Zeit, nämlich vom 30. und 31. Januar 1872 liegen in dieser Hinsicht höchst auffallende Aeußerungen von ihm vor. Er erwiderte am 30. Januar 1872 im Abgeordnetenhause auf eine Klage Windthorsts, daß kein einziger Katholik im Ministerium sitze, folgendes: „In „einem konstitutionellen Staat, da bedürfen wir Ministerien einer „Majorität, die unsere Richtung im ganzen unterstützt. Glaubt nun „der Herr Vorredner, daß, wenn wir das Ministerium aus der „Fraktion wählten, der er angehört, daß uns dann die Unterstützung „einer Majorität zur Seite stehen würde"? Er erklärte dann weiterhin eine gewisse Homogenität des Ministeriums für erforderlich, da dasselbe gemeinschaftlich verantwortlich sei. Am folgenden Tag kam er auf diesen Gedankengang noch einmal kurz zurück[1]. Diese, bald völlig vergessenen Sätze, die klingen, als ob sie nicht von dem Konfliktsminister von 1863 stammten, sondern von dem Leiter irgend eines parlamentarisch geleiteten Staatswesens, machten damals starken Eindruck, sodaß sogar der französische Botschafter sie nach Hause meldete[2]. Es ist keine Frage, daß Bismarck sich damals im Gegensatz

---

[1] H. Kohl, Pol. Reden 5, S. 230 ff., 243. Stenogr. Berichte über die Verhandl. des preuß. Landtags, 1871/2 Abgeordnetenhaus. Protokolle I, 534, 565.

[2] Gontaut an Thiers 15. Febr. 1872 (Occupation et libération du territoire 1, S. 187): On remarque encore, qu'il a pour la première fois,

zu früheren und wieder späteren Zeiten eine feste Majorität heranbilden wollte, deren Grundstock die Nationalliberalen darstellen sollten, die freilich der Erziehung noch sehr stark bedurften. Durch nichts aber konnte er diese Partei, die sich immer wieder sträubte, Regierungspartei zu werden und durch fortwährende, oft sogar unsachliche Opposition diesen „Vorwurf" von sich fernhalten wollte, sicherer an sich ketten, als durch einen Kampf gegen Rom, einen ihrer Lieblingsgedanken. Auch insofern ist für Bismarck ein parteipolitisches Motiv sicher wirksam gewesen. Bismarck selbst hat einmal dieses Motiv durchaus in den Vordergrund gestellt: „Die Regierung mußte" — um eine gefährliche Koalition, wie die Kaunitzsche, zu verhüten — „an der Spitze der Liberalen erscheinen, an der Spitze der Majorität" [1]. Wie kontrovers im übrigen in der Literatur diese Fragen waren, mag man daraus erkennen, daß gerade besonders ernst zu nehmende Autoren in ihrem Urteil in diesem Punkt geschwankt haben. Der oben zitierte Fabri z. B. nimmt in der genannten Schrift von 1871 [2] ohne allzu große Sicherheit als Ursache der plötzlichen Wendung parlamentarische und parteipolitische Erwägungen (Isolierung der Zentrumspartei) an. In einer 15 Jahre späteren Schrift desselben Verfassers [3] lesen wir dagegen, „die Mobilmachung des Zentrums" und anderes, was man daneben angeführt, seien wohl die ersten Symptome, daß Rom eine Kriegserklärung annehmen werde, nicht aber die Ursache des anhebenden Kampfes gewesen.

Trotz derartiger Stimmen wird man an der Parteienpolitik Bismarcks als Ursache des Kulturkampfs festhalten, zumal wenn man den Bund der Zentrumspartei mit dem Polentum und mit dem

---

invoqué avec une certaine insistance dans la discussion les principes de constitutionalisme, de responsabilité ministérielle, de majorité parlementaire etc. et l'on se demande s'il n'a pas voulu fonder vraiment le régime constitutionel.

[1] Am 15. Mai 1883 zu Busch, Tagebuchblätter 3, S. 149.

[2] S. 61 f.

[3] Wie weiter? Kirchenpolitische Betrachtungen zum Ende des Kulturkampfs, Gotha 1887, S. 15.

Partikularismus im Auge behält. Es besteht an sich kein Grund daran zu zweifeln, daß die „polnische Seite" des Kampfes wesentlich mitbestimmend war, wie Bismarck so oft versichert hat. Auf diese Seite der Sache wird alsbald zurückzukommen sein.

Einfach als Kampf gegen den Partikularismus wird der Kulturkampf ganz vorwiegend von den Franzosen aufgefaßt; nicht nur von ihnen; aber von ihnen am deutlichsten und klarsten. Thiers nennt in seinen Notes et Souvenirs [1] im April 1872 den Kulturkampf la lutte de M. Bismarck contre le particularisme des catholiques. In einem Bericht vom 15. Februar 1872 [2] gibt der französische Botschafter Gontaut-Biron als Bismarcks Motive beim Kulturkampf an: den Wunsch die Nationalliberalen zu befriedigen und, mehr noch, sich gegen die polnischen Bestrebungen zu wenden; dann sagt er weiter von ihm in diesem Zusammenhang, er sei poussé, entrainé par son ardeur à fonder l'unité de l'empire allemand. Auch sonst nennt er den Kulturkampf ein Unternehmen zugunsten der deutschen Einheit, der freilich auch noch einen weiteren Hauptzweck hat, den wir kennen lernen werden [3]. Unzweifelhaft haben die Franzosen recht gesehen.

Hiermit hängt auch insbesondere die bayrische Seite des Kulturkampfs zusammen. Gerade in Bayern hatte sich der bedenkliche Zusammenhang zwischen Partikularismus und Klerikalismus in der letzten Zeit mit vollster Deutlichkeit gezeigt, wenn auch schließlich bei der Abstimmung über die Versailler Verträge der Schwung der Einheitsstimmung mit knapper Not gesiegt hatte. Damals erschollen nun laute Hilferufe der Liberalen Bayerns, wo die Regierung vom Klerikalismus hart bedrängt war, während das Ministerium seinerseits damals in der kirchlichen Frage noch gespalten war. Am 23. Mai 1871 hatte aus Anlaß eines besonderen Streitfalles der

---

[1] S. 289.

[2] Occupation et libération du territoire, 1903, 1. S. 185 ff.

[3] Vicomte de Gontaut-Biron, Mon ambassade en Allemagne (1872/3), 2. Aufl. 1906, S. 90 Anm.

Bischof von Regensburg nicht nur den Verfassungseid, sondern alle politischen Eide für ungültig erklärt, sofern sie der katholischen Kirchensatzung entgegen wären. Am nächsten Tage schloß sich der Bischof von Bamberg mit Bezug auf den Verfassungseid ihm an. In einer Reihe von offiziösen Artikeln zeigte darauf die Regierung ihre völlige Hilflosigkeit. Unmittelbar vor der Kriegserklärung an Rom und den Klerikalismus, die Bismarck in der Kreuzzeitung am 19. Juni 1871 ergehen ließ, am 17. Juni, war in Bayern eine Ministerkrise ausgebrochen; Graf Bray, Ministerpräsident und Minister des Aeußern, der den Klerikalen sympathischste Minister, hatte ein, schon am 4. Juni abgefaßtes [1] Entlassungsgesuch eingereicht, dem dann auch, allerdings erst am 22. Juli, Folge gegeben wurde [2]. Es liegt nahe, einen Zusammenhang zwischen den beiden Ereignissen zu suchen; ein Beweis für ihn läßt sich aber nicht erbringen.

Das führt hinüber zu einer weiteren Frage: Lassen sich sonst zwischen Mitte Mai und 19. Juni 1871 Ereignisse in Deutschland nachweisen, welche geeignet waren, in Bismarck den Entschluß zum Kampf wachzurufen? Dieser Versuch dürfte schwerlich gelingen! Zwar ergingen am 30. Mai zwei Hirtenbriefe der Majorität der deutschen Bischöfe gegen die Bewegung gegen die Infallibilität, der eine an das katholische Volk, der andere an den katholischen Klerus Deutschlands. Zwar war darin das Verhältnis von Staat und Kirche in durchaus römischem Sinn behandelt; allein es ist trotzdem unwahrscheinlich, daß diese Hirtenbriefe auf Bismarck einen besonders tiefen Eindruck gemacht haben. Ebensowenig wird man in der am 30. Mai einsetzenden Organisierung des Widerstandes gegen das Vatikanum durch Döllinger oder in der Erklärung, die er am 12. Juni mit 30 Genossen erließ, ein für Bismarck entscheidendes Ereignis sehen wollen. Der im März ausgebrochene Streit mit dem Bischof von Ermeland, Dr. Krementz, in Sachen des altkatho-

[1] S. Deutsche Revue 1903 (28) 2, S. 12.

[2] S. Schultheß 175, 191.

lischen Religionslehrers Wollmann[1] und einige andere einzelne Streitfälle gingen ihren Weg weiter, ohne daß in der in Frage kommenden Zeit eine besondere Verschärfung eingetreten wäre. Von größtem Interesse ist in diesem Zusammenhang eine Aeußerung, die Bismarck am Abend jenes entscheidenden 19. Juni 1871 Hohenlohe gegenüber tat[2]: er sagte, er werde jetzt aggressiver gegen die Klerikalen vorgehen und namentlich im Kultusministerium die Gruppe Krätzig austreiben; die Allianz der Klerikalen mit den Demokraten, wie Schröder-Lippstadt, habe seinen besonderen Unwillen erregt, „dem Faß den Boden ausgeschlagen". Haben wir etwa hier das entscheidende Novum, das die Aenderung in Bismarcks Haltung hervorgerufen, die dann offensichtlich durch seinen Zorn, seine Leidenschaft mitbedingt gewesen wäre und ihn sehr viel weiter geführt hätte, als nach Lage der Dinge erforderlich war, da er den Angriff auch auf Rom ausdehnte (s. o. S. 37), trotzdem er damals davon überzeugt war, daß Rom die Politik der Partei mißbillige?

Die Antwort auf diese Frage wird ganz wesentlich von der Gesamtbeurteilung Bismarcks abhängen. Es ist unbestreitbar, daß sich in der letzten Zeit eine einseitige Betrachtung der großen Persönlichkeiten — und nicht nur der großen — in die Geschichtswissenschaft eingeschlichen hat, die sich ausschließlich mit verstandesmäßig faßbaren und aktenmäßig beweisbaren Motiven abgibt, dagegen die sicher vielfach entscheidenderen, aus der Leidenschaft stammenden, oft allerdings gewiß nur im Unterbewußtsein vorhandenen, übersieht. Bei der Betrachtung Napoleons I. hat diese Anschauungsweise wahre Verheerungen angerichtet und die Eigenart und Größe ihres Helden völlig verdunkelt, der in ihrer Darstellung wie ein immer nur kühl abwägender Durchschnittspolitiker erscheint. Auch bei Bismarck ist derselbe Fehler, vornehmlich von Sybel, gemacht worden. Die Frage, ob eine Maßregel sachlichen Erwägungen oder

[1] N. Siegfried (P. Cathrein), Aktenstücke betr. den preußischen Kulturkampf, 1882, Nr. 16 ff.

[2] Dessen Denkwürdigkeiten 2, S. 64.

der Leidenschaft entsprang, wird in seiner Geschichte überall mit vollem Ernst gestellt werden müssen. Wir werden dann Fälle finden, wie die Verfolgung des Grafen Harry Arnim, in der die Leidenschaft ohne weiteres den Sieg über die sachlichen Erwägungen davongetragen hat. Man wird überhaupt, um einen Begriff der modernen Psychologie anzuwenden, den „Kampftrieb" bei Bismarck stark entwickelt finden, d. h. die Neigung, Schwierigkeiten auf dem Wege des Kampfes zu beseitigen, wenn man sich auch hüten wird, diesen Gesichtspunkt zu übertreiben. Hiermit können wir schon wieder eine Anwendung auf den Kulturkampf machen. Sicherlich finden wir hier Bismarcks Kampftrieb wieder. Man wird auch mit Recht darauf hinweisen, daß die ungeheueren Erfolge der Jahre 1864—1871 dazu beigetragen haben, mit der Siegesgewöhnung auch den Kampftrieb zu stärken. Allein, von hier bis zu der Behauptung, Bismarck habe aus Zorn über parteipolitische Vorgänge den gewaltigen Kampf nicht nur mit einer Partei, sondern mit der katholischen Kirche, mit Rom begonnen, von dem er damals noch annahm, daß es diese Parteipolitik verurteile, ist doch noch ein weiter Weg! Es hätte das bedeutet, daß auch in den allerwichtigsten Fragen des Staatslebens — der Fall Arnim gehört doch nicht zu diesen Fragen — die blinde Leidenschaft unseren größten Staatsmann hingerissen habe. Wir werden darauf vorbereitet sein müssen, eine derartige Auffassung in der nächsten Zeit häufiger vertreten zu sehen — einen zweiten Fall einer solchen Möglichkeit werden wir in der Studie II kennen lernen —, müssen aber einstweilen an der Auffassung festhalten, daß in allen großen Fragen Bismarck, im Gegensatz zu Napoleon I. seine Leidenschaft in den Dienst der Sache, nicht aber die Sache in den Dienst seiner Leidenschaft gestellt hat.

Betrachten wir nunmehr zusammenfassend die bisher gefundenen, für Bismarck ernstlich in Betracht kommenden Kulturkampfmotive — das parteipolitische in doppeltem Sinn (Wunsch, die Nationalliberalen an sich zu ketten und das Zentrum zu isolieren) und die mit ihm zusammenhängenden Gesichtspunkte, den antipolnischen, den

antiwelfischen und den antipartikularistischen — so werden wir sie vollauf zureichend finden, um einen lebhaften Kampf gegen das Zentrum als Partei zu erklären. Allein sie reichen durchaus nicht hin, um die „Aggression nach Außen", wie Bismarck sich in jenem Zeitungsartikel ausdrückte, den Angriff auf „Rom", und auf den Einfluß der Kurie auf die Deutsche Kirche zu erklären.

Das wesentlichste Motiv für diesen Kampf sehe ich in der auswärtigen Politik.

3. Der Kulturkampf und die auswärtige Politik.

Wenn man die Beziehungen des Kulturkampfs zur auswärtigen Politik betrachtet, so muß man zwei Fragen unterscheiden: Inwiefern ist etwa der Kulturkampf begonnen worden um der auswärtigen Lage willen, und zweitens, wie hat der Kulturkampf seinerseits die auswärtige Lage beeinflußt? Die zweite Frage ist schon öfters gestellt und beantwortet worden. Es werden unten (auch in Studie II) ganz kurze, das bisher bekannte aber hier und da ergänzende Bemerkungen über sie genügen. Im wesentlichen soll uns hier die erste Frage beschäftigen.

Die auswärtige Lage war schon nach 1866, mehr aber noch nach 1870 in hohem Grade unklar, ja verworren. Freilich gab es einen festen Punkt in dem Verhältnis der Großmächte zueinander: das war der seit Königgrätz akute, durch den Krieg von 1870/71 unendlich verschärfte Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich. Mit der unbedingten Feindschaft Frankreichs gegen Deutschland — und zwar nicht etwa nur wegen des Verlustes von Elsaß und Lothringen — mußte Deutschland und konnte Europa auf absehbare Zeit rechnen. Ferner war es eine allgemein anerkannte Tatsache, daß England unter der Herrschaft der Liberalen sich damals, wenigstens für den Augenblick, um die Verhältnisse des festländischen Europa auffallend wenig kümmerte — was von vielen englischen Politikern,

wie z. B. von dem damaligen Berliner Botschafter, Mr. Odo Russell[1], dem späteren Lord Ampthill, tief beklagt wurde. Weiterhin war der durch die asiatischen Verhältnisse begründete Gegensatz zwischen England und Rußland ein wichtiger Faktor in der europäischen Politik.

Völlig unklar aber war es, wo das neue Deutsche Reich etwa Bundesgenossenschaften finden könne, und überhaupt, wie sich die drei übrigbleibenden Großmächte zu ihm stellen würden.

Mit Oesterreichs Haltung im Krieg konnte Deutschland zufrieden sein. Der Kaiserstaat hatte schnell eingesehen, daß die ersehnte Gelegenheit, die Ereignisse von 1866 wieder rückgängig zu machen, nicht gekommen sei; im weiteren Verlauf des Krieges waren die Beziehungen recht freundlich geworden. Allein, irgend etwas entscheidendes bedeutete das nicht. Der Versuch des Ministeriums Hohenwart-Schäffle (Februar—Oktober 1871), Böhmen die Autonomie zu erteilen, wie Ungarn sie 1867 erhalten hatte, beruhte zum guten Teil auf dem Gedanken, eine slawische Bastion gegen das Deutschtum zu errichten[2]. Er scheiterte an der Abneigung der Deutschen Oesterreichs, vor allem aber an der der Ungarn. Jedenfalls war es im Frühjahr 1871 noch völlig unklar, auf welche Seite Oesterreich sich stellen werde.

Rußland, die Macht, mit der Bismarck damals mit gutem Grunde immer mit besonderem Eifer die besten Beziehungen pflegte, hatte zwar aus dem 70er Krieg unter starker Beihilfe Deutschlands die Aufhebung der Neutralität des Schwarzen Meeres davongetragen; das hinderte aber nicht, daß nahezu das ganze Volk, soweit es politisch interessiert war, die Gründung des Deutschen Reiches mit geradezu ungeheuerem Unwillen begrüßte. Alexander II. stand mit seiner, nach wie vor seinem Oheim, dem neuen deutschen Kaiser, überaus freundlichen Gesinnung, man kann es ohne Uebertreibung

[1] In zahlreichen diplomatischen Aktenstücken und von allen nicht englischen Historikern immer irrtümlich „Lord“ Odo Russell genannt.

[2] S. hierüber Friedjung, Historische Aufsätze, 1919, S. 375, 409, 513.

sagen, in der Regierung, am Hofe und im Reiche nahezu allein. Es wäre auch ganz unhaltbar, diese russische Stimmung etwa vorwiegend auf Machenschaften des alten Gortschakow zurückzuführen, der gewiß in seiner Eitelkeit verletzt war, indem er sehen mußte, wie sehr ihm sein „Schüler“ Bismarck den Rang abgelaufen hatte. Vielmehr handelte es sich um einen ganz elementaren Ausbruch leidenschaftlichsten Deutschenhasses, dessen verschiedene Ursachen ja bekannt sind, bei der russischen öffentlichen Meinung. Die Lage war also auch Rußland gegenüber entschieden unbehaglich. Es wird nun zwar von Julius von Eckardt die Meinung vertreten[1], daß man sich dessen in Berlin nicht vollbewußt gewesen. Man konnte die Ansicht vertreten, daß Bismarck, der Petersburg unmittelbar vor dem Auftreten der ersten bedenklichen Vorzeichen der Revolution — Studentenunruhen, revolutionäre Brände in Petersburg — verlassen hatte, trotz aller Kenntnis Rußlands, die aber nur die Kenntnis des alten wahrhaft absolutistischen Rußland gewesen, die persönliche Macht des Zaren überschätzt, und den mächtig wachsenden Einfluß der von unten drängenden Gewalten unterschätzt habe. Allein daraus, daß Bismarck seine und des Kaisers persönliche Beziehungen zum Zaren Alexander II. immer mit besonderem Eifer und größter Sorgfalt gepflegt — diese Beziehungen waren auf alle Fälle von allergrößtem Wert — darf man diesen Schluß keineswegs ziehen. Ueber die Bedeutung der fast völligen Einstimmigkeit der Presse und öffentlichen Meinung Rußlands Deutschland gegenüber wird sich Bismarck schwerlich getäuscht haben[2]; es wird ihm also schwerlich entgangen sein, daß es für ihn keine allzu leichte Aufgabe war, die alte Freundschaft aufrecht zu erhalten.

Blieb Italien. Es war völlig unklar, für welchen der beiden Gegner in der europäischen Politik die jüngste Großmacht sich ent-

[1] Berlin und St. Petersburg (anonym erschienen) 1880, S. 114; vgl. auch Lebenserinnerungen 2, S. 36 f.

[2] Versuche von seiten preußischer Diplomaten, die russische Presse zugunsten Preußens zu beeinflussen, sind ausdrücklich bezeugt; s. [Eckardt], Neue Bilder aus der Petersburger Gesellschaft, 1874, S. 99.

scheiden werde. Mit beiden war sie durch gute und fruchtbare alte Beziehungen verbunden. Dem Frankreich Napoleons III. verdankte sie zum guten Teil ihre Einigung, Preußen seine schöne nordöstliche Provinz. Freilich, wohin die Neigung des Königs und sehr großer Teile aller Stände des Volkes vorwiegend gingen, konnte nicht zweifelhaft erscheinen. Daß der Abschluß eines Bündnisses mit Frankreich, der „lateinischen Schwesternation", gegen Norddeutschland vor dem großen Krieg wesentlich oder ausschließlich an der römischen Frage gescheitert war, ist bekannt. Es war nun noch unentschieden, ob, nachdem Rom in den Besitz Italiens gelangt war, die alte Freundschaft zwischen Italien und Frankreich wieder zum Siege durchdringen, oder ob Rom noch immer zwischen den beiden Staaten stehen werde, entweder, weil in Italien der Groll über die frühere Vorenthaltung der Hauptstadt noch fortdauerte, oder weil Frankreich sich etwa nicht in die Zerstörung des Kirchenstaates finden würde: le cléricalisme c'est la France, hatte Napoleon III. gesagt! — Jedenfalls war es zur Zeit des Frankfurter Friedens völlig unklar, nach welcher Seite Italien sich wenden werde. Daß der Nationalhaß der Italiener gegen Oesterreich andauerte, bedarf kaum der Erwähnung.

In dieser verworrenen Lage ging Bismarck — es ist ein wundervoller Anblick — mit seiner ganzen Energie und Entschlossenheit an die Arbeit, das neue Reich zu sichern und auch diplomatisch auf feste Grundlagen zu stellen.

Es galt für ihn einerseits den Gegner Frankreich zu isolieren und möglichst bündnisunfähig zu erhalten, — dem letzteren Gedanken entsprangen namentlich die Bemühungen, die Wiederherstellung der Monarchie in Frankreich zu hintertreiben — andererseits die drei genannten Großmächte, in möglichst gute und nahe Beziehungen zum Deutschen Reiche zu bringen oder — wie bei Rußland — zu erhalten. In diesen Zusammenhang nun gehört der Kulturkampf als Kampf gegen Rom. Er hatte Italien und Rußland gegenüber einen doppelten Zweck: Er sollte dazu

dienen, die beiden Mächte für Deutschland zu gewinnen und an Deutschland zu ketten und sie andererseits in ihrer antikurialen Tendenz zu bestärken und sie so von einem Bunde mit Frankreich abzuhalten, das damals von klerikaler Mehrheit und von Thiers, der auch seinerseits Anhänger der weltlichen Herrschaft des Papstes gewesen war, regiert wurde. Bei Oesterreich lagen die Verhältnisse anders: hier konnte an sich der Kulturkampf nicht als Lockmittel zum Anschluß an Deutschland dienen; vielmehr war es hier umgekehrt von vornherein Bismarcks Bemühen, seinerseits den Kaiserstaat zum Kulturkampf hinzureißen, um ihn dauernd von Frankreich getrennt zu erhalten und ihn Italien näher zu bringen. *Italien aber und Rußland sollte mit dem deutschen Kulturkampf ein unmittelbarer Dienst geleistet werden.* Bei Italien, das wegen der Ereignisse der verflossenen Jahrzehnte und besonders der Besetzung Roms vom Papste natürlich auf das heftigste angegriffen und bedroht wurde, liegt das auf der Hand. Italien sollte dadurch zur Hinwendung zu Deutschland gewonnen werden, daß Deutschland sich ihm als mächtiger Bundesgenosse gegen den Papst zur Verfügung stellte. Daß Frankreich dann — um immer auf der anderen Seite zu sein, als Deutschland — um so mehr Schwierigkeiten Roms wegen bereiten würde, war nicht unwahrscheinlich. Auf diese Weise konnte die deutsche Politik hoffen, die römische Frage noch nach ihrer Lösung als das zu erhalten, was sie vorher gewesen war: eine Barriere zwischen Italien und Frankreich.

Aehnlich lagen die Dinge Rußland gegenüber. An der polnischen Revolution von 1863 war die katholische Geistlichkeit in hervorragendem Grade beteiligt gewesen. Seitdem führte die russische Regierung viele Jahre lang einen lebhaften Kampf gegen die katholische Kirche in Polen und den sog. westlichen Gouvernements. Die Folge war, daß der Papst sehr bald in Harnisch geriet und Rußland mit den wütendsten Angriffen bedrohte, die an Heftigkeit nur noch von denen gegen Italien übertroffen wurden. So konnte denn

Bismarck erwarten, wenn er seinerseits den Papst in machtvoller Weise angriff, auch in Rußland als Bundesgenosse begrüßt zu werden und dadurch die Beziehungen der zwei Kaiserreiche zu verbessern. Das galt aber nicht nur für die russische Regierung, sondern in besonderem Grade auch für einen guten Teil wenigstens der russischen öffentlichen Meinung, nämlich[1] der westeuropäisch-freisinnig orientierten. Und wir werden sehen, daß in der Tat eine glückliche, wenn auch vorübergehende Wirkung des Kulturkampfs auf die russische Presse nicht ausblieb.

Ehe die Quellenbelege für diese Auffassung folgen, ist ein Wort über die Literatur einzuschieben. In den Erörterungen der meisten Zeitgenossen über die Ursachen des Kulturkampfes finden wir diese Zusammenhänge völlig übersehen; von einigen wenigen dagegen sind sie angedeutet oder klar erkannt. P. Reichensperger berichtet, daß im Anfang des Kulturkampfes die ausländische, namentlich die italienische Presse nicht ermangelt habe, Fingerzeige zu geben, welche auf momentane Interessen der auswärtigen Politik hinwiesen[2]. Welcher Art diese Interessen gewesen, kann nicht zweifelhaft sein. Moritz Busch schreibt von Bismarck[3]: „Hiergegen, d. h. gegen die polnische Propaganda der katholischen Geistlichkeit, schritt er — sicherlich auch mit einem Blick auf Rußland, das sein Interesse in Polen von gleichen national-klerikalen Ränken unterminiert sah und in dem deutschen Kanzler hier von neuem den natürlichen Bundesgenossen erblicken mußte — entschlossen ein." Ziemlich klar erkannt ist der Kulturkampf als Mittel, die russische und die italienische Politik an die deutsche zu fesseln von dem bedeutenden und gedankenreichen Luzerner Publizisten Anton Ph. von Segesser[4], der

[1] Vgl. unten.

[2] Kulturkampf oder Friede in Staat und Kirche, 1876, S. 26.

[3] Bismarck und sein Werk, 1898, S. 16.

[4] Der Kulturkampf, Bern 1875. Wieder abgedruckt in Sammlung kleiner Schriften, Bern 1877, S. 557 ff. Die im Text herangezogene Stelle S. 590 ff. — S. erinnert auch daran, daß in England eine mächtige Partei den Kulturkampfbestrebungen entgegenkam; s. darüber auch Sidney Whitman, Deutsche

nur irrt, wenn er meint, daß auch Oesterreich gegenüber der Kirchenstreit dieselbe Bedeutung haben konnte. Auch Konstantin Rößler deutet ursächliche Zusammenhänge des Kulturkampfs mit der auswärtigen Politik als möglich an[1]. Die merkwürdige Sachlage, daß in allen den fast zahllosen Erörterungen und Untersuchungen der Historiker über die Ursachen des Kulturkampfs, soweit ich sehe, mit keinem Wort von den obigen, doch von einigen Publizisten erkannten oder geahnten Zusammenhängen die Rede ist, stellt wieder einen Beleg für die Tatsache dar, wie gering das Interesse der Deutschen für die auswärtige Politik immer gewesen ist[2]. Doch es ist Zeit, die Quellen reden zu lassen.

Zunächst über die Beziehungen Deutschlands zu Frankreich. Wir finden, daß die französischen Staatsmänner den Kulturkampf aus zwei Hauptursachen entstehen lassen: die eine ist oben genannt, es ist der Kampf Bismarcks gegen den Partikularismus; die andere aber ist die antifranzösische Politik Bismarcks. Gontaut-Biron hat vollauf begriffen, daß es Bismarcks Absicht sei, Frankreich zu isolieren. In diesem Zusammenhang sehen er und die Seinen den Kulturkampf durchaus. Am 12. April 1872 schreibt er über den Kulturkampf nach Hause[3]: ce n'est pas précisément aux catholiques que M. de Bismarck en veut, mais à l'alliance que la France pourrait trouver auprès d'eux. Am 16. April desselben Jahres meint er[4], daß die Stellung der deutschen Regierung Frankreich gegenüber unfreundlicher geworden, u. a. wegen der affaires catholiques. Auch im Juni desselben Jahres ist die Rede von den Beziehungen der religiösen Politik Bismarcks zu den damals schwie-

---

Erinnerungen, 1912, S. 58 f. „Der Kulturkampf brachte England und Deutschland zusammen, wie selten etwas vorher und nichts seitdem wieder." cf. 344 f. Es handelte sich aber natürlich nur um einen Teil von „England".

[1] Das Deutsche Reich und die kirchliche Frage, 1876, S. 10/11.

[2] Doch sehen auch die französischen Historiker diese Zusammenhänge nicht.

[3] Occupation et libération 1, S. 241 ff.

[4] Ebenda S. 261.

rigen Verhandlungen mit Frankreich[1]. Im September 1873 nennt der fränzösische Geschäftsträger, Debains, den Besuch Viktor Emanuels in Berlin une démonstration antifrançaise et anticléricale[2]. Der Herzog Louis Decazes, der französische Minister des Auswärtigen vom 26. November 1873 bis zum 23. November 1877, der in der Lage war, ein sachkundiges Urteil abzugeben, schreibt am 22. Januar an seinen Berliner Botschafter Gontaut[3]: Je crois qu'il (Bismarck) a inventé sa politique religieuse dans un double but, celui de prendre a temps (rechtzeitig) contre la France catholique une position avantageuse et qui lui assurerait le concours de l'Italie, et aussi celui de se créer dans le Parlement allemand une grande et docile majorité.

Damit sind wir bei Italien angelangt. Um die Freundschaft Italiens entstand zwischen Deutschland und Frankreich sofort nach dem Frankfurter Frieden, wie das in der Natur der Dinge lag, ein Wettstreit. Man kann das schon aus den Worten entnehmen, die Thiers im Juni 1871 in einem Ueberblick über die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten gebraucht[4]: „Italien endlich, wissend, daß ich, allerdings nicht ohne Bedauern, mich auf die Seite der Einigung Italiens gestellt hatte, war mir dankbar dafür, daß ich eine feste und freundschaftliche Politik ihm gegenüber verfolgte, die allein es vielleicht von einem Bündnis mit Preußen zurückhalten konnte. Man betrachtete uns also als eine Macht, mit der man rechnen mußte."

Waren hierbei anfänglich die Aussichten der Franzosen gewiß größer, so verdarben sie sie bald, eben infolge des herrschenden Klerikalismus und wohl auch um, nach Thiers Worten, zu zeigen,

---

[1] Doniol, M. Thiers usw., 1897, S. 224.

[2] Gontaut-Biron, Mon ambassade, S. 396.

[3] Dreux, Dernières Années de l'ambassade en Allemagne de M. de Gontaut-Biron, 2. Aufl. S. 39.

[4] Thiers, Notes et souvenirs S. 196 ff.

daß man in Italien mit Frankreich rechnen müsse, durch eine Politik der Nadelstiche gegen das neue Königreich. Im Mai 1871 gab sich Frankreich große Mühe, Italien von der Verlegung des Sitzes der Regierung nach Rom abzuhalten. Bei der ersten Anwesenheit des Königs Viktor Emanuel in Rom, Anfang Juli, fiel es auf, daß der französische Gesandte beim heiligen Stuhl Rom auf einige Tage verlassen hatte und der französische Botschafter beim König von Florenz aus auf Urlaub gegangen war [1]. Später blieb der Botschafterposten beim Quirinal lange Zeit unbesetzt, bis der Besuch des Prinzen Friedrich Karl in Rom (s. u.) endlich den Franzosen das Bedenkliche ihrer Handlungsweise klar machte. Es folgte ein Zwischenfall, der darauf beruhte, daß die Franzosen Pioniere an den Ausgang des Mont-Cenis-Tunnels sandten, um ihn eventuell zu sperren. Beim Papst wurde ein Militärattaché beglaubigt — eine Maßregel, die wie ein schlechter Witz aussah und nur als fortdauernde Anerkennung der weltlichen Herrschaft des Papstes und als Drohung gegen Italien gedeutet werden konnte [2].

Dagegen wurden die Beziehungen zwischen Italien und dem Deutschen Reich in den nächsten Jahren in der Tat immer besser. In der italienischen Thronrede vom 16. Oktober 1871 fand sich auch ein Passus über das Gotthardbahnprojekt [3], in dem nicht nur von der Verbesserung des wirtschaftlichen Austauschs zwischen Italien und Deutschland die Rede war, sondern in auffälliger Weise gerade auch die politischen Beziehungen hervorgehoben wurden. In mehreren Thronreden der nächsten Jahre wurde in dem Ueberblick über die auswärtige Lage das gute Verhältnis zu Deutschland besonders betont. Im Februar 1872 erfolgte der Besuch des Prinzen Friedrich Karl in Rom [4], scheinbar ohne eigentlich politischen Zweck, der aber doch zur Annäherung der zwei Reiche bedeutend beitrug. Ende desselben Monats stellte die italienische Presse Ver-

[1] Schultheß S. 415. [2] Ebenda 1872 S. 449.
[3] Staatsarchiv 25, S. 326.
[4] S. Förster, Prinz Friedrich Karl, 1910, 2, S. 502.

gleiche zwischen den französischen und italienischen Streitkräften für den Fall eines Krieges an[1]. Mitte März ist Thiers von einem Einverständnis zwischen Bismarck und Viktor Emanuel überzeugt: „Oui, il existe une entente évidente entre M. de Bismarck et Victor-Emanuel". „Quant à l'union de la Prusse et de l'Italie, elle est certaine." Thiers zweifelt nur, ob es sich um schriftliche oder mündliche Abmachungen handle[2]. Am 16. April 1872 klagt Gontaut-Biron in einem Bericht aus Berlin an seinen Vorgesetzten Rémusat[3], daß in den schärferen Ton der deutschen Presse gegen Frankreich auch die italienische einstimme und daß ihre Artikel mit auffallendem Gefallen von den deutschen Zeitungen abgedruckt werden. Und in einem Bericht vom gleichen Tage an den Präsidenten Thiers spricht der Botschafter ebenfalls von den „wiederholten heftigen Bemerkungen der deutschen und italienischen Zeitungen gegen Frankreich"[4]. Im Mai 1872 erfolgte gewissermaßen als Gegenbesuch für den Besuch des Prinzen Friedrich Karl in Rom der des italienischen Kronprinzenpaares Humbert und Margherita in Deutschland, der herzlich und glänzend verlief. Im September 1873 kam König Viktor Emanuel nach Berlin.

Es soll nun nicht etwa behauptet werden, daß diese Annäherung Italiens an Deutschland allein auf den Kulturkampf zurückzuführen sei. Es mag von italienischer Seite neben anderem als sehr wichtig der Wunsch vorgelegen haben, durch Deutschland Schutz vor einem etwaigen österreichischen Angriff zu erhalten. Allein selbst hiermit hing das kirchenpolitische Problem zusammen, das damals auf einige Jahre eine überragende Bedeutung in der europäischen Politik erlangte. Italien verfolgte die Entwicklung des Klerikalismus in Deutschland mit Aufmerksamkeit und Sorge. Schon nach den preußischen Abgeordnetenhauswahlen vom No-

---

[1] Schultheß S. 446.

[2] Thiers an Gontaut, 16. März 1872, Occupation et libération 1, S. 213.

[3] Ebenda S. 261. [4] Ebenda S. 264.

vember 1870, die so viele klerikale Mandate ergaben, hatte der italienische Botschafter dem Staatssekretär von Thiele seine Beklemmungen ausgedrückt [1] — ein deutlicher Fingerzeig, in welcher Richtung die deutsche Regierung der italienischen Dienste leisten konnte. Daß der gemeinsame Kampf gegen Rom ein mächtiges Bindemittel zwischen Italien und Deutschland bedeutete, fand sich 1872 in aller Oeffentlichkeit ausgesprochen: Visconti-Venosta äußerte sich in einer Rede in der Zweiten Kammer am 28. November 1872 unmißverständlich in diesem Sinn [2]: „Aber nicht nur, bemerkte er, Herzensneigung und die Gemeinsamkeit der Interessen verbinden uns mit Deutschland, sondern auch unsere gemeinsamen Feinde. Wir kämpfen einen harten Strauß mit einer mächtigen Partei, die sich gegen uns erhoben, die überhaupt die Herrschaft über die ganze Welt an sich reißen möchte. Wohlan, sagt Deutschland, ein großes Volk mit einer starken Regierung, wir verfolgen sympathisch das Werk Eurer politischen Konsolidierung usw. Unsere eigenen Kämpfe mit demselben Feinde, der auch der Eurige ist, setzen uns in den Stand, die Schwierigkeiten, in welchen Ihr Euch befindet, vollkommen zu würdigen und anzuerkennen, daß Ihr mit aller nur möglichen Mäßigung und Schonung kämpft und nicht anders handeln könnt, als Ihr eben tut (allg. Beifall). Es ist natürlich, daß wir die besten Beziehungen mit Deutschlands Regierung und Bevölkerung zu unterhalten suchen. Wir wären strafbar, wenn wir es nicht täten." Es mag in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß der, übrigens in Deutschland zuerst von Bayern verlangte Kanzelparagraph auf italienischem Vorbild beruht [3]. Die Nachahmung des italienischen Beispiels konnte die Gemeinsamkeit des Kampfes so recht vor die Augen rücken.

Sehr schön findet sich der Zusammenhang zwischen dem Ver-

---

[1] S. [Robolsky], Bismarck nach dem Kriege, 1883, S. 7.

[2] Schultheß S. 415 f.

[3] 12. Juni 1871, Aenderung des italienischen Strafgesetzbuchs betreff. „Diener des Kultus", s. Schultheß S. 414.

such, Italien zu gewinnen und dem Kulturkampf in Crispis Memoiren dargelegt [1]. Er erzählt von der Reise Viktor Emanuels nach Wien und Berlin (September 1873) und berichtet da: „Um die italienischen Minister für sich zu gewinnen, hatte Andrassy frank und frei erklärt, daß er in keiner Weise die Beschwerden des Papstes unterstützen werde (so zu lesen), die zu jener Zeit noch heftig und voller Hoffnungen waren, und daß er sich jeden gemeinsamen Vorgehens mit Frankreich in allen das Papsttum betreffenden Angelegenheiten enthalten würde. Als Beweis seiner freundschaftlichen Dispositionen hatte er sogar mitgeteilt, daß er eine vom Vatikan für das nächste Konklave verlangte Lokalität nicht bewilligt hätte und daß es bei dieser Ablehnung bleiben würde. Auch Bismarcks Erklärung war nicht günstiger für den Papst gewesen. Er hatte ihm gerade in jenem Monat (3. September) durch den Kaiser jegliche Abänderung der Kirchengesetzgebung verweigern lassen. Aber in Anerkennung, daß eine Rücksichtnahme auf den Pontifex seitens Italiens notwendig (s. z. l.) sei, hatte er verlangt, daß Italien in seiner Politik Frankreich, das seine Ansprüche immer höher geschraubt hätte (s. z. l.), keine Konzessionen mache, und endlich hatte Bismarck kurz und bündig erklärt, daß Deutschland nie einen Angriff auf Italien erlauben würde."

Diese Reise des Königs, auf die er schon Verzicht geleistet hatte, wurde im August 1873 dennoch beschlossen — mit Rücksicht auf die Ereignisse in Frankreich [2]. Unter dem neuen Präsidenten Macmahon und dem Ministerpräsidenten Herzog von Broglie (seit dem Mai) ging eine neue Welle vom Kurialismus und Monarchismus über das Land. Im Juli und August hatte der „Wallfahrtsmonat" zu einer Reihe von Kundgebungen und Adressen zugunsten der weltlichen Herrschaft des Papstes geführt, an der sich über 100 Abgeordnete beteiligten. Ferner hatten sich die Häuser Bourbon

[1] Deutsche Uebersetzung von W. Wichmann, 1912, S. 3. (Die Ausgabe im Urtext war mir hier nicht zugänglich.)

[2] Schultheß S. 366.

und Orléans durch Verzicht des letzteren auf die Prätendentenschaft vorübergehend geeinigt. Und diese Einigung hatte der Papst gefördert[1]. Da kam nun als Gegenzug die Reise des Königs von Italien nach Deutschland. Man muß bei allen diesen Verhältnissen immer im Auge behalten, daß eine unbedingt klerikale Herrschaft in Frankreich eine unmittelbare Bedrohung Italiens bedeutete.

In die ganz engen Zusammenhänge zwischen der Frage des französischen Klerikalismus und den Versuchen Deutschlands, Italien an sich zu fesseln, führt auch ein Brief Gontaut-Birons vom 31. Mai 1873 an den damaligen Ministerpräsidenten Herzog von Broglie[2] ein. Er meint, wie die Präsidentschaft eines Marschalls (Macmahon) in Deutschland die Furcht vor der Revanche geweckt habe, so die religiösen Ueberzeugungen eines Teils der neuen Minister die Furcht der Intervention in Italien . . . „und Sie wissen, wieviele Avancen Deutschland Italien gemacht hat."

Bei der Gasteiner Zusammenkunft vom August 1871 hatte Bismarck dem Grafen v. Beust „den ganzen Kulturkampf" vorausgesagt[3]. In einem Bericht an den Kaiser Franz Joseph über seine Unterredung mit Bismarck führte Beust u. a. folgendes aus: Es ist die Aufgabe Oesterreichs, auf das Entgegenkommen Kaiser Wilhelms und Bismarcks einzugehen, u. a. weil wir sonst „die italienisch-preußische Allianz wieder herstellen." „Ich komme hiermit noch zu einem Punkt der Unterredung mit Fürst Bismarck, der mir, ich darf es wohl sagen, eine Genugtuung mehr war." Und nun folgen Erörterungen über die römische Frage, das Verhältnis Oesterreichs zu Italien und Bismarcks Kulturkampfabsichten. Auch

[1] Mitteilung des Grafen Harry Arnim an Gontaut, April 1872, bei Gontaut, Mon ambassade, S. 108 Anm.: „Le pape Pie IX., que je viens de voir, désire la fusion."

[2] Gontaut-Biron S. 381.

[3] Zum folgenden Beust, Aus Dreiviertel-Jahrhunderten 2, S. 480 ff. Die Worte „der ganze Kulturkampf" sind natürlich nicht zu pressen. Es handelte sich nur um die ersten Maßregeln, die aber vielleicht das ganze damalige Kulturkampfprogramm Bismarcks umfaßten (vgl. oben S. 34).

in den Darlegungen dieses Staatsmannes erscheint der Kulturkampf durchaus im Zusammenhang mit der auswärtigen Politik, als ein Bindemittel zwischen Deutschland und Italien.

Dieser Zusammenhang dürfte damit unzweifelhaft feststehen. Zu leugnen aber, daß Bismarck diesen Zusammenhang vorausgesehen, anzunehmen, daß er den Kulturkampf wesentlich oder allein aus innerpolitischen Gründen begonnen und ihn erst später in Beziehung zur auswärtigen Politik gesetzt habe, das hieße ihn zum Dilettanten in seinem eigensten Fach stempeln.

Was die Erfolge dieser Politik betrifft, so ist unverkennbar, daß sie anfangs durchaus bedeutend gewesen sind. Die den Franzosen so peinliche Annäherung zwischen Deutschland und Italien ist ohne jeden Zweifel durch den Kulturkampf mächtig gefördert worden. Ob sie ohne ihn überhaupt zustande gekommen wäre, steht dahin. Was aber dieser Politik versagt blieb, das war der dauernde Erfolg. Darüber wird unten noch einiges wenige zu sagen sein.

Wir gelangen zu Rußland. An dem polnischen Aufstand von 1863 hatten sich, wie oben schon angedeutet wurde, katholische Priester und Mönche in großer Zahl beteiligt. Die Folge war eine Fülle von strengen, ja harten Maßregeln gegen die katholische Kirche in Polen und den westlichen Gouvernements, die viele Jahre lang sich häuften[1]. Da war ein Strafmittel die Belegung der Güter der katholischen Geistlichkeit mit außerordentlichen Kontributionen, so mit 12% im Jahre 1863[2]; eine ähnliche Maßregel erfolgte 1864[3]. Der Erzbischof von Warschau hatte im Jahr 1863 gegen die Hinrichtung eines Mönchs protestiert. Die Folge war, daß er ins Innere Rußlands abgeführt wurde. Hierauf antwortete die Geistlichkeit Polens mit Ansetzung einer Kirchentrauer, und der Stellvertreter des Erzbischofs verhielt sich vollkommen intransigent[4].

---

[1] Im folgenden soll ohne Anspruch auf Vollständigkeit ein Teil dieser Maßregeln, die bei uns fast völliger Vergessenheit anheimgefallen sind, kurz zusammengestellt werden.

[2] Schultheß S. 270. [3] Ebenda S. 284.

[4] Ebenda S. 258, 263, 271.

Auf die Wegführung des Warschauer Kirchenfürsten folgte in den nächsten Jahren die fast aller römisch-katholischen Bischöfe des Reichs. Im Jahre 1864 setzte die Regierung mit neuen Gedanken ein: sie warf ihr Augenmerk auf die Schulen, führte eine Kontrolle der Gottesdienste ein und schritt schließlich zur Aufhebung eines großen Teils der römisch-katholischen Mönchs- und Nonnenklöster in Polen[1]. Im Jahre 1865 wurde die Besoldung der römischen Geistlichkeit durch den Staat eingeführt; eine große Anzahl von katholischen Beamten wurde entlassen, schließlich der intransigente Administrator von Warschau nun auch seinerseits verhaftet[2]. Im Jahre 1866 kam es nach einer Szene zwischen dem Papst und dem russischen Vertreter beim Vatikan zur Aufhebung der diplomatischen Beziehungen. In demselben Jahre wurde das russische Konkordat mit Rom aufgehoben[3]. Das Jahr 1868 sah eine ganze Anzahl von neuen Maßregeln, die geeignet waren die Kirche zu reizen. Es wurden die polnischen und katholischen Grundbesitzer mit einer Sondersteuer belegt; die russische Sprache wird in den katholischen Gottesdienst eingeführt; eine Anzahl von Kirchen der Bruderschaften wird geschlossen; ein weiterer Streit mit einem einzelnen Bischof trat hinzu[4]. Diese Einzelkonflikte gingen nun weiter; im Jahre 1869 wurde eine Diözese aufgehoben; vor allem aber erfolgte in diesem Jahr das Verbot des Besuchs des vatikanischen Konzils[5]. 1871 wurde die Aufhebung der Behörde für die sog. fremden Konfessionen in Polen verfügt (vgl. unten). Dann flaute der Streit auf kurze Zeit ab; Gortschakow suchte im Jahre 1872 Frieden mit dem Papst, der fünf neue Bischöfe im russischen Reich präkonisierte, ohne an den Vorschlägen der Regierung zu mäkeln. 1874 aber brach der Kampf wieder aus. Es kam zu einem neuen Konflikt mit der katholischen Geistlichkeit in Polen und zu einem wütenden Streit mit dem Papst wegen der Ersetzung des griechisch-

---

[1] Schultheß S. 289, 293, 294 f.

[2] Ebenda S. 323, 325, 327.

[3] Ebenda S. 397, 402.

[4] Ebenda S. 471 f., 474, 476.

[5] Ebenda S. 438, 440, 441.

katholischen Ritus in der Erzdiözese Chelm (Kolm) durch den rein griechischen [1]. Diese knappen Angaben mögen hier genügen.

Es versteht sich, daß der Papst soviele Reizungen nicht ruhig hinnahm. Er hat eine stattliche Zahl von mehr oder weniger leidenschaftlichen Kundgebungen gegen den russischen Staat erlassen. Und zwar erscheint hier Rußland mehrfach direkt hinter dem verhaßten Feind der Kurie, dem Königreich Italien. Besonders lebhaft waren die Aeußerungen des Papstes im Jahre 1869. In einer Ansprache an die ihm zum Jahrestag seiner Krönung glückwünschenden Kardinäle am 17. Juni rief Pius IX. aus: „Ach, wie drückend sind die Leiden, welche die Kirche betrüben, wieviel Kummer überall, wie viele Tränen. Vielleicht in dem Augenblick, da ich spreche, wird ein Königreich — Polen war gemeint — seines letzten Bischofs beraubt, er selbst ins Gefängnis gesperrt und ins Exil geschickt.“ An dieser Stelle stockte der Papst und Tränen schimmerten in seinen Augen! Und am 25. Juni klagte er in einem geheimen Konsistorium abermals über die russische Regierung, welche die Kirche verfolge, ihre Bischöfe „sogar mit Gewalt aus ihren Diözesen vertreibe und ins Exil schicke und ihnen überdies nicht gestatte, die Grenzen des Reichs zu überschreiten, während doch das Interesse der Kirche das absolut erheische“ [2].

Alle diese aufsehenerregenden Vorgänge haben zweifellos auf Bismarck, mit seiner mit Recht viel angestaunten Kenntnis auch der inneren Verhältnisse aller europäischen Staaten, der ja überdies die russischen Dinge zu allen Zeiten mit besonderem Interesse verfolgte, einen starken Eindruck gemacht. Es liegt nahe, anzunehmen, daß er davon überzeugt war, durch kulturkämpferische Maßnahmen Rußland einen Gefallen zu tun und also die dortigen deutschfreundlichen Tendenzen zu verstärken. Besonders wird er gehofft haben, die deutschfeindliche öffentliche Meinung zu besänftigen. Der maßgebendste oppositionelle russische Publizist, Katkow von der Moskauer

---

[1] Schultheß 1874 S. 489, 492, 493/5; vgl. 1875 S. 468.

[2] Ebenda S. 381 f.

Zeitung, war nach der polnischen Revolution durchaus unter die Gegner des Polonismus und des Katholizismus gegangen und predigte den Polen den inneren Anschluß an Rußland, wenn er sich auch (s. u.) in dieser Hinsicht einer gewissen Mäßigung befleißigte. War es unwahrscheinlich, daß er und andere einem Deutschland gegenüber, das sich in einen großartigen Kampf gegen den Papst geworfen, sanftere Saiten aufziehen würde?

In diesem Zusammenhange erscheint auch die polnische Seite des deutschen Kulturkampfs in neuem Lichte. Ohne selbstverständlich den Selbstzweck des Kampfes gegen die polnischen Bestrebungen in Deutschland irgend leugnen oder abschwächen zu wollen, wird der Betrachter doch auch an die sog. Alvenslebensche Konvention vom Februar 1863 anknüpfen und in diesem Sinn im Kulturkampf eine Wiederaufnahme der Politik von 1863 sehen. Wie dort von Bismarck der russischen Regierung unter gewissen Kautelen die Bekämpfung der Revolution auch im deutschen Polen zugesagt wurde, so wurde hier der Kampf gegen den mit dem Polonismus verbündeten kurialen Katholizismus auch auf deutsch-polnischem Boden ausgefochten. Daß hiermit Rußland ein immerhin erheblicher Gefallen getan wurde, leuchtet ohne weiteres ein.

Auch auf folgende Tatsache mag hingewiesen werden. Wie der Kanzelparagraph ein italienisches Vorbild hat, so fand umgekehrt die erste deutsche Kulturkampfmaßregel, die Aufhebung der katholischen Abteilung im preußischen Kultusministerium eine sofortige russische Nachahmung. Wie oben schon erwähnt wurde, ist im August 1871 die Warschauer oberste Behörde für die sog. „fremden Konfessionen“ (d. h. die nicht griechisch-orthodoxen) aufgehoben und die Angelegenheiten dieser Konfessionen den Petersburger Zentralbehörden übertragen worden [1]. Das gemeinsame bei den an sich ja verschiedenen Maßregeln ist, daß in beiden Fällen eine vermeintliche Hauptstütze des kurialen Polonismus beseitigt

[1] Ebenda S. 445.

werden sollte. Bei dem so kleinen zeitlichen Abstand der beiden Maßregeln könnte man fast auf den Gedanken einer Verabredung kommen.

Es mußte also der deutsche Kulturkampf dem damaligen Rußland in doppelter Hinsicht sympathisch sein: als Kampf gegen den Papst und als Kampf gegen den Polonismus. Es kam schließlich noch ein drittes, allerdings minder wichtiges hinzu. Auch die Bekämpfung der Zentrums p a r t e i an sich mußte in Rußland freundlich begrüßt werden. Die katholische Fraktion in Preußen war von jeher russenfeindlich gewesen, was besonders im Krimkrieg zu scharfem Ausdruck kam [1]. Die oben kurz geschilderten Maßregeln der 60er Jahre gegen die katholische Kirche in Polen haben diese Stimmung noch verschärft. Die 1870 neu errichtete Partei unterschied sich auch hierin nicht wesentlich von ihrer Vorgängerin. Gerade das Zusammengehen Deutschlands mit Rußland war ihr verhaßt. Als bei der Anerkennung der republikanischen Regierung in Spanien durch Bismarck Rußland sich von Deutschland trennte, indem es der antiklerikalen Republik die Anerkennung verweigerte, erscholl großer Jubel in der Zentrumspresse.

Wie sehr Bismarck gewohnt war, Rußland schlechthin unter die antiklerikalen Mächte einzureihen, zeigt sich an einer ganz unverfänglichen Stelle seiner Gedanken und Erinnerungen, wo er gar nicht von kirchlichen Dingen oder dem Kulturkampf spricht. Bei der Erörterung der möglichen Gefahren der auswärtigen Lage nach 1866 bespricht er auch die wahrscheinliche Haltung Rußlands im Falle eines Kriegs Oesterreichs, Frankreichs und Italiens gegen den Norddeutschen Bund. Er meint [2], daß er auf Hilfe Rußlands habe rechnen können, aber doch erst nach einer Niederlage, „vermöge deren die Frage näher gerückt wäre, ob Rußland die Nachbarschaft einer siegreichen französisch-österreichischen Koalition an seinen pol-

---

[1] S. H. Donner, Die katholische Fraktion in Preußen 1852—1858, Leipziger Inaugural-Dissertation 1909, S. 25/6.

[2] 2, S. 55.

nischen Grenzen vertragen könne." Er fährt dann fort: „Die Unbequemlichkeit einer solchen Nachbarschaft wäre vielleicht noch größer geworden, wenn statt des antipäpstlichen Königreichs Italien das Papsttum selbst der Dritte im Bunde der beiden katholischen Großmächte geworden wäre."

In unserem Zusammenhang sehr lehrreiche Aeußerungen sind auch von dem deutschen Botschafter in Wien, General von Schweinitz, überliefert. Andrassy berichtet darüber in einer Instruktion vom 6. Juni 1872 an seinen Berliner Botschafter, den Grafen Karolyi, folgendes[1]: So oft im Gespräch die preußisch-russischen Beziehungen berührt wurden, bezeichnete der deutsche Botschafter als eine der Hauptursachen der innigen Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland ihre beiderseitige Abneigung gegen die Möglichkeit einer katholischen Liga. Ganz direkt nannte Schweinitz Rußland den in dieser Hinsicht natürlichen Bundesgenossen Deutschlands. Er machte überdies die Bemerkung, daß schon allein die Besorgnis vor einem Ueberwuchern der römischen Kurie in Europa es dem Berliner Kabinett zu einem Gebot der Klugheit mache, die Beziehungen zu Rußland nicht mit denen zu einer katholischen Macht zu vertauschen. Andrassy suchte diese Argumente durch den Hinweis zu entkräften, daß gerade in den katholischen Ländern die Opposition gegen das Papsttum am stärksten sei und nirgends in dem Maße, wie in Oesterreich-Ungarn. Die ganze mächtige Bedeutung der kurialen Frage für die große europäische Politik tritt auch in dieser Instruktion klar in die Erscheinung. Und wieder: es wäre eine ganz unmögliche Annahme, daß die oben dargelegten Anschauungen über das preußisch-russische Verhältnis Bismarck[2] erst nach dem Beginn des Kulturkampfs, der nur aus innerpolitischen Gründen unternommen worden wäre, gekommen

---

[1] Wertheimer, Andrassy 2, S. 199.

[2] Auch Schweinitz konnte nicht ohne Instruktion in dem obigen Sinn sprechen.

seien. Man würde ihn, wie schon einmal gesagt wurde, mit einer derartigen Anschauung zum Dilettanten in der auswärtigen Politik stempeln. Indem er im Juni 1871 in nachdrücklicher Weise auf die antikuriale Seite trat, bezweckte er in Wirklichkeit dadurch nicht nur eine Annäherung an Italien, sondern auch eine Befestigung der Beziehungen zu Rußland.

Ebensowenig wird Bismarck, wie ebenfalls schon angedeutet wurde, durch die günstige Wirkung des Kulturkampfs auf die liberale öffentliche Meinung Rußlands überrascht worden sein. Vielmehr hat er sie sicher vorausgesehen und sie gehört ganz gewiß zu den Zwecken, die er von der ersten Stunde an mit dem Kulturkampfe verfolgte. Diese Wirkung war in der Tat erheblich. Es ist schon gesagt worden, daß die russische Presse fast ausnahmslos die Gründung des Deutschen Reichs mit unverhohlenem Ingrimm betrachtete [1]. Hierin hatte das sog. „Dreikaiserbündnis" vom September 1872 bei einigen Blättern, wie vor allem der Moskauer Zeitung Katkows, einen gewissen Wandel gebracht. Ganz deutlich wurde die Erscheinung aus Anlaß des Besuches Kaiser Wilhelms beim Zaren im Frühjahr 1873. Zu Beginn dieses Jahres hatte auch der Golos seinen Frieden mit der russisch-deutschen Intimität gemacht. Rußki Mir und Börsenzeitung blieben zurückhaltend, aber in den nächsten Jahren traten doch allmählich ihre bösartigen Verdächtigungen und Klatschereien gegen Deutschland etwas zurück. Eine Art von Vermittelung nun zwischen den beiderseitigen Interessen bildete dabei der Kulturkampf, der der Mehrzahl der russischen liberalen Zeitungen als Mittel zur Schädigung ihrer Todfeindin, der römisch-katholischen Kirche, höchst willkommen war. Durch antikatholischen Eifer glänzte besonders der Golos und der bisher gründlich deutschfeindliche Rußki Mir, während die Moskauer Zeitung eine zurückhaltendere Politik der katholischen Kirche gegenüber beobachtete [2]. Uebrigens wurde auch umgekehrt in der

[1] Das folgende nach [J. v. Eckardt], Berlin und St. Petersburg, 1880 S. 143 ff.

[2] Ebenda S. 151 f.

deutschen liberalen Publizistik Rußland vielfach wegen der Bekämpfung der katholischen Kirche belobt. „In diesem Kampf gegen die Selbstvergötterung eines sündhaften Menschen sind wir einig mit der griechischen Kirche", schreibt Treitschke in den Preußischen Jahrbüchern [1]; ein andermal führt er aus, daß Rußland u. a. auch durch den Kampf gegen Rom beweise, „daß es die lebendigen Kräfte des Jahrhunderts zu würdigen verstehe" [2].

Das stillschweigende oder auf Verabredung beruhende Einvernehmen zwischen Deutschland und Rußland in der römischen Frage erfuhr im Jahre 1872 eine Unterbrechung. Damals suchte Gortschakow Frieden oder Waffenstillstand mit dem Papst, wie oben schon kurz erzählt worden ist, wahrscheinlich hauptsächlich weil er ihn zur Einsetzung von Bischöfen brauchte, um so dem unleidlichen Zustand ein Ende zu machen, wonach fast alle katholischen Bischofssitze in Rußland verwaist waren. Der Papst präkonisierte in der Tat in den ersten Monaten des Jahres 1872 drei Bischöfe für Polen und zwei für Rußland [3]. Doch wurden weitere Verhandlungen, welche die Entsendung eines Nuntius nach Petersburg bezweckten, wieder abgebrochen, da die Kurie für diesen Rechte und Privilegien verlangt hatte, wie sie die päpstlichen Vertreter weder in Frankreich, noch sonstwo in katholischen Ländern genossen [4]. — Vor der Dreikaiserzusammenkunft in Berlin im September 1872 äußerte Gortschakow dann weiterhin mehrfach dem britischen Botschafter Lord Augustus Loftus gegenüber, daß er mit dem Papst auf freundschaftlichem Fuß zu stehen wünsche. Solange Papst und Klerus sich auf ihren Katholizismus beschränkten, werde er sie stützen und verteidigen; ließen sie sich dagegen mit dem Polonismus ein, werde er ihr entschlossener Feind sein. Er werde sich von Bismarck nicht dazu verleiten lassen, eine feindliche Stellung gegen

[1] 1874, Bd. 34, S. 674.

[2] Ebenda 1876, Bd. 37, S. 675.

[3] S. Lord Loftus, Diplomatic Reminiscences II, 2, S. 9 ff.

[4] Ebenda S. 10.

den Papst und die katholischen Untertanen des Zaren einzunehmen [1]. Und wenn Bismarck, wie Gontaut berichtet [2], nach der Dreikaiserzusammenkunft tatsächlich unzufrieden gewesen sein sollte, so mag das mit auf diese damalige Stellungnahme Gortschakows zurückzuführen gewesen sein. (Freilich ganz gewiß nicht allein! Nach Loftus, der allerdings nur von Gerüchten spricht, aber zu verstehen gibt, daß er sie für gut begründet hielt, sollte in Berlin neben der kirchlichen Frage die der roten Internationale und die einer gegenseitigen Garantie des Besitzstandes der drei Kaiserreiche erörtert werden, die Elsaß-Lothringen mit umfaßt hätte. Letztere kam nicht zustande [3]). Der russische Waffenstillstand mit dem Papst war zunächst nur von kurzer Dauer. 1874 sehen wir den Krieg wieder in vollem Gange. 1875 aber kam ein tief geheimer Vertrag zustande, der die Frage der katholischen Bischöfe in Polen regelte [4]. Der endgültige Friede war das noch nicht; aber ist es nicht äußerst charakteristisch, daß diese Annäherung Rußlands an den Vatikan in dem Moment erfolgte, in dem Gortschakow Deutschland jenen bösen Streich spielte, der in der zweiten Studie behandelt werden wird?

Ganz unzweifelhaft ist, nach dem was oben (S. 64) ausgeführt wurde, dieser Bismarckschen Politik auch Rußland gegenüber ein gewisser Erfolg beschieden gewesen. Allein, genau wie bei Italien, blieb der Erfolg zeitlich eng begrenzt. Die kuriale Frage erwies sich auf die Dauer als ein zu schwacher Pfeiler für ein großartiges Bündnissystem. Ganz andere Dinge wurden von 1875 an für Rußlands Politik entscheidend: die orientalische Frage. Die gewaltige Orientkrise, die durch den Berliner Kongreß abgeschlossen

[1] Ebenda S. 35 f.

[2] Mon ambassade S. 168 ff. und wie auch Wertheimer, Andrassy 2, S. 74, übrigens ihm allein folgend, annimmt.

[3] Loftus II, 2, S. 34 ff.

[4] Decazes an le Flô, 17. Mai 1875, P. S. bei [Robolsky], Bismarck und Frankreich, S. 186. Decazes bemerkt: „Das ist ein großer Erfolg und ein großes Geheimnis."

wurde, führte zu einem tiefen Groll gegen Deutschland, wider den die gemeinsamen antirömischen Interessen der zwei Kaiserreiche nicht einmal ein schwaches Palliativ bilden konnten. Der Kulturkampf als großes System in der auswärtigen Politik war durch die orientalische Frage beiseite geschoben worden.

An anderen Stellen aber hat er im Laufe der Zeit die Lage des Deutschen Reichs nicht mehr gebessert, sondern erschwert. Es ist gar keine Frage, daß der mächtigen Kampfnatur Bismarcks der Sieg in dem Kampf mit Rom bald alleiniger Selbstzweck wurde, und daß so der Kulturkampf, zuerst Diener seiner auswärtigen Politik, zu ihrem Herrn wurde. Diese Vorgänge sind, im Gegensatz zu den oben dargelegten Seiten der Sache, bekannt [1] und können hier in aller Kürze erledigt werden, zumal in der zweiten Studie auf sie zurückzukommen sein wird.

Die Bemühungen, Oesterreich zu einem dem Kulturkampf analogen Vorgehen hinzureißen, blieben im ganzen erfolglos, wie schon Beust Bismarck gegenüber andeutend vorausgesagt hatte. Alles, was hier in Wahrheit erreicht wurde, waren gelegentliche Erklärungen, auf die aber keine Taten großen Stils folgten. Die Empfindungen, mit denen Oesterreich den Kulturkampf verfolgte, werden wohl dauernd in der Richtung gelegen haben, in der sich gleich die erste Antwort bewegte, die Beust im August 1871 nicht ohne Warnung gab, als Bismarck ihm den Kulturkampf vorausgesagt hatte: er könne in einer Beziehung damit zufrieden sein, da er dann nicht mehr, wie bisher, zu hören bekommen werde, daß es die Katholiken in Preußen besser hätten, als in Oesterreich [2].

Ein Versuch Bismarcks, im Jahre 1875 Belgien aus Anlaß eines skandalösen Einzelfalles zu einer Aenderung seiner Gesetzgebung zu bestimmen, schlug fehl (vgl. Studie II).

Ganz eigentümlich verliefen die Dinge in Italien. Daß diesem Staat mit dem deutschen Kulturkampf ein sehr wesentlicher

[1] S. z. B. Kißling, 32. Kapitel (Bd. 2).

[2] Aus Drei Viertel-Jahrhunderten 2, S. 480.

Dienst geleistet wurde, ist sicher, und ebenso, daß dieser Dienst erheblich zu der deutsch-italienischen Annäherung beigetragen hat. Allein, nach einigen Jahren wurde das Tempo und die Art des deutschen Vorgehens den Italienern zu stürmisch. Es liegt auf der Hand, daß der Kampf mit der Kirche in dem katholischen Lande eine bedenkliche Sache war, und wir bedürften nicht ausdrücklicher Berichte, um zu wissen, daß er die Regierung in die schwierigste Lage versetzen mußte. Die Folge war, daß der Streit bald in mehr gemäßigter Form geführt wurde. Darüber aber hat sich die deutsche Regierung mehrfach beschwert, so daß die Folge geradezu eine Entfremdung der beiden Reiche gewesen ist. Vielleicht setzten diese Beschwerden schon bei dem Besuch Viktor Emanuels in Berlin ein; es wird berichtet, daß der König sehr „abgekühlt" nach Hause zurückgekehrt sei. Daß sehr bald geheime Beziehungen zwischen Quirinal und Vatikan angeknüpft wurden, war ein offenes Geheimnis. Im Jahre 1875 glaubt Chlodwig Hohenlohe, daß ein Einverständnis zwischen Kurie und Hof schon bestehe, ja er hört, daß die italienische Regierung die Jesuiten besonders begünstige [1]. Vom Jahre 1874 an kritisierte man in Deutschland lebhaft die lahme Art, in der die italienische Regierung gegen die Kirche vorging. Im Januar scheint Bismarck in Italien Beschwerde über die Sprache der italienischen Bischöfe geführt zu haben [2], ohne beim italienischen Ministerium irgend einen Erfolg zu erzielen. Die deutschen Zeitungen stellten in demselben Monat eine viel zu große Nachgiebigkeit gegen den Papst in Sachen der Bischofsernennungen fest [3]; sie klagten im Lauf dieses Jahres weiterhin über die fortdauernde Schwäche der italienischen Regierung in der Temporalienfrage, ebenso wie in Sachen der Zivilehe. Der Jahresüberblick des europäischen Geschichtskalenders beschäftigt sich ausführlich mit diesen Dingen und führt bewegliche Klage [4]. Im Frühjahr 1875

[1] Denkwürdigkeiten, 2, S. 153, 154.

[2] Decazes an Gontaut, 3. Febr. 1874, bei Dreux S. 40.

[3] Schultheß S. 421; das folgende S. 426–427.

[4] S. 564–566.

erging ein ausdrückliches Ansinnen Bismarcks an Italien in Sachen der Handhabung des Garantiegesetzes[1]. Minghetti aber lehnte am 2. Mai in der Kammer, in aller Oeffentlichkeit, eine Kirchenpolitik, wie die deutsche, ausdrücklich ab[2]. Die Reise Kaiser Wilhelms nach Rom im Oktober brachte vorübergehend neuen Schwung in den italienischen Kulturkampf. Bezeichnenderweise erschien damals auch ein offiziöser Artikel, der einen Hieb gegen das klerikale Frankreich austeilte[3]. Allein, eine dauernde Aenderung in der italienischen Kirchenpolitik trat nicht ein[4].

Hand in Hand mit der Trennung der Wege Deutschlands und Italiens in der Kirchenpolitik, die wahrscheinlich nach dem Erlaß der in jeder Hinsicht besonders verhängnisvollen Maigesetze des Jahres 1873 allmählich erfolgte, ging eine neue Hinneigung der Italiener zu Frankreich. Alle französischen Konsuln in Italien berichteten Anfang 1874, daß sich die Stimmung wieder zu Frankreich hinzuneigen beginne[5]. Mit dieser Wendung der italienischen Politik und der Abkehr eines Teils der italienischen Sympathien hing es zweifellos zusammen, wenn Bismarck im Jahre 1875 Hohenlohe gegenüber so wegwerfend über Italien urteilte[6]: „Auf dieses Land, meinte Bismarck, lege er kein Gewicht, da die Armee schlecht und die Politik ganz unzuverlässig sei." Und einige Wochen später sagte er zu Karolyi[7]: „Wir sind Italien gegenüber absolut indifferent geworden."

So blieb der auf den obigen Blättern geschilderten Politik auch Italien gegenüber der dauernde Erfolg versagt. Zu anderen

---

[1] Karl Anton an Karl von Rumänien, 6. Mai 1875 (Aus dem Leben Karls v. R. 2, S. 434): „Die Zumutung an die italienische Regierung wegen der päpstlichen Garantiegesetze scheint mir nicht am Platze zu sein." Siehe ferner Schultheß S. 388. Danach wäre das Ansinnen nach den Zeitungen im März erfolgt.

[2] Ebenda S. 394. [3] Ebenda S. 402. [4] Ebenda S. 405.

[5] Decazes an Gontaut, 3. Febr. 1874, bei Dreux S. 40.

[6] Denkwürdigkeiten 2, S. 152, 21. März 1875.

[7] Karolyi an Andrassy, 1. Mai 1875, bei Wertheimer 2, S. 220.

Zeiten, als der Kulturkampf längst aufgegeben war, aus anderem Grunde hat sich Italien dem Zweibunde angeschlossen. Die Erfolglosigkeit dieser auf alle Fälle großartigen politischen Konzeption Bismarcks erklärt übrigens auch, neben andern naheliegenden Gründen, die Tatsache, daß er in allen seinen späteren Erzählungen über die Ursachen des Kulturkampfes von diesem Motiv vollständig schweigt.

Kehren wir noch einmal zu einer oben (S. 42 f.) offengelassenen Frage zurück, welches entscheidende Ereignis nämlich zwischen Mitte Mai 1871, einem Zeitpunkte, an dem Bismarck noch an keinen Kulturkampf dachte, und Mitte Juni, da er seine Kriegserklärung „nach Innen und Außen" erließ, eingetreten sein könnte! Auch unter dem auf den obigen Blättern behandelten Gesichtspunkt läßt sich diese Frage vielleicht nicht wirklich befriedigend beantworten, aber sicher doch weit befriedigender als unter Ausschluß der auswärtigen Lage. Man mag annehmen, daß ehe Bismarck nach dem Frankfurter Frieden einen neuen diplomatischen Feldzugsplan entworfen hatte, eine Reihe von Wochen vergehen mußte. Es mag sein, daß die offizielle Anzeige der italienischen Regierung (9. Juni), daß sie den Regierungssitz Ende des Monats tatsächlich nach Rom verlegen werde, mitgewirkt hat, oder der oben erwähnte Kanzelparagraph vom 12. Juni — sichere Anzeichen, daß Italien den Kampf durchzuführen gedenke. Mit Bestimmtheit aber darf angenommen werden, daß die Niederwerfung des Kommuneaufstands in der zweiten Maihälfte, die Konsolidierung der Regierung Adolphe Thiers, der ein Anhänger der weltlichen Macht des Papstes gewesen war, und die großartige Agitation, die Anfang Juni in Frankreich einsetzte, um die Mächte zur Wiederherstellung der „Freiheit" des Papstes zu veranlassen, mitbestimmend für den Entschluß zu dem deutschen Kampf mit Rom gewesen sind.

Der Abbau des Kulturkampfs — eine der zahllosen wahrhaft grandiosen Taten Bismarcks, zu denen nur eine menschlich und sachlich so übergroße Natur, wie die seine, fähig war — war gewiß in erster Linie bedingt durch die Erkenntnis, daß es so nicht weiter

gehe, daß der Streit das Gegenteil von dem erreicht habe, was beabsichtigt gewesen war. Er hängt selbstverständlich auf das engste mit der Abwendung der Regierung von den Liberalen und der Hinwendung zu den Konservativen zusammen. Aber mitbestimmend gewiß war die Erkenntnis, daß die Ziele, die Bismarck sich mit dem Kulturkampf in der auswärtigen Politik gesetzt, sich als unerreichbar herausgestellt hatten, vor allem aber, daß er Frankreich gegenüber nicht mehr nötig war, seitdem dort die republikanische Regierung sich nicht nur befestigt hatte, sondern allmählich ihren Kurs immer mehr nach links nahm.

Zum Schlusse sei ein Wort über die Folgen des Kulturkampfs gestattet. Nur Weniges blieb von der Kulturkampfgesetzgebung erhalten; von diesem Wenigen konnte das eine oder andere als ein bescheidener Gewinn für den Staat bezeichnet werden[1]. Dieser Gewinn verschwindet aber förmlich gegenüber dem Verlust, den der Staat dadurch erlitt, daß der große Streit ihm die Gemüter unzähliger Untertanen auf lange Zeit in weit höherem Grade entfremdete, als das nach der Lage im Jahre 1870 auch nur entfernt zu erwarten gewesen war. Daß der Kulturkampf von Anfang an den kurialen Eifer der Katholiken mächtig anspornte, ist unverkennbar und unbestritten. Der Kaplan Majunke hat bekanntlich gesagt, daß niemand im 19. Jahrhundert den Katholizismus, wohlverstanden den politischen, so sehr gefördert habe, wie Bismarck. Man wird in dem Satz eine Uebertreibung sehen — mindestens Napoleon I. wäre vor Bismarck zu nennen — aber ihm doch im ganzen zustimmen.

Die schwerwiegendsten Folgen aber hatte der Kulturkampf in Rom. Hier begann die herrschende Partei mit einem Appell an die Völker im Gegensatz zu den abtrünnigen Regierungen und diesen

---

[1] In bezug auf die Geringfügigkeit des Gewinnes stimme ich durchaus Otto Baumgarten (a. a. O. S. 301 ff.) zu, gegen die, sonst vorzügliche, dort zitierte Arbeit von Grauer.

mit Revolution zu drohen. „Die geistliche Herrschaft der Kirche, hieß es in der Civiltà cattolica im Herbst 1875 [1], und ihr sozialer Einfluß kann niemals ein Ende haben, und wenn die Regierungen ihn zurückweisen, wird er sich direkt auf die Völker geltend machen. Der Abfall der Regierungen von ihm kann nichts anderes bedeuten, als ihre baldige Auflösung, durch eine jener sozialen Umwälzungen, deren die göttliche Vorsehung sich von Zeit zu Zeit bedient, um das Angesicht der Welt zu verändern und der menschlichen Gesellschaft neues Leben einzuflößen." Noch deutlicher hatte sich dieser Gedanke in demselben offiziösen Organ schon im Jahre 1874 ausgedrückt gefunden [2]. Damals hieß es, die Zukunft des Papsttums liege fernerhin durchaus in den Nationen, nicht mehr in ihren Regierungen. . . . Die Völker neigten heute in ihrer bürgerlichen Entwicklung zur Volksherrschaft . . . . . . die Kirche vertrage sich mit jeder Staatsform, auch mit der Republick, vorausgesetzt, daß sie auf den Grundsätzen der wahren Freiheit fuße.

Von diesen Drohungen führt ein direkter Weg zu der Verständigung mit der Republik unter Leo XIII., aber auch zu Vorgängen, aufgehellten und nicht aufgehellten, mit denen unser Zusammenbruch im Jahre 1918 zusammenhängt [3].

Man mag es zynisch finden, daß diejenige Macht, die soeben in ihrer eigenen Verfassung den monarchischen Absolutismus auf die Spitze getrieben hatte, also von der Sache der Monarchie abzufallen begann, sobald sie mit ihr in Streit geraten war, und daß sie, kaum noch versteckt, zur Revolution aufrief; nicht weniger scharf aber wird man deswegen eine Politik verurteilen, welche diese Wendung ausgelöst hat, welche, indem sie einer ernsten Gefahr zu begegnen suchte, sie um ein vielfältiges vergrößerte.

---

[1] 26. Jahrgang, Serie IX. Bd. VIII, in einem längeren Artikel betitelt Dovere dei cattolici nella presente lotta della chiesa.

[2] Dezember 1874; s. Schultheß S. 435.

[3] Vgl. auch die Warnungen von F. X. Kraus in Briefen aus den Jahren 1892—94 (Süddeutsche Monatshefte, Januar 1920).

II. Die große Krisis von 1875.

Die Krieg-in-Sicht-Krise ist in Deutschland in ihrer großen und unheilvollen Bedeutung noch kaum gewürdigt worden.

Sie bedeutet im Rahmen der Politik der 70er Jahre schon sehr viel: Sie bildet den Uebergang von einer Zeit, die auch in ihrer auswärtigen Politik ganz wesentlich durch den Kulturkampf bestimmt war, zu einer, in der das Orientproblem, wie so oft, eine alles andere beherrschende Bedeutung erhielt. Sie stellt einen ersten Schritt zur Auflösung des sog. Dreikaiserbündnisses dar, das überdies die Probe des kommenden, großen russischen Balkanunternehmens unmöglich bestehen konnte. Zur Bildung des Zweibundes zwischen Deutschland und Oesterreich führen Fäden von ihr hinüber. Sie zeigt auch eine Rückkehr Englands zu verlassenen politischen Methoden: Zum erstenmal nach langer Zeit greift England wieder mit Nachdruck in die Verhältnisse der festländischen Politik ein.

Noch größer ist die Bedeutung der Krise, wenn man sie im Lichte der weltgeschichtlichen Ereignisse der letzten Jahre sieht; man findet da mit Erstaunen die gewaltige Koalition auf einen Augenblick beisammen, gegen die Deutschland im Weltkriege kämpfen mußte: Frankreich, Rußland, England, Italien. So gesehen stellt die Krieg-in-Sicht-Krise einen ersten Anfang dar, einen Anfang insbesondere der russisch-französischen Allianz.

Wenn im folgenden eine Untersuchung über diesen „großen Alarm" geboten werden soll, so ist der Verfasser sich bewußt, nicht alle Rätsel lösen zu können, die er aufgibt. Immerhin glaubt er zur Aufhellung des Tatbestandes und der Motive der wichtigsten der handelnden Personen, vorzüglich Bismarcks, so viel beitragen zu können, daß eine gesonderte Behandlung sich lohnt. Die letzten Jahrzehnte haben wertvollstes neues Material zu der Frage gebracht.

An erster Stelle ist die mit einem verbindenden Text versehene Veröffentlichung der Berichte des französischen Botschafters in Berlin, Vicomte de Gontaut-Biron, und der Instruktionen, die er vom Herzog Decazes erhielt, durch Dreux zu nennen[1]; an zweiter Stelle die Aktenmitteilungen in dem interessanten Kapitel, das Wertheimer der großen Krise widmet[2]. Aber auch einige Darstellungen der neuesten Zeit sind vorzüglich. Das gilt vor allem von solchen aus französicher Feder — unter den deutschen sei neben Wertheimer an die wenigen, aber inhaltreichen Seiten in Egelhaafs Bismarck erinnert —: von Dreux in seinem schon genannten Text, von Gabriel Hanotaux[3], der auch einiges neue Material beibringt, und von Matter[4] — während ein Aufsatz von Ernest Daudet[5] eher einen Rückschritt bedeutet. Die drei zuerst genannten Franzosen haben sich — im Gegensatz zu Daudet — in weitgehender Weise von nationalistischen Vorurteilen freigemacht. So lehnen sie z. B. im Gegensatz zu Daudet, der wieder zweifelt, alle drei den Gedanken ab, daß Bismarck damals Frankreich überfallen wollte. Auf der andern Seite hindert sie aber doch ein Rest von Vorurteil, wirklich zur vollen Klarheit vorzudringen und aus ihrem eigenen Material und ihren eigenen Anschauungen die letzten Konsequenzen zu ziehen. Da möchte die folgende Studie einspringen[6].

Ihr erster Teil soll eine Erzählung der Krise bringen, die leider mehrfach durch Untersuchungen unterbrochen werden muß, die aber nur der Feststellung der Tatsachen dienen. Der zweite Teil will die Aufhellung der Motive und Pläne der wichtigsten der handelnden Persönlichkeiten, vornehmlich Bismarcks, fördern.

---

[1] Dreux, Dernières années de l'ambassade en Allemagne de M. de Gontaut-Biron 1874—1877, 2. Aufl., Paris 1907.

[2] Wertheimer, Graf Julius Andrassy, 2. Bd., Stuttgart 1913.

[3] Histoire de la France contemporaine, 3. Bd., o. D.

[4] Bismarck et son temps, 3. Bd. 1908.

[5] Revue des deux Mondes 1915, II. (6. Periode Bd. 26) S. 899 ff.

[6] Die Feststellungen und Vermutungen, die von der bisherigen Literatur abweichen, sind durch Sperrdruck hervorgehoben.

1.

In den ersten Monaten des Jahres 1875 waren die Beziehungen Deutschlands zu mehreren europäischen Staaten im Zusammenhang mit dem Kulturkampf unerfreulich[1].

Italien war zum guten Teil entfremdet, weil diese Macht nicht geneigt war, schärfere Mittel bei ihrem Kampf mit Rom anzuwenden. Bei der Zusammenkunft zwischen Kaiser Franz Joseph und Viktor Emanuel in Venedig vom 5.—7. April 1875 sind die beiden Fürsten übereingekommen, sich dem Kampfe Bismarcks gegen die katholische Kirche nicht anzuschließen[2].

Ganz gespannt waren die Beziehungen zu Belgien, aus Anlaß von Hirtenbriefen u. a. Veröffentlichungen belgischer Bischöfe aus den Jahren 1872—1875, die (wie bekanntlich auch ihre französischen Kollegen) den Widerstand des deutschen Katholizismus gegen den Kulturkampf zu verstärken suchten[3]. Dazu war aber in der letzten Zeit ein besonderer Zwischenfall getreten. Im Dezember 1874 hatte ein Kesselflicker namens Duchesne in einem Brief an den Erzbischof von Paris sich erboten, gegen Zahlung einer Summe Geldes den Fürsten Bismarck zu ermorden. Dieser hatte darauf Belgien, das sich nach der Lage seiner Gesetzgebung außerstande erklärte, sowohl gegen die Bischöfe einzuschreiten, wie Duchesne zu bestrafen, zugemutet, diese Gesetzgebung zu ändern. Es geschah das in einer ziemlich scharfen Note, die unser Gesandter, Graf Perponcher, am 3. Januar 1875 in Brüssel überreichte.

Schließlich mag auch an dieser Stelle daran erinnert werden, daß Rußland damals, nachdem der neue Konflikt mit Rom abgeflaut war, im Begriff war, mit dem Papst ein geheimes Abkommen zu treffen[4].

---

[1] Vgl. oben S. 67 ff.

[2] Decazes an den Wiener Botschafter Marquis d'Harcourt, 9. April 1875 bei Hanotaux 3, S. 236.

[3] S. das unten erwähnte Aktenstück bei Hahn, Fürst Bismarck, 2, S. 770 ff.

[4] Vgl. oben S. 66.

So war die auswärtige Lage Deutschlands nicht übermäßig behaglich. Zu Besorgnissen gab freilich alles das noch keinen Anlaß.

Wesentlich ernster aber war ein anderes. Rußland, das in den letzten Jahren in Zentralasien beträchtlich vorgedrungen und darüber in unfreundliche Beziehungen zu England geraten war, baute diese Politik sichtlich ab und verständigte sich mit England. Der Grund für dieses Verhalten war nicht zu verkennen. Rußland plante wieder einmal einen mächtigen Vorstoß auf den Balkan. Zweifellos das persönlichste Werk des alten Gortschakow! Der bedeutende aber anerkanntermaßen unermeßlich ehrgeizige und eitle Mann mußte mit Mißbehagen feststellen, daß ihm bisher, trotz allen Reichtums seines Geistes und aller diplomatischen Erfahrungen, nichts wahrhaft Großes gelungen sei. Neben der gewaltigen Schöpfung seines „Schülers" Bismarck blieb das, was er erreicht hatte — Abschaffung der Pontusbestimmung von 1856 und Fortschritte in Zentralasien — außerordentlich bescheiden. Jetzt erst sollte, in einem gewaltigen Balkanunternehmen, die große Tat geschehen, die Gortschakow unsterblich machen mußte. Man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß der greise Staatskanzler diesen Ideen damals alle andern Rücksichten der auswärtigen Politik unterordnete. Diese Politik bedeutete aber nach aller menschlichen Voraussicht das Ende des sog. „Dreikaiserbündnisses" vom September 1872 — es ist bekannt, daß es sich nicht um ein eigentliches Bündnis handelte, aber der Name ist nun einmal eingebürgert — und damit die Zerstörung der Grundlagen der damaligen Bismarckschen Politik: Denn der neue russische Orientvorstoß mußte Oesterreich, den Staat, in dem Gortschakow immer den eigentlichen Feind Rußlands gesehen hatte, in Harnisch bringen. Ganz gewiß — man darf hierin unbedenklich Julius von Eckardt folgen — war Rußland im Jahre 1872 in so freundschaftliche Beziehungen auch zu Oesterreich-Ungarn nur getreten, um diesen Staat hinzuhalten, bis die Zeit für den großen Balkanvorstoß gekommen sei.

Im Zusammenhang mit diesen Balkanplänen steht auch zweifellos

die Tatsache, daß Rußland von der Geburtsstunde des Dreikaiserbündnisses an immer wieder Frankreich seines besonderen Wohlwollens versichert hat, wie die französischen Botschafter in Petersburg und Berlin mehrfach triumphierend berichten konnten: Gontaut z. B. aus den Tagen der Dreikaiserzusammenkunft in Berlin im September 1872[1], wie von einer Reise nach St. Petersburg im Frühjahr 1874[2]. Gewiß galt dieser Zug der russischen Politik nicht allein der Gewinnung Frankreichs, dessen Einfluß und Interessen im nahen Orient, besonders auf dem kulturellen Gebiet immer noch beträchtlich waren, für das geplante Balkanunternehmen, sondern er sollte auch der Stärkung Frankreichs überhaupt dienen, dessen man als Gegengewicht gegen die gewaltige Macht Deutschlands in Europa zu bedürfen glaubte; aber man wird nicht fehlgehen, wenn man ihn zu wesentlichen Teilen der Rücksicht auf den Balkan zuschreibt.

Diesen unbehaglichen Verhältnissen verdankte die geheimnisvolle und bis zur heutigen Stunde noch nicht voll aufgeklärte Mission des Gesandten von Radowitz nach St. Petersburg im Februar und März 1875 — sein Beglaubigungsschreiben ist vom 6. Februar, am 12. März berichtet der ordentliche Botschafter, Prinz Reuß, wieder — ihren Ursprung. Ueber diese Sendung wurde alsbald und noch jahrelang viel diplomatischer Klatsch ausgegossen. An sich eine leicht erklärliche Tatsache! Der Botschafter Prinz Reuß hatte im Herbst 1874 wegen eines Fußleidens einen langen Urlaub angetreten. Seine Vertretung führte vier Monate lang der in Petersburg sehr beliebte Botschaftsrat Graf von Alvensleben. Plötzlich, im Februar 1875, hieß es, daß diese Vertretung nicht mehr genüge, und daß als Spezialbevollmächtigter der kürzlich zum Gesandten in Athen ernannte Radowitz (der Sohn des bekannten Freundes Friedrich Wilhelms IV.), einer der fähigsten und von Bismarck am meisten geschätzten jungen Diplomaten, nach Petersburg gehe. Kein

---

[1] Mon ambassade S. 159.

[2] S. seinen Brief an den Herzog Decazes, Petersburg, 9. März 1874, bei Dreux S. 46 ff.; vgl. auch S. 37, 42, 59, 119.

Wunder, daß seine Sendung bald allgemeine Neugier erregte und zur Legendenbildung Anlaß bot.

Seit dem Erscheinen von Wertheimers Andrassy sind wir über diese Mission in mancher Hinsicht gut unterrichtet. Freilich nicht allein durch ihn! Die Hamburger Nachrichten vom 9. Dezember 1892 brachten, offenbar von Bismarckscher Seite bedient, einen Brief, den Graf Eulenburg am 2. Februar 1875, unmittelbar vor der Abreise Radowitzens an einen Freund schrieb[1]. Hier heißt es, „daß Radowitz den Auftrag habe, in Petersburg den Russen alle möglichen aufgesammelten unangenehmen Sachen zu sagen, die dem ständig dort fungierenden die Stellung verderben würden." Die Hamburger Nachrichten fügten hinzu, daß Radowitz denn auch trotz seiner russischen Heirat im Lande des Zaren dauernd unbeliebt geblieben sei. An den Worten Eulenburgs ist gewiß viel Richtiges. Radowitz hatte, wie aus seinen und Reuß' Berichten hervorgeht, die Wertheimer benützt hat[2], neben der Beobachtung des Petersburger Terrains, unverkennbar den Auftrag, dahin zu wirken, daß die deutsch-russische Freundschaft in der europäischen Politik und besonders Frankreich gegenüber wieder stärker betont würde. Er hatte ferner die Beziehungen Rußlands zu Frankreich und die Politik Gortschakows der Republik gegenüber zu erforschen, und auch die orientalischen Pläne der Russen zu sondieren[3]. Vielleicht kann man sagen, daß Radowitz implizite vorzuschlagen hatte, Rußland möge seine orientalischen Pläne im Einvernehmen mit Deutschland, nicht mit Frankreich durchsetzen. Aber Gortschakow war auf diesem Ohr vollkommen

---

[1] Wiederabgedruckt bei Hermann Hofmann, Fürst Bismarck 1890—1898, 2, S. 181 f. und bei Penzler 4, S. 279 f. Die Erzählungen Bismarcks über diese Dinge nach seiner Entlassung vermischen Wahres und Falsches (s. Penzler Bd. 4, 6 und 7, s. v. Radowitz).

[2] S. 225/6. Berichte von Radowitz vom 9. Febr. und 7. März, von Reuß vom 12. März.

[3] Die Depesche vom 9. Febr. enthält die Rückäußerungen des Zaren darüber.

taub. Es waren gewiß lauter „unangenehme Dinge", die Radowitz vorbrachte und vielleicht waren es die letzteren am meisten, denn das große Balkanprojekt galt als tief geheim. Gerade Deutschland hatte von Rußland zum Aerger Bismarcks noch gar keine offizielle Andeutung darüber erhalten. Und so leugnete denn auch der Zar energisch alle Absichten auf Konstantinopel. Gortschakow ging auf die Sondierungen über die Beziehungen zu Frankreich, die ihn offensichtlich verstimmten, durchaus nicht ein.

Das alles war wenig erfreulich, mochten immerhin Zar und Staatskanzler in den höchsten Tönen den Wert und die Bedeutung der russisch-deutschen Freundschaft preisen.

Es erhebt sich nun die für das Folgende, besonders für die Erforschung der Motive Bismarcks entscheidende Frage, ob Radowitz noch einen weiteren, ihm vielfach zugeschriebenen Auftrag hatte, nämlich Rußland Erwerbungen auf der Balkanhalbinsel anzubieten und dafür für Deutschland „freie Hand im Westen" zu verlangen und weiterhin, wenn er tatsächlich derartige Vorschläge zu überbringen hatte, ob dann, wie stets angenommen worden ist, unter „freie Hand im Westen" einfach ein Ueberfall auf Frankreich zu verstehen war. Eine Frage, die vielleicht niemals mit vollkommener Sicherheit beantwortet werden dürfte — denn derartige delikate Vorschläge pflegen ja ungeschrieben zu bleiben –, zu deren Klärung man aber doch viel beitragen kann.

Die Behauptung, daß Radowitz jenen Auftrag gehabt habe, tauchte etwa zweieinhalb Monate nach seiner Mission auf, und zwar entstammt sie dem Munde einer Frau, der Gräfin Chreptowitsch, der Gattin eines damaligen russischen Hofbeamten. Diese erzählte die Sache auf der Durchreise in Berlin dem französischen Botschafter Gontaut am 26. April[1]. Dann hat sie bald der britische Botschafter in Berlin, Mr. Odo Russell gehört, dann Graf Karolyi, der am 15. Mai 1875 an Andrassy darüber berichtet[2]. Der Peters-

[1] S. Gontauts Aufzeichnung von demselben Tage bei Dreux S. 360.

[2] S. Wertheimer 2, S. 226.

burger Botschafter Frankreichs, jener Ritter von der traurigen Gestalt, General le Flô, hat die Sache in der bekannten literarischen Fehde von 1887 ebenfalls erzählt, in seinen Berichten aus dem April 1875 dagegen nicht — (während Radowitz' Anwesenheit in St. Petersburg war er in Paris). Die Mitteilung ist also schlecht beglaubigt: sie kommt auf erst inmitten der gewaltigen Aufregung, die durch die Alarmartikel hervorgerufen wurde. Durchschlagend aber ist folgendes. In dem Briefwechsel zwischen Gontaut und Decazes und den Kundgebungen des letzteren, die Europa von Bismarcks gefährlichen Plänen überzeugen sollten, spielt auch nach dem 26. April der vermeintliche Radowitzsche Vorschlag durchaus keine Rolle. Da ist nun der bündige Schluß zulässig: entweder glaubten auch die Franzosen nicht daran, d. h. er ist nie gemacht worden, oder aber „freie Hand im Westen" heißt etwas anderes, als die Erlaubnis, über Frankreich herzufallen. Was aber könnte sonst hinter der Formel stecken?[1] Am 7. Mai sagte der englische Gesandte in München, Sir Robert Morier, zu Lefèbre de Béhaine, daß Bismarck „kürzlich" den Gedanken gehabt habe, Frankreich zu zwingen, halb Belgien zu nehmen, während die andere Hälfte an Holland fallen sollte. Frankreich müsse dafür in eine internationale Liga gegen das Papsttum eintreten. In diesem Fall, d. h. für die Zustimmung zu diesem Projekte, wollte Bismarck Rußland im Orient freie Hand (carte blanche) gegen Oesterreich geben. In etwas anderer Form hatte auch der russische Botschafter in London, Graf Peter Schuwalow dieses Gerücht gehört: er erzählte seinem französischen Kollegen Gavard, daß es eine in Berlin verbreitete Ansicht sei, welche sogar sehr ernst zu nehmende Männer teilten, daß Bismarck Belgien an Frankreich geben wolle, um so den Revanchegelüsten ein Ziel zu setzen. Schuwalow fügte allerdings hinzu, Bismarck habe, von ihm befragt,

[1] S. zum folgenden Dreux S. 134 Anm. 1.

den Plan geleugnet. Trotz dieses Dementis wird man es nicht für absolut unmöglich erklären wollen, daß Bismarck vorübergehend an derartiges gedacht habe, zumal wenn man seinen damaligen Zorn auf Belgien im Auge behält. Der Inhalt der Vorschläge würde es natürlich auch erklären, warum die Franzosen darüber vollständig geschwiegen haben. Im ganzen ist es aber weitaus am wahrscheinlichsten, daß die Nachrichten über ein derartiges Angebot durch Radowitz — Erwerbungen Rußlands auf dem Balkan, dafür für Deutschland freie Hand im Westen — einfach auf Klatsch beruhen. — Sicher ist, daß das Resultat von Radowitzens Sendung in Berlin nicht befriedigte.

Noch vor der Rückkehr Radowitzens und unmittelbar nach ihr wurde die unsichere Lage der europäischen Politik durch zwei Maßnahmen der französischen Regierung bedeutend verschärft. Anfang März wurde bekannt, daß die französische Regierung eine große Anzahl von Pferden — man redete von 10 000 — in Deutschland aufkaufe und zwar zu Bedingungen, die zeigten, daß sie Eile habe Es erfolgte darauf ein deutsches Pferdeausfuhrverbot[1]. Die Tatsache des französischen Pferdekaufs wurde früher von französischer Seite halb und halb geleugnet — Gontaut redete von gefälschten Kontrakten, die die deutsche Regierung gesehen habe und meinte, die Pferde seien nicht vom Kriegsministerium gekauft worden[2] — wird aber neuerdings implizite zugegeben, sogar von Daudet, der die Nachrichten darüber nur noch „inexactes“ nennt[3]. Die Tatsache ist in Wirklichkeit unbestreitbar.

Sehr viel ernster aber war folgendes: am 12. März, in dritter Lesung am 13., beschloß die französische Kammer, mitten in den Verfassungsberatungen und gewissermaßen versteckt in ihnen, mit erdrückender Majorität das großartige Cadregesetz, das bei den 144

[1] Telegramm des Vertreters Gontauts, des Marquis de Sayve, an Decazes, bei Dreux S. 79.

[2] 15. April, Dreux S. 85. A. a. O. S. 906.

französischen Infanterieregimentern die vierten Bataillone schuf. Die Zahl der Kompagnien wurde freilich zugleich von 6 auf 4 pro Bataillon herabgesetzt, dabei aber die Kriegsstärke der Kompagnien erhöht. Die deutsche Rechnung, wonach durch dieses Gesetz ohne weiteres die Kriegsstärke der französischen Armee um 144 000 Mann angewachsen wäre, war gewiß übertrieben; eine französische Fachzeitschrift, l'avenir militaire, rechnete vielmehr eine Erhöhung der Kriegsstärke von nur 28 000 Mann heraus. Aber, da die Cadres nun einmal da waren, konnte man in Zukunft viel leichter als vorher, durch eine weitere Erhöhung der Kriegsstärke der Kompagnien, in der Tat jene gewaltige Armeevermehrung erzielen.

Die Beunruhigung in Deutschland über diese Maßnahmen war begreiflich und zweifellos echt, wie sogar der Vicomte de Gontaut zugibt, der am 8. Mai an seinen Vorgesetzten, den Herzog Decazes, schreibt: „Ich kann die Existenz und die Ehrlichkeit der Befürchtungen nicht leugnen, welche unser Cadregesetz hier vielen Leuten einflößt“ [1]. Indessen dauerte es mehr als drei Wochen nach der Annahme des Cadregesetzes, ehe der deutsche offiziöse Pressefeldzug einsetzte, der sofort die gewaltigste Beunruhigung in das Publikum diesseits und jenseits der Vogesen warf, und den Anlaß bot zu dem berühmten Alarm (oder „alerte“, „the French scare“). Man hat oft gefragt, warum die Regierung, nach so langem Warten, gerade zu diesem Termin ihre Aktion begonnen habe. Die Antwort auf diese Frage dürfte nicht schwer zu finden sein: Den Anlaß loszubrechen, fand Bismarck in der Zusammenkunft Franz Josephs und Viktor Emanuels in Venedig vom 5.—7. April, mit ihrer, zweifellos im voraus bekannten ablehnenden Stellungnahme zum Kulturkampf [2]. Ueberdies war Bismarck auf-

---

[1] Dreux S. 81 Anm. [2] S. o. S. 75.

gebracht darüber, daß die Vorbereitungen zu dieser Zusammenkunft, an der er den Kaiser zu beteiligen dringend gewünscht hatte[1], vor Deutschland geheim gehalten worden waren. Er mag in alledem eine päpstliche Verschwörung gewittert haben.

Es handelt sich bei dem großen Alarm bekanntlich in der Hauptsache um drei Zeitungsartikel, die allgemein als offiziös angesehen wurden[2]. Der erste war ein „Wiener Brief", den die Kölnische Zeitung am 5. April an der Spitze des Blattes veröffentlichte. Es hieß darin, die französische Heeresreorganisation sei ein Werk ad hoc, d. h. für einen baldigen Krieg, keineswegs eine auf die Dauer berechnete, auf die Dauer erträgliche Reform. In Oesterreich stehe zwar Andrassy fest zur deutschen Allianz, aber zugleich arbeite eine mächtige Partei im Heere und am Hofe, vor allem aber in der hohen Geistlichkeit an einem Revanchebündnis mit Frankreich. Diese Kreise wollen die Kaiserreise nach Venedig zur Sondierung der italienischen Regierung benützen, ob dort der Boden für eine Tripelallianz gegen Deutschland unter päpstlicher Aegide vorhanden sei. Der Boden aber ist vorhanden, denn zahlreiche Kreise des offiziellen Italien ersehnen nichts lebhafter als eine Anerkennung des Königreichs Italien durch den Papst, selbst um den Preis einer großen Undankbarkeit gegen Deutschland.

Der Artikel der „Post" vom 8. April, der mit der Frage „ist der Krieg in Sicht"? überschrieben war, steigerte die Aufregung beträchtlich. Er erwähnte zuerst die französischen Pferdekäufe und das Cadregesetz, und den unverhohlenen Jubel, mit dem die französische Presse den Kaiserbesuch in Venedig begrüßte, um sich dann den Inhalt des Wiener Briefs der Kölnischen Zeitung anzueignen. Freilich nicht ohne Kritik im einzelnen! Jener „Brief" hatte ge-

---

[1] Frhr. Lucius v. Ballhausen, Bismarck-Erinnerungen, Stuttgart und Berlin 1920, S. 73.

[2] S. zum folgenden u. a. Hahn, Fürst Bismarck 2, S. 774 ff., woselbst die drei Zeitungsartikel in ihren wichtigsten Teilen im Wortlaut abgedruckt sind.

meint, die Orleanisten und die Republikaner hätten sich in der Verfassungsarbeit (Februarverfassung) zusammengefunden, weil sie in dem Revanchegedanken einen trait d'union hätten. Die Post meinte dagegen, die Republikaner, deren Führern ein Kompliment gemacht wird, seien gegen den Krieg und, weiter unten: „Der Sieg der republikanischen Partei könnte den Krieg hinausschieben.“ Der freundliche Ton den französischen Republikanern gegenüber ist ein wichtiges Charakteristikum des Krieg-in-Sicht-Artikels. Inbezug auf Oesterreich und Italien schwächt der Artikel die Befürchtungen des „Wiener“ Korrespondenten der Kölnischen Zeitung ab, aber doch nicht allzu wesentlich. Jedoch ist es auffallend, daß er den Sturz Andrassys als eine doch nicht allzuleichte Sache hinstellt — vielleicht auf Vorstellungen von österreichischer Seite hin. Frankreich gegenüber erklärt der Artikel auf der einen Seite, daß es fraglich sei, ob die Republik den Krieg ohne die österreichisch-italienische Bundesgenossenschaft beginnen würde, anderseits meint er, daß die dortige Kriegspartei den Krieg vor Auflösung der Nationalversammlung ins Auge fasse, da die Wahlen eine republikanische Majorität erwarten ließen. Im ganzen beantwortete der Artikel die große Frage, die ihm als Ueberschrift diente, mit den Worten: „Der Krieg ist allerdings in Sicht, was aber nicht ausschließt, daß die Wolke sich zerstreut.“

Vor der Betrachtung des dritten Artikels ist die Frage zu beantworten: Auf wen gehen die beiden ersten Artikel zurück? Daß sie in gewissem Sinne offiziös sind, liegt auf der Hand. Alle Ableugnungen können an diesem Urteil nichts ändern. Ueber die Verfasserschaft des ersten Artikels fehlen bestimmte Ueberlieferungen. Zum zweiten hat sich Konstantin Rößler bekannt; er hat behauptet, daß er ihn ohne Wissen des Fürsten, ohne irgend eine Direktive aus dem Auswärtigen Amt, lediglich auf Grund seiner eigenen Kombinationen geschrieben habe [1]. Auf der anderen Seite behauptet eine mündliche

[1] S. Tiedemann, Aus sieben Jahrzehnten 2, S. 29.

Tradition mit voller Bestimmtheit, daß Bismarck der Verfasser des Artikels sei. Es ist am wahrscheinlichsten, daß Rößler den Artikel auf Grund von Aeußerungen geschrieben hat, die Bismarck getan hatte, ohne aber einen direkten Auftrag zur Veröffentlichung erhalten zu haben [1]. Hätte Rößler es gewagt, einen derartigen alarmierenden Artikel in einer Zeitung zu veröffentlichen, die notorisch häufig offiziös war, wenn er nicht wenigstens davon überzeugt gewesen wäre, Bismarcksche Gedanken wiederzugeben? Daß ferner der Artikel Bismarcksches Gedankengut enthält, ist nahezu sicher. Hierzu gehören u. a. vor allem die Korrekturen, die an dem „Wiener" Brief der Kölnischen Zeitung angebracht werden (Appell an die französischen Republikaner, Darstellung der Stellung Andrassys als minder gefährdet, als die Kölnische Zeitung gemeint hatte), dazu sicher der prachtvolle Vergleich am Ende des Artikels: „Es gibt Leute mit der Ansicht, daß, wenn das Dach eines Hauses brennt und eine gute Feuerwehr in Sicht ist, kein Grund sei, die Schlafenden in den unteren Stockwerken zu wecken. Unsererseits sind wir nicht der Meinung, diesen Rat auf das deutsche Volk anwenden zu sollen." Aus den damaligen leidenschaftlichen Stimmungen Bismarcks heraus entstanden ist schließlich der Gedanke an ein Kriegsbündnis zwischen Frankreich, Italien und Oesterreich unter päpstlicher Aegide, auf Grund allein der Tatsache, daß Oesterreich und Italien sich weigerten, den Kulturkampf in deutschem Stil mitzumachen — ein Gedanke, der, gelinde

---

[1] Diese Auffassung scheint mir vollauf bestätigt zu werden durch die nach Abschluß des Manuskripts erschienenen „Bismarck-Erinnerungen" des Freiherrn Lucius v. Ballhausen (Stuttgart und Berlin 1920) S. 71 ff. Hier heißt es: „Der Artikel war von Konstantin Rößler geschrieben, und zwar vom Auswärtigen Amt nicht inspiriert, aber gerne gesehen." Bismarck meinte am 11. April, es sei ihm lieb, daß er ihn nicht zu verantworten habe. ... „Von Krieg ist gar keine Rede." Der Artikel sei geeignet, eine nützliche, friedliche Wirkung zu üben. „Wenn man in Oesterreich die Ansicht gewinne, daß man auf diesem Wege in Frankreich kriegerische Gelüste begünstige, werde man sich besinnen und einlenken" ....

gesagt, in sehr weiter Ferne lag, da Oesterreich sich damals, ebenso wie Rußland, zu einem Balkanunternehmen rüstete! Hier ist noch einmal darauf hinzuweisen, daß der unmittelbare Ausgangspunkt der großen Presseaktion jene österreichisch-italienische Weigerung war. Wiederum: überall sehen wir, wie bei dem damaligen Bismarck die Kulturkampfstimmung durchaus im Vordergrund steht, worauf die fremden Botschafter auch vielfach übereinstimmend hinweisen. Vorausgreifend mag hier an folgende Tatsache erinnert werden: während der Zar und Gortschakow bei ihrem Berliner Aufenthalt im Mai den französischen Botschafter über Deutschlands Absichten vollständig beruhigen konnten, fügte der Staatskanzler doch die Warnung hinzu: „Seien Sie indessen sehr vorsichtig in dem einzigen Punkt „Ultramontanismus"; machen Sie keine Kundgebungen zu seinen Gunsten!" [1].

Bismarck wurde von seiner offiziösen Presse schlecht bedient. Der Zorn, dem er nach der Krise gegen die Presse Ausdruck gab, war zweifellos echt. Man mag damit in Verbindung bringen, daß damals die Aufhebung des Pressebureaus erwogen wurde [2], ferner eine späte verächtliche Aeußerung Bismarcks über Konstantin Rößler [3]. Schon der „Wiener" Brief der Kölnischen Zeitung mußte, wie wir sahen, in dem Krieg-in-Sicht-Artikel der Post in immerhin beachtenswerter Weise eingeschränkt werden. Von letzterem aber mußte sofort ein sehr erheblicher Teil einfach zurückgenommen werden, ob auf österreichische Vorstellungen hin, sei dahingestellt. Damit gelangen wir zu dem dritten der Alarmartikel. Gleich am 10. April erklärte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung — wiederum ganz unzweifelhaft offiziös —, die Auffassung des Postartikels als zu „melancholisch" und meinte, der

---

[1] Dreux S. 148.

[2] 6. Juni, Tiedemann 2, S. 35.

[3] „Ganz einfacher Preß-Kondottiere", Penzler, Fürst Bismarck nach seiner Entlassung 4, S. 202.

Seitenblick auf Oesterreich und Italien entspreche nicht den Tatsachen. Dagegen wurden die Befürchtungen, die an die französischen Rüstungen geknüpft worden waren, durchaus aufrecht erhalten, und wiederholt, diese Maßnahmen seien nicht auf eine solide Herstellung der französischen Wehrkraft berechnet, vielmehr würden damit Rüstungen ad hoc mit Konsequenz betrieben, deren Zweck keinem Sehenden verborgen bleibe.

Die Artikel erregten ungeheures Aufsehen und starke Beunruhigung, die sogar sofort Folgen für das Wirtschaftsleben in beiden Ländern hatte. Verstärkt wurden die Befürchtungen durch kriegerische Reden, die einige höhere Offiziere in Berlin, darunter Moltke[1], und, wie es hieß, auch in München führten. Dazu kam aber als besonders wichtiges Moment, daß das Auswärtige Amt seine Vertreter instruierte, die fremden Regierungen auf die bedeutenden französischen Rüstungen und die damit verbundene Gefahr aufmerksam zu machen[2].

Die Folge der ganzen Aktion war eine furchtbare Angst der französischen Regierung. Sie beschloß sofort, noch vor dem Erscheinen der zwei letzten Zeitungsartikel, um Hilfe zu rufen und zwar wandte sie sich in erster Linie an Rußland, von dem sie in den letzten Jahren so manche tröstliche Zusicherung erhalten hatte. Wir sind über ihre Schritte in dieser Richtung durch eine Veröffentlichung des Petersburger Botschafters le Flô im Figaro vom Jahre 1887 unterrichtet. Die dort erschienenen Aktenstücke sind dann dem anonymen Werke Robolskys „Bismarck und Frankreich“ einverleibt worden.

---

[1] Von Bismarck Gortschakow gegenüber zugegeben, mit dem Bemerken, daß Moltke von Politik nichts verstehe; s. Dreux S. 147, cf. 138 (zu Odo Russell über Offiziere im allgemeinen). Treitschke schreibt am 25. April 1875 an Salomon Hirzel (Briefe 3, 1920, S. 44): „Vor drei Tagen wurde Miquel von Moltke gefragt: „Wie würde man es im Lande aufnehmen, wenn wir noch in diesem Jahre einen Offensivkrieg begännen?“ Natürlich darf man die Zeitangabe nicht pressen.

[2] Dreux S. 138.

General le Flô befand sich seit dem Februar zu den Kammerverhandlungen in Paris. Sofort nach den ersten Alarmzeichen wurde er auf seinen Posten entsandt, nachdem der Marschall Macmahon ihn persönlich empfangen hatte. Der Präsident soll ihm einige Aktenstücke vorgelegt haben, aus denen die kriegerischen Absichten Deutschlands mit Sicherheit hervorgingen, darunter die mysteriöse Aeußerung „eines Fürsten", „einer der vornehmsten Persönlichkeiten Europas" — in anderen Quellen wird der „Fürst" zum „Diplomaten" —: „Sie sollen im Frühjahr angegriffen werden" und „der Krieg ist bis zum September aufgeschoben". General le Flô scheint indessen in seiner amtlichen Eigenschaft — und gewiß mit Recht — auf diese Bemerkungen des großen Geheimnisvollen nicht das geringste Gewicht gelegt zu haben; denn in seinen nun folgenden Unterhaltungen mit Gortschakow und dem Zaren hat er, nach seinen eigenen Berichten, mit keinem Wort von Warnungen gesprochen, welche der französischen Regierung zugekommen seien, sondern nur von der Tätigkeit der deutschen Presse und von den vermeintlichen deutschen Rüstungen. Am 9. April wieder in St. Petersburg eingetroffen, wurde le Flô am Vormittag des 10., noch im Bette befindlich, durch einen Besuch des Fürsten Gortschakow überrascht[1]. Dieser kam, um ihn, ungefragt, über die deutschen Absichten zu beruhigen. Le Flô hielt mit beinahe sentimentalen Wendungen an seiner Ansicht, daß wirkliche Gefahr bestehe, fest. Er heimste auch schließlich Aeußerungen ein, die ihn hoch erfreuten. Gortschakow rief: „Werden Sie stark, sehr stark." Er sprach von der allgemeinen Mißbilligung, die ein Angriff Deutschlands auf Frankreich hervorrufen würde und beendigte die Unterhaltung mit dem Versprechen, in Berlin die Stimme des Friedens und der Mäßigung zur Geltung zu bringen. (Am 20. April erklärte Gor-

---

[1] Bismarck und Frankreich S. 167 ff.

tschakow, nur zu diesem Zweck den Zaren nach Berlin begleiten zu wollen.) Am 13. April sprach le Flô den Zaren, dem er die plumpsten Schmeicheleien sagte, vor allem indem er von dem „Uebergewicht" Rußlands sprach, das vielleicht in Berlin noch schwach bestritten werde, während Frankreich und alle andern Kabinette das höchste Vertrauen darein setzten (d. h. sich ihm unterwürfen)! Der Zar sprach, wie der Staatskanzler, die Ueberzeugung aus, daß Deutschland weit davon entfernt sei, den Krieg zu wollen. Er versprach, nichts zu versäumen, um den Frieden zu erhalten und schloß mit den Worten: „Die Interessen unserer Länder sind gemeinsame, und wenn, was zu glauben ich mich noch immer weigere, Sie ernstlich bedroht sein sollten, werden Sie es sehr schnell erfahren", und nach einer kleinen Pause: „Durch mich werden Sie es erfahren." Tief beruhigt meldete le Flô alles das telegraphisch am 14., dann schriftlich am 20., nach Hause.

Diese französischen Bemühungen hatten nun doch in Rußland einen sofortigen Schritt zur Folge, der, in der Literatur bisher nur einmal gestreift, in Wirklichkeit von größter Bedeutung war: nämlich eine offenbar ganz geheim gehaltene Mission des Generals von Werder, der der Person des Zaren attachiert war und Vertrauensmann beider Kaiser, nach Berlin. Diese Sendung muß in die Tage unmittelbar nach der Unterhaltung Gortschakows mit le Flô gefallen sein. Wertheimer, der allein von ihr weiß, und zwar aus einem Bericht Karolyis an Andrassy vom 1. Mai[1], spricht von „einigen Wochen vor dem Zarenbesuch". Das Datum der Rückkehr Werders nach St. Petersburg geht aber aus einem Bericht des Prinzen Reuß vom 22. April hervor[2]: es ist der 21. April[3]. Werder hatte nach Karolyis Bericht den Auftrag, „der Besorgnis Rußlands über die letzten Ziele

[1] Wertheimer 2, S. 235.

[2] [Robolsky], Bismarck und Rußland, S. 151.

[3] „General von Werder, der gestern abend wieder (aus Berlin) hier angekommen ist."

der deutschen Politik vertraulich Ausdruck zu verleihen". Wir werden hinzusetzen dürfen, daß er den Kaiser, der übrigens vom 18. April an eine Reihe von Tagen in Wiesbaden war, persönlich auf die Krise aufmerksam zu machen hatte.

Höchstwahrscheinlich nach persönlicher Unterhaltung mit Werder, vielleicht allerdings auch schon auf telegraphische, in der üblichen Weise dessen Sendung und ihren Hauptinhalt vorankündigende Mitteilungen hin, setzte Wilhelm I. im wesentlichen durch e i n vielbeachtetes Wort am 15. April der Krise ein frühes Ziel. Er sagte an diesem Tage zu dem französischen Militärattaché, Herzog von Polignac: „On a voulu nous brouiller, . . . Maintenant, tout est terminé, tout à fait terminé“[1]. Am Vormittag desselben Tages hatte der Kaiser dasselbe dem Militärbevollmächtigten Oesterreichs, dem Grafen Welsersheimb, versichert[2].

U n d i n d e r T a t : e s k a n n g a r n i c h t s t a r k g e n u g b e t o n t w e r d e n , d a ß d i e K r i s e n u n m e h r e n d g ü l t i g v o r ü b e r w a r , eine Tatsache, die immer entweder verkannt oder verschleiert worden ist. Die Aeußerung Kaiser Wilhelms ist nicht die einzige, die den Beweis für den obigen Satz bietet. Der Herrscher hat sich auch in diesem Moment durchaus nicht von der amtlichen Politik des Reichs getrennt: an demselben 15. April hatte Gontaut eine Unterredung mit dem Staatssekretär von Bülow[3], die im höchsten Grade befriedigend für den Botschafter verlief. Bülow versicherte, daß nirgends die Anzeichen für einen Krieg vorhanden seien, „nirgends besteht eine Verwicklung". Selbst

---

[1] Gontaut an Decazes bei Dreux S. 87.

[2] Ebenda. Man könnte hier daran erinnern, daß schon Julius von Eckardt in seiner anonymen Artikelserie in der Deutschen Revue 1892 (17, 4) auf das bestimmteste versichert, d e r K a i s e r habe „der Kriegsgefahr" ein Ende bereitet. Allein, man zieht seine Arbeit besser nicht heran, denn sie ist leider überaus konfus in der Datierung der einzelnen Ereignisse und sie geht von der falschen vorgefaßten Meinung aus, daß Bismarck damals den Krieg durchaus gewollt habe.

[3] Gontauts Bericht darüber bei Dreux S. 85 f.

die belgische Frage ist erledigt. „Möchte der Friede hundert Jahre lang zwischen uns herrschen. Das ist alles, was ich wünsche."

Am 22. April spricht Gontaut, nach eigenen Aufzeichnungen [1], zu dem Grafen Chreptowitch von der Krise, „durch die wir hindurchgegangen und aus der wir gerade herausgetreten sind". In einer Unterhaltung vom 21. April, die noch schwere Folgen haben sollte (s. u.), bemerkte Radowitz zu Gontaut: „Alles das ist vorüber"; Deutschland ist vollkommen beruhigt [2]. Am 28. April telegraphierte Gontaut, daß seit zwei Tagen die Befriedung auf der ganzen Linie zu konstatieren sei [3]. Und, um noch einen Unbeteiligten zu erwähnen, am Abend des 21. sagte Odo Russell, bei dem Gontaut und Radowitz zu Gast waren, zu ersterem: „La crise est passée" [4]. Er fügte freilich hinzu: „Aber man bleibt überzeugt, daß Ihre militärische Organisation bedrohlich für Deutschland ist."

Dieses Wort mag hinüberleiten zu der Feststellung der Bismarckschen Politik in der Zeit zwischen dem Ende der Krise (15. April) und dem russischen Besuch (10.—13. Mai). Alles Drohende verschwand aus der Haltung der deutschen Politik; es blieb aber der Auftrag an eine Anzahl von Organen des Auswärtigen Amts — wir wissen es von Bülow, Radowitz, Hohenlohe und Münster —, bei aller Friedfertigkeit zwar nicht ausdrücklich zu sagen, aber doch nichtamtlich, inoffiziell zu verstehen zu geben, daß Deutschland nicht jede Rüstungsvermehrung Frankreichs gleichgültig ansehen könne. Zur Verteidigung Münsters schrieb Bismarck treffend am 13. August 1875 an Kaiser Wilhelm [5]: „Man kann ja sagen, daß es für den Frieden nicht förderlich ist, wenn Frank-

---

[1] Bei Dreux S. 358.

[2] Gontaut an Decazes, bei Dreux S 91.

[3] Ebenda S. 100.

[4] S. die am 24. April abgesandte Depesche Gontauts an Decazes, Dreux S. 96.

[5] Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen 1, S. 258 f.

reich die Sicherheit habe, daß es unter *keinen* Umständen angegriffen wird, es mag tun was es will." .... „Aber es ist auch nicht nützlich, dem Gegner die Sicherheit zu geben, daß man seinen Angriff *jedenfalls* abwarten werde. Deshalb würde ich Münster noch nicht tadeln, wenn er in solchem Sinne gelegentlich geredet hätte." Diese inoffiziellen Winke für die Zukunft hatten natürlich mit einer Krise nichts mehr gemein.

Und doch war es einer von ihnen, der vom Herzog Decazes zu einer wohlvorbereiteten, schlauen, vollkommen erfolgreichen, freilich auch ebenso illoyalen Aktion benutzt wurde.

Wir gelangen nunmehr zu demjenigen Teil der Vorgänge, bei dem die spätere Darstellung Bismarcks vollkommen zutrifft, *bei dem es sich tatsächlich um eine Intrigue gegen Deutschland handelt, dem mit bewußter Fälschung Pläne untergeschoben wurden, die niemand hegte!*

Die Grundlage der Intrigue bildeten zu weit gehende Wendungen, die Radowitz am 21. April Gontaut gegenüber in der schon erwähnten Unterhaltung bei Odo Russell gebrauchte. Nachdem er, wie gesagt, auf das stärkste betont hatte, daß die Krise vorüber sei, sagte er nach Gontauts schon genanntem Bericht, auf die Zukunft übergehend, etwa folgendes: „Wenn Frankreich seine Armee reorganisiert, wird es dann nicht Bundesgenossen finden, die ihm heute fehlen und Deutschland den Krieg erklären? Wenn die Revanche der geheime Gedanke Frankreichs ist — und es kann gar nicht anders sein —, warum sollen wir mit unserem Angriff warten, bis es erholt ist und Bundesgenossen hat? Geben Sie zu, daß diese Deduktionen vom politischen, philosophischen, *ja selbst vom christlichen Standpunkt* zwingend sind!"

Es ist deutlich, daß Radowitz mit diesen Bemerkungen die Instruktionen Bismarcks (s. o. S. 91) auszuführen suchte, daß er aber viel zu weit ging und so dem Gegner eine bequeme Handhabe bot. Bismarck hat selber später einmal den Grund für Radowitz'

Versehen zweifellos richtig angedeutet: die Unterhaltung hatte nach einem guten Diner stattgefunden. Auch in diesem Falle, genau wie von der Presse am 5. und 8. April, wurde Bismarck unzureichend bedient. Ganz mit Recht hat er später den unvorsichtigen Aeußerungen Radowitz' die Hauptschuld an der kommenden Schlappe beigemessen[1]. Er sagte am 26. November 1880 zu Hohenlohe: „Der ganze Kriegslärm von 1875 (muß heißen: nach dem 15. April) sei durch die unvorsichtigen Aeußerungen veranlaßt worden, die Radowitz gegenüber von Gontaut getan habe. Dieser hätte es berichtet und dadurch Decazes Mittel zu seiner Intrigue gegeben". Mit der obigen Einschränkung ist das alles wörtlich richtig. Auch Fürst Karl Anton hat gehört, daß „Radowitz sich etwas leidenschaftlich und nicht geschickt benommen hat"[2]. Immerhin hat Bismarck dem jugendlichen Gesandten seine Gunst zunächst nicht entzogen. Sein schwerster Groll aber traf mit Recht den Botschafter Gontaut. Wenn er sehr bald nach der Krise dessen Abberufung forderte, so geschah das sicher zum größten Teil wegen der Meldung dieser unvorsichtigen, aber so sehr inoffiziellen Aeußerungen, denn die Klage, daß Gontaut mit den Ultramontanen und der Kaiserin gegen ihn konspiriere, war alt.

Gontaut also meldete diese, nach einem opulenten Mahle gefallenen Aeußerungen Radowitz' nach Hause (24. April), regte an, daß die Kabinette von der drohenden Stimmung Deutschlands benachrichtigt würden und schlug in einem Privatbrief von demselben Tage vor, daß Rußland seinen großen Einfluß zugunsten des Friedens geltend machen solle — selbst durchaus davon überzeugt, daß die Krise vorüber sei, und daß eine Kriegsgefahr nicht bestehe (s. o. S. 91, seine Notiz vom 22. April).

---

[1] S. Chlodwig Hohenlohe 2, S. 172, 177 und besonders 306.

[2] S. seinen Brief an Karl von Rumänien vom 28. Juli 1875 in Aus dem Leben König Karls von Rumänien 2, S. 448.

Decazes führte die Anregung sofort aus und sandte den Gontautschen Bericht den französischen Vertretern bei den wichtigsten Regierungen[1]. Ebenso erfolgte nunmehr ein besonderer erneuter Hilferuf an Rußland[2]. Der Zar habe zwar, schrieb Decazes an le Flô, die imminente Gefahr abgewendet, aber er müsse sein Werk vervollständigen und befestigen, und zwar durch die Sprache, die er in Berlin führen werde. „Die seltsame von Herrn v. Radowitz entwickelte Doktrin mußte das ehrenhafte und gerade Gewissen dieses großen Souveräns auf das Lebhafteste empören." Le Flô wurde dann weiterhin instruiert, die Zusicherung zu erlangen, daß der Zar einen Angriff Deutschlands auf Frankreich nicht dulden, sondern in solchem Falle den Degen ziehen werde. Diese letztere Zusicherung erhielt nun le Flô begreiflicherweise nicht: „Das ist ein wenig stark", sagte Gortschakow[3]. Aber le Flô, der das Schreiben des Herzogs Decazes dem Kanzler und dem Kaiser zu lesen gegeben hatte, erhielt die schriftliche Zusicherung (4. Mai), daß der Zar alles das bestätige, was er le Flô (am 13. April, siehe o. S. 89) gesagt hatte. Diese Vorgänge bestärkten Gortschakow in seinem im Umriß schon vorhandenen Plan (s. o. S. 88/9), in Berlin den Friedensstifter zu spielen, obschon auch er wußte, daß der Frieden durch Deutschland nie bedroht gewesen war, am allerwenigsten aber seit der Wendung des 15. April.

Zu der Intrigue des Herzogs Decazes und in diesen Zusammenhang — Hilferufe an Rußland — gehört auch der Brief, der unter der Ueberschrift The French scare am 6. Mai in den Times erschien und ungeheueres Aufsehen erregte. Er enthält[4] eine Denunziation der vermeintlichen Pläne der „deutschen Militärpartei",

[1] Dreux S. 90.

[2] S. den Brief von Decazes an le Flô vom 29. April 1875 in Bismarck und Frankreich S. 175.

[3] S. ebenda S. 178 ff.

[4] Genaue Inhaltsangabe bei Schultheß S. 123 f.

über Frankreich herzufallen, und schließt mit der Aufforderung an Rußland, als der einzigen Macht, die dazu imstande sei, den Frieden zu erhalten. Der Verfasser des Alarmartikels war der bekannte Times-Korrespondent „Chevalier de Blowitz". Der Brief war aber, wie jetzt aktenmäßig nachgewiesen und allgemein anerkannt ist, vom Herzog Decazes inspiriert, der dem Verfasser Einsicht in die Depeschen Gontauts gegeben hatte. Ueber diese berichtet aber Blowitz in seinen Erinnerungen[1] vollkommen falsch, wie auch Dreux nachweist. Hübsch ist z. B. auch, daß er die oben erwähnten Aeußerungen Radowitz', wonach ein Präventivkrieg vom philosophischen, ja christlichen Standpunkt notwendig sein könne, Moltke zuschreibt[2]. Blowitz hatte auch mit dem deutschen Botschafter Hohenlohe von seiner Absicht gesprochen, einen derartigen Brief im Interesse des Friedens zu schreiben, aber die Anregungen, die Hohenlohe ihm dafür gegeben, nicht im mindesten berücksichtigt[3], so daß aus dem Briefe die Anklage gegen Deutschland wurde, die er darstellt. Blowitz gab sich bei der ganzen Aktion einfach zum Werkzeug des Herzogs Decazes her. Ob er dabei nur dem Frieden dienen wollte, wie er behauptet, oder Deutschland verleumden oder beides, steht dahin und ist gleichgültig.

Bismarck sah den russischen Schritt kommen, auch schon ehe der Londoner Botschafter des Zaren, Graf Peter Schuwalow, der auf der Durchreise auf seinen Posten am 5./6. Mai in Berlin war, ihn gewarnt hatte[4]. Es ist bewundernswert, wie er neben der Anwendung von kleineren Mitteln, einen großartigen Versuch machte, das Kommende abzuwenden, einen Versuch, den die französischen Historiker

[1] My memoirs, London 1903.

[2] Ebenda S. 123. Das Werk ist mit äußerster Vorsicht zu benützen.

[3] S. Chlodwig Hohenlohe 2, S. 157 f.

[4] Dreux S. 134/5 nach Mitteilungen Schuwalows an den französischen Geschäftsträger in London Gavard; zitiert nach dessen mir hier unzugänglichem Werk Un diplomate à Londres, 1895.

zwar als geheimnisvoll bezeichnen, der aber in Wirklichkeit sehr eindeutig ist.

Am 4. Mai erschien der deutsche Botschafter beim Herzog Decazes mit einem doppelten Zweck[1]. Einerseits bemerkte er, ohne dazu beauftragt zu sein, wie er sagte, daß nach Ansicht des Unterstaatssekretärs von Bülow der Optimismus Gontauts etwas übertrieben sei. Die deutsche Regierung sei nicht völlig von dem nichtoffensiven Charakter der französischen Rüstungen durchdrungen. Zwar sei Bülow davon überzeugt, daß die Republik für den Augenblick keine feindlichen Absichten habe, aber der deutsche Generalstab glaube eben doch, daß der Krieg gegen Deutschland der letzte Zweck der französischen Rüstungen sei. Dann aber kam die große Ueberraschung. Decazes hatte in einer der letzten Unterredungen bemerkt, daß die Beunruhigung nicht aufhören würde, bis eine Politik der „Entente" zwischen beiden Ländern herrsche. Auf diese Anregung ging Bismarck nun in einem Brief an Hohenlohe ausführlich ein, den dieser dem Herzog zu lesen gab. Der Reichskanzler meinte, auf den ersten Blick sei es schwer, einen Boden für die Verständigung zu finden, bei näherer Betrachtung erweise sie sich aber doch nicht als unvereinbar mit den Dingen und der Lage. Dann ging Bismarck, zum Beweis dieses Satzes, die Lage unter Betrachtung von 5 großen Fragen durch. Der Gegensatz im Orient sei nur künstlich; in Italien handle es sich mehr um eine Rivalität, als um einen Gegensatz, und bei der bekannten Unzuverlässigkeit der italienischen Politiker — er sagte prudence! — könnten die Bemühungen um Italien vielleicht beiderseits doch nur zu Enttäuschungen führen; in Spanien könnten sich schließlich beide Länder auf Alfons XII. einigen; dem Papst gegenüber müsse man sich zusammentun, um einen modus vivendi zwischen den Staaten und der katholischen Kirche herbeizuführen; das könne aber erst nach dem Tode Pius' IX. geschehen; von einem Wunsch Deutschlands, Belgien zu erwerben, sei entfernt keine

[1] Aufzeichnung des Herzogs Decazes bei Dreux S. 108 ff.

Rede — der Ton war hier mehr scherzhaft —, und wenn Deutschland Aenderungen der belgischen Gesetzgebung erzielte, die dessen Nachbarn gegen die Erregung der öffentlichen Meinung schützten, so werde Frankreich in erster Linie davon Vorteil haben. Ganz ähnlich — in beiden Hinsichten — sprach sich Bülow am 7. Mai Gontaut gegenüber aus[1]. Er erinnerte an das gemeinsame Vorgehen beider Länder bei der Anerkennung Serranos und betonte besonders die Möglichkeit eines Zusammengehens in den Orientfragen.

Diesen Schritt Bismarcks „verstanden" weder Decazes noch Gontaut und auch die französischen Historiker finden ihn geheimnisvoll. In Wirklichkeit ist er vollkommen durchsichtig. Es war ein durchaus ernst gemeinter Versuch, eine Entente mit Frankreich in der einen oder andern Frage herzustellen, und die einleitenden Bemerkungen über die andauernden Besorgnisse Deutschlands — denn nur um solche handelte es sich und die Ansicht Dreux', wonach „la crise renaissait"[2] ist durchaus abzulehnen — hatten nur den Zweck, einen Druck in diesem Sinne auszuüben. Nachdem der Versuch mißlungen war, das russisch-französische Einverständnis, das Bismarck so sehr fürchtete, auf der russischen Seite zu verhindern (Mission Radowitz), bemühte er sich nunmehr, Frankreich abzuziehen. Mit sicherem Blick stellte er dabei die Orientfrage in den Vordergrund, in der trotz aller Bemühungen Rußlands Frankreich sich tatsächlich bald von seinem „Retter" trennte und mit Deutschland an demselben Strang zog, einfach durch die Wucht der Tatsachen gezwungen. Wie ernst es Bismarck mit seinem Vorschlag war, geht daraus hervor, daß er, für später, sogar den Abbau des Kulturkampfes anbot, auf dessen höchster Höhe er damals stand.

---

[1] Bericht Gontauts darüber bei Dreux S. 111 f.

[2] S. 112.

Aber man war in Frankreich damals vollständig taub, man „verstand“, wie gesagt, den Schritt Bismarcks nicht. *Man wollte seinen schlau und wohl vorbereiteten Triumph genießen.*

Im Zusammenhang mit dem russischen Besuch, zu dem wir nun gelangen, muß auch Bismarcks wenig beachtetes Entlassungsgesuch vom 4. Mai betrachtet werden, das dem Kaiser erst am 11. Mai übergeben wurde[1]. *Freilich, Matter irrt, wenn er dieses Gesuch auf Bismarcks diplomatische Niederlage zurückführt.* Es wurde vielmehr in erster Fassung schon im Februar niedergeschrieben und zweifellos ist seine Begründung mit Bismarcks gesundheitlichen Verhältnissen nicht reiner Vorwand. Sein Nervensystem war damals schwer erschüttert. *Aber wir kennen auch den sachlichen Grund des Gesuchs.* Tiedemann fand am 7. Mai, also zwischen Abfassung und Absendung des Gesuchs, Bismarck mit einem umfangreichen Schriftstück in der Hand, in dem er den Kaiser bat, zwischen ihm und Eulenburg zu wählen[2]. Dieses Schriftstück ging nun zwar nicht ab, vielmehr sandte Bismarck am 11. das einfache, nur mit seiner zerrütteten Gesundheit motivierte Gesuch ab. *Aber trotzdem ist der Schluß völlig zwingend, daß innerpolitische Verhältnisse der sachliche Hauptgrund des Entlassungsgesuchs waren.* Allein, es enthält dennoch eine Wendung, die es in den Zusammenhang mit der auswärtigen Politik zur Zeit des Russenbesuchs bringt. Es ist in ihm nämlich die Rede von der günstigen Lage der inneren Verhältnisse *und der auswärtigen Beziehungen* Deutschlands. *Diese Wendung, übrigens schon ähnlich in den früheren Entwürfen* des *Entlassungsgesuchs, gehört zu dem Bemühen Bismarcks,*

[1] Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen 1, S. 251; Bismarck-Jahrbuch 1, S. 91 ff., mit allen Varianten; ebenso bei Penzler, Kaiser- und Kanzlerbriefe, 1904, S. 118 ff. und 260 ff.

[2] Tiedemann 2, S. 32.

damals, zur Zeit des Russenbesuchs, die europäische Lage und die Politik des Reiches als vollkommen friedlich hinzustellen. Gortschakow bekam das Gesuch schon bei seiner ersten langen Unterredung mit Bismarck am 10. Mai zu lesen[1]. Das Gesuch stimmte den russischen Staatskanzler im übrigen sehr ernst, wie auch Gontaut erkannte, trotzdem er hoffte, Bismarck werde noch anderer Ansicht werden; und damit kommen wir zu einem zweiten Zusammenhang zwischen Entlassungsgesuch und auswärtiger Politik: es bedeutete eine Drohung des Reichskanzlers mit seinem Rücktritt auch Rußland gegenüber, also einen Wink, mit der im Gange befindlichen Unfreundlichkeit nicht zu weit zu gehen. Gortschakow hat ja auch bekanntlich damals in mehreren Richtungen den Rat gegeben, „seinen Triumph nicht zu sehr auszunützen". Danach gehandelt hat er freilich nicht. Der Zar seinerseits bat Bismarck, im Amte zu bleiben[2].

Der Rest ist schnell erzählt. Zuerst empfing am 10. Mai Bismarck den Besuch Odo Russells[3]. Der britische Botschafter hatte einen doppelten Auftrag; er sollte zunächst die bons offices Englands anbieten, um Deutschland bei der Zerstreuung der Kriegsbefürchtungen nützlich zu sein. Bismarck lehnte diese bons offices sofort höflich aber bestimmt ab. Dann, schon in Gegenwart Gortschakows, führte Russell seinen zweiten Auftrag aus, der in der Unterstützung der russischen Friedensvermittlung bestand; dann ließ er die Kanzler Deutschlands und Rußlands allein[4]. Der eigent-

---

[1] Gontaut an Decazes, bei Dreux S. 149.

[2] Reuß an Bismarck, Januar 1876 bei [Robolsky], Bismarck und Rußland, S. 155.

[3] So Wertheimer 2, S. 236 nach dem Bericht Karolyis an Andrassy vom 15. Mai 1875. Danach ist die Aufzeichnung Gontauts vom 22. Mai zu berichtigen (Dreux S. 138), der die Unterredung auf den 9. Mai verlegt.

[4] Karolyi an Adrassy a. a. O.; vgl. auch Kaiser Wilhelm an Bismarck 6. Aug. 1875, Anh. z. d. G. u. E. 1, 256 f.

lichen diplomatischen Aktion Englands gesellte sich ein Brief der Königin Viktoria an Kaiser Wilhelm hinzu.

Interessant ist es, wie England schließlich zu dieser unfreundlichen Aktion gewonnen worden war: es wurde von Schuwalow den Engländern versprochen, daß die russische „Armee von Merw" den Vormarsch einstellen werde [1], ein Schritt, der, nebenbei bemerkt, beim Herannahen der Balkankrise kein eigentliches Opfer Rußlands bedeutete! Auch Italien schloß sich mit Friedensratschlägen in Berlin an, während Oesterreich-Ungarn es ablehnte, sich an der Aktion zu beteiligen.

Deren Führer war und blieb Gortschakow. Er fand zwar, als er am 10. Mai mit dem Zaren in Berlin eintraf, „nichts zu pazifizieren" vor, wie u. a. und am besten aus seiner eigenen ausführlichen Erzählung vom 11. Mai an Gontaut hervorgeht [2]; Bismarck machte nicht einmal die leiseste Andeutung, die auf etwaige Rüstungsbeschränkungen Frankreichs hingewiesen hätte; „er ist", sagte Gortschakow, „vollkommen friedfertig. Sie brauchen den Krieg in „keiner Weise von ihm zu fürchten." Nur in einem Punkte, dem Ultramontanismus, empfahl der Russe, wie schon oben gesagt wurde, den Franzosen Vorsicht. Trotzdem hat nun Gortschakow, gleichgültig, ob er den Wortlaut brauchte: „Maintenant la paix est assurée" oder nicht [3], in der diplomatischen Oeffentlichkeit zu verstehen gegeben, erst die russische Intervention in Berlin habe den Frieden gerettet. Diese Kundgebung setzte der Illoyalität der ganzen russisch-französischen Aktion die Krone auf.

---

[1] Decazes an Gontaut o. D. bei Dreux S. 137 Derselbe an Le Flô, 17. Mai, bei [Robolsky], Bismarck und Frankreich, S. 185.

[2] Dreux S. 145 f.

[3] Das unchiffrierte Telegramm, das G. am 13. Mai an die diplomatischen Vertreter Rußlands sandte, lautete nach Dreux, S. 166: „L'empereur de toutes les Russies quitte Berlin parfaitement convaincu des dispositions [conciliantes] qui y règnent et qui assurent le maintien de la paix." Ganz ähnlich Hanotaux 3, S. 277 nach Mitteilungen des damaligen französischen Botschafters in Konstantinopel, Marquis de Vogüé.

Die deutsche Politik aber hatte dadurch unverkennbar eine Schlappe erlitten. Aber das war nicht alles: Frankreich hatte in der Krise und ihrem Ausgang die Gewißheit erlangt, daß es unter dem Schutze Rußlands und anderer europäischer Großmächte seine Rüstungen in beliebigem Umfange vermehren könne. Daß diese Rüstungen in erster Linie der Revanche dienen sollten, war keinem Sehenden verborgen.

2.

Wie schwierig es ist, Bismarcks Motive und Pläne in der ganzen Aktion zu erkennen, zeigt die Tatsache, daß fast jeder Autor, der über die Krise geschrieben hat, eine andere Ansicht vertritt.

Der anonyme Verfasser des oben schon zitierten Artikels der Deutschen Revue, Jahrgang 1892[1] — es ist Julius v. Eckardt — ist überzeugt, daß Bismarck damals den Krieg wollte. Auch Daudet ist, wie früher die Mehrzahl der französischen Autoren, der Ansicht, daß Bismarck den Krieg wollte, meint aber doch, daß sich dies vielleicht nicht sicher beweisen lasse[2]. Wertheimer führt die ganze Aufregung auf ein Mißverständnis der Pressemenschen zurück[3]. Egelhaaf meint, daß Bismarck Frankreich warnen wollte, die Deutschen nicht zu sehr auf die Probe zu stellen[4]. Hanotaux sagt: Bismarck wollte Frankreich einschüchtern (vielleicht auch im Hinblick auf die kommende orientalische Krise) und feststellen, wie weit seine Macht in Europa reiche[5]. Matter faßt die Aktion als Versuchsballon, ob der Boden für einen Krieg vorbereitet sei[6]. Dreux meint, Bismarck habe versucht, eine Beschränkung der französischen Rüstungen herbeizuführen[7].

In Wirklichkeit wird man nur weiter kommen, wenn man zwischen den verschiedenen Phasen der

---

[1] 17, 4 S. 161.
[2] A. a. O. S. 918.
[3] A. a. O. S. 241.
[4] Bismarck S. 349.
[5] A. a. O. 3, S. 291 ff.
[6] A. a. O. 3, S. 393.
[7] A. a. O. S. 194.

Krise scheidet, und zwar zunächst zwischen der Zeit vor und nach dem 15. April; dann wird man innerhalb des letzteren Zeitabschnittes die Tage von etwa dem 3. oder 4. Mai an absondern, von denen an Bismarck die russische Aktion kommen sah, deswegen die friedfertigen Absichten noch stärker betonte (Entlassungsgesuch mit der Betonung der günstigen Lage der auswärtigen Beziehungen am 4. Mai unterschrieben!) und im geheimen freundschaftliche Beziehungen zu Frankreich anzubahnen suchte (Hohenlohe bei Decazes, 4. Mai, s. o. S. 96 f.). Es bleibt also die Untersuchung von Bismarcks Plänen und Motiven erstens bis zum 15. April, zweitens von diesem Tage bis zum 3. oder 4. Mai.

Es ist selbstverständlich, und ja auch, wie wir sahen, sogar von Gontaut zugegeben, daß ernstliche Besorgnisse vor den französischen Rüstungen auf deutscher Seite ihren Anteil an dem Entstehen des Alarms hatten. *Es ist weiterhin sicher, daß Bismarcks Erregung über die Zusammenkunft in Venedig den letzten Anstoß zu den Warnungen in der Presse und auf dem diplomatischen Wege gegeben hat.* Nichts wäre verkehrter, wie schon einmal angedeutet wurde, als eine Auffassung, die in Bismarck nur den kühl berechnenden Staatsmann sehen wollte, auf dessen Entschließungen Leidenschaft und Zorn niemals größeren Einfluß gewonnen haben. Allein, in allen wichtigen Fällen verbindet sich bei ihm mit der Aeußerung der Leidenschaft die staatsmännische Erwägung. Mag der Anteil der Leidenschaft an dem Entstehen der Krise auch groß sein — *wie groß, das wird natürlich niemals abgewogen werden können* —, daneben werden wir zweifellos den staatsmännischen Plan suchen dürfen. Da finden sich denn zwei Möglichkeiten: Bismarck wollte damals den Krieg herbeiführen, oder aber, er wollte ohne Krieg *auf die französischen Rüstungen einwirken*, wobei wieder zwei ganz verschiedene Ziele denkbar waren: er konnte den Versuch machen, das Cadregesetz *rückgängig* machen zu lassen oder sonstige Rüstungsbeschrän-

kungen durchzusetzen, oder aber nur für die Zukunft vor weiteren Rüstungsverstärkungen eindringlich warnen.

Betrachten wir die erstere Möglichkeit, so ergibt es sich zunächst von selbst, daß die Aktion der ersten Aprilhälfte nicht als die unmittelbare Einleitung eines Präventivkriegs gedacht werden kann. Es fehlte noch jede diplomatische Vorbereitung, die bei den nicht überall erfreulichen Beziehungen zu den Mächten absolut unerläßlich war. Vor allem mußte die voraussichtliche Haltung Rußlands erst erkundet werden. So könnte man denn die Schritte jener Tage höchstens als einen Versuch auffassen, die Stimmung Europas und besonders Rußlands im Hinblick auf einen Krieg gegen Frankreich zu sondieren. Allein, auch diese Auffassung dürfte abzulehnen sein. Es steht zunächst fest, daß der klügste und genaueste Kenner Bismarcks unter den in Berlin beglaubigten Diplomaten, Graf Karolyi[1], niemals an kriegerische Absichten Bismarcks geglaubt hat. Ja, man kann mehr sagen: wenn man genauer zusieht, haben es auch der französische Botschafter und der französische Minister des Auswärtigen nicht getan[2]. Vor allem ist *eine* Erwägung durchschlagend. Die getroffenen Maßnahmen — Pressekampagne, diplomatische Hinweise auf die Gefahr, die in den französischen Rüstungen liege, kriegerische Reden deutscher Offiziere — könnten zwar an sich als *unmittelbare Einleitung* eines Krieges als denkbar gelten — wir wissen jedoch, daß ein Krieg ohne diplomatische Vorbereitung völlig unmöglich war —, sie waren aber doch wirklich allzu plump, *um dem oben genannten Zweck, Sondierung des Auslands im Hinblick auf einen Krieg, zu dienen.* Derartiges ist einem Bismarck, dem Meister in der Herbeiführung der diplomatischen Vorbedingungen für einen Krieg, schlechterdings nicht zuzutrauen. Diese konnten nur in geduldiger, zäher Arbeit geschaffen werden und nicht im Sturm. Und wieder:

---

[1] S. Wertheimer 2, S. 230, 240.

[2] S. z. B. Decazes an Gontaut 8. Mai bei Dreux S. 194.

zur Einleitung einer derartigen Arbeit wäre der „Alarm" ebenfalls völlig ungeeignet gewesen. Es darf auch das negative Resultat der Mission Radowitz' nicht vergessen werden, bei der Gortschakow sichtlich empfindlich geworden war, als der deutsche Gesandte die Sprache auf die Beziehungen Rußlands zu Frankreich gebracht hatte. War überhaupt die entfernteste Aussicht vorhanden, daß Rußland einem Angriff Deutschlands auf Frankreich zusehen werde? Im ganzen wird man daran erinnern dürfen, daß es mehr als unwahrscheinlich ist, daß derjenige, der die Absicht hat, ein Haus anzuzünden, vorher in aller Oeffentlichkeit auf die Feuersgefahr aufmerksam macht.

Dagegen hat die ganze Aktion ihren guten Sinn, wenn man als ihren Zweck eine Einwirkung auf die französischen Rüstungen sieht: da erklärt sich sofort die kriegerische Haltung der Zeitungen — denn auch gerade die französische öffentliche Meinung sollte erschreckt werden. Dabei ist es nun außerordentlich schwierig zu entscheiden, ob Bismarck in dieser ersten Phase eine Rückgängigmachung des französischen Cadregesetzes oder eine sonstige Beschränkung der französischen Rüstungen bezweckt hat oder aber, ob es ihm nur auf eine eindringliche Warnung für später ankam.

Für letztere Auffassung könnte man folgende Tatsache anführen: Die Bismarcksche Aktion des April 1875 ist an sich gar nichts neues. Jedesmal, wenn Frankreich nach 1870 eine seiner großartigen Maßregeln zur Heeresreorganisation ergriff — ebenso 1872, wie 1874[1] — wurde der Ton von Berlin her unfreundlich; man kann sagen: selbstverständlich; ist es doch eine fast zeitlose Erscheinung, daß Rüstungsverstärkungen Beschwerden des Gegners oder Rivalen hervorrufen. In jenen Fällen war nun sicher keine Rückgängigmachung französischer Rüstungsmaßnahmen beabsichtigt. So könnte man folgern, auch dieses Mal werde es sich darum nicht ge-

[1] S. z. B. Gontaut, Mon ambassade, S. 63 f. (Januar 1872); ferner Occupation et libération du territoire öfters.

handelt haben. Allein der Fall liegt 1875 doch wesentlich anders als in den früheren Jahren. Zunächst war der Ton in der deutschen Presse erheblich schärfer als bei jenen früheren Gelegenheiten. So deutlich war damals vom Krieg nicht die Rede gewesen. Dazu kamen aber in diesem Falle als etwas völlig Neues die diplomatischen Vorstellungen bei den Kabinetten hinzu. Es sieht in der Tat durchaus so aus, als ob Bismarck den Versuch gemacht habe, die Mächte zu sondieren, aber nicht etwa im Hinblick auf einen Krieg, sondern auf den Gedanken, von Frankreich in aller Form eine Beschränkung seiner Rüstungen zu verlangen. Daß aus einem derartigen Verlangen an sich der Krieg entstehen kann, liegt auf der Hand. Allein damals wäre Frankreich doch nur dann in der Lage gewesen, eine Rüstungsbeschränkung abzulehnen und also den Krieg auf sich zu nehmen, wenn es der Bundesgenossenschaft mindestens einer starken Großmacht sicher gewesen wäre. Und eben, festzustellen, wie es in dieser Hinsicht stand, kann man als Zweck der Bismarckschen Aktion annehmen.

Für diese Ansicht, daß nämlich der Reichskanzler mit dem Krieg-in-Sicht-Unternehmen Europa sondieren wollte, wie ein Versuch Deutschlands aufgenommen werden möchte, von Frankreich eine Rüstungsbeschränkung zu verlangen, spricht aber noch mehr. Der Herzog Decazes glaubte an derartige Absichten Bismarcks[1] und ebenso der englische Minister des Auswärtigen, der Graf von Derby. Im französischen Kabinett sind sogar offenbar Erwägungen über die Möglichkeit angestellt worden, ob man auf ein derartiges Ansuchen eingehen könne[2], ja der Herzog Decazes hat einmal bei Hohenlohe gegenseitige Rüstungsbeschränkungen leise angeregt[3].

---

[1] S. Dreux S. 194 (Decazes an Gontaut 8 Mai).

[2] Das scheint mir aus mehreren der Instruktionen des Herzogs an Gontaut hervorzugehen.

[3] Am 28. April, s. Hanotaux 3, S. 258.

Man begreift es, daß er dafür von Hanotaux getadelt wird, denn es war immerhin wahrscheinlich, daß Deutschland, das damals in seinen Rüstungen Frankreich immer noch voraus war, dabei gut abgeschnitten hätte.

In England kam die abgeschlossene Krise am 31. Mai im Oberhause zur Sprache[1]. Der Graf Russell hatte die Vorlegung der gesamten Korrespondenz über die Kriegs- und Friedensfrage verlangt. Der Antrag wurde, nach einer Erklärung des Staatssekretärs für das Auswärtige, Earl of Derby, abgelehnt, die etwa folgendes besagte: „Es ist von deutschen Personen von höchstem Ansehen und in hervorragender Stellung" — es heißt, der Graf habe hier ursprünglich den Grafen Münster nennen wollen, dann aber darauf verzichtet — „gesagt worden, daß es nicht die Pflicht Deutschlands sein könne, solange zu warten, bis Frankreich seine Vorbereitungen zu Ende geführt habe. Es wurde gesagt, Deutschland wünsche nicht den Krieg; daß aber, wenn derselbe vermieden werden solle, es nötig erscheine, daß die französischen Rüstungen eingestellt würden. Diese Behauptungen wurden von Leuten in hoher Stellung in Deutschland vorgebracht und sie wurden in anderen Ländern wiederholt. In Frankreich wurden alle kriegerischen Absichten geleugnet und ich bin verpflichtet, zu erklären, daß ich diese Ableugnung als völlig aufrichtig betrachte. Die Lage war bedenklich. Es konnte, wenn die deutsche Regierung fortfuhr, die von ihr ausgesprochenen Befürchtungen bezüglich der Absichten Frankreichs zu nähren, der nächste Schritt ihrerseits eine förmliche Aufforderung an Frankreich sein, die Rüstungen einzustellen. Dann wäre der Frieden schwer zu erhalten gewesen!" Und nun folgte die Darstellung der englischen Bemühungen im Sinne der Aufklärung des gegenseitigen Mißverständnisses und der Beseitigung des beiderseitigen Mißtrauens.

---

[1] Schultheß S. 287 ff.

Man wird in der Verwendung dieser Rede vorsichtig sein; man wird daran erinnern, daß der Graf von Derby einer der schwächsten Minister des Auswärtigen war, die jemals die Geschicke Englands geleitet haben — seine Charakterisierung als „sicher einer der nüchternsten Staatsmänner" durch Eckardt in dem öfters zitierten anonymen Aufsatz ist, gelinde gesagt, euphemistisch, worauf Bismarck einmal voller Hohn hinwies[1]; man wird den Wortlaut seiner Erklärung beachten, die lautet: „Es konnte der nächste Schritt der deutschen Regierung sein usw." Trotzdem wird man sagen müssen, daß durch Derbys Rede die Ansicht gestützt wird, daß Bismarck tatsächlich an eine Rüstungsbeschränkung in Frankreich gedacht habe, für den Fall, daß seine Sondierung Europas zu günstigen Resultaten geführt hätte.

Allein, für welche Zeit kann man dieser Auffassung allein eine gewisse Wahrscheinlichkeit — von Sicherheit kann keine Rede sein — zusprechen?

Damit gelangen wir zu der zweiten Phase der Krise, zu den Wochen nach dem 15. April. Gilt das alles auch für sie? Man wird diese Frage rundweg verneinen und annehmen müssen, daß nach der ersten russischen Einwirkung (Mission Werders) von derartigen Gedanken nicht mehr die Rede sein konnte. Wenn Decazes und Derby mit ihren Vermutungen Recht hatten, so kann das auf alle Fälle doch nur für die Tage bis zum 15. April gelten. Wir erinnern uns, daß in diesen Tagen die friedlichsten Erklärungen abgegeben wurden, vom König und vom Staatssekretär; die Presse war gefolgt. Damit fiel aber die Voraussetzung für die Forderung einer Rüstungsbeschränkung überhaupt weg; denn diese war nur durch starken Druck zu erreichen; nur unter dem Einfluß der Furcht konnte Frankreich auf eine derartige Forderung eingehen. Es war

[1] Penzler, Fürst Bismarck nach seiner Entlassung 4, S. 280.

aber auch nicht zu erwarten, daß der König nach seinen eindrucksvollen Worten: „Tout cela est terminé, tout à fait terminé!“ etwa in einigen Tagen oder Wochen für die entgegengesetzte Politik in derselben Sache hätte gewonnen werden können.

Die deutschen Vertreter im Auslande und die Organe des Auswärtigen Amtes in Berlin waren, wie wir sahen, nach dem 15. April beauftragt, inoffiziell, „von sich aus“ auch weiterhin darauf hinzuweisen, daß die französischen Rüstungen eine Gefahr für den Frieden in sich bargen. Allein, nach den obigen Erwägungen darf man auch darin nicht mehr den Versuch sehen, die von Frankreich schon beschlossenen Rüstungen einschränken zu lassen, sondern nur Warnungen vor weiterer Rüstungsvermehrung. Es sei hier noch einmal daran erinnert, daß sehr viel auf die Ausfüllung der vorhandenen und zum Teil neu errichteten Cadres ankam.

So kann mit einiger Wahrscheinlichkeit die Antwort auf die Frage nach Bismarcks Motiven und Plänen folgendermaßen lauten: in der ersten Phase der Krisis (5.—15. April) hat er in der Tat Europa im Hinblick auf eine Frankreich aufzuerlegende Rüstungsbeschränkung sondiert; in der zweiten Phase (Mitte April bis Anfang Mai) ließ er Frankreich nur noch Warnungen vor künftigen Rüstungsvermehrungen zukommen; in der dritten Phase suchte er ernstlich eine Annäherung an Frankreich.

Die Haltung der letzteren Macht bedarf keiner weiteren Untersuchung. Im ersten Augenblick erschrocken, dann vollkommen beruhigt, wünschte sie, unter Ausnützung einer von Gontaut und Decazes geschickt herbeigeführten Lage dem Gegner einen Schlag zu versetzen und zugleich die Gewißheit zu erlangen, daß ihre Rüstungen unter dem Schutze des übrigen Europa ungestört vonstatten gehen könnten. Beides gelang vollkommen.

Italien mag sich auf Wunsch von England der Aktion angeschlossen haben; überdies waren ja damals die Beziehungen zu Deutschland nicht allzu freundlich, während die zu Frankreich sich erheblich gebessert hatten.

England war schließlich durch eine billige, zentralasiatische Konzession Rußlands zu der Aktion gewonnen worden. Die Politik Derbys erscheint also auch hierbei als wenig imposant. Immerhin läßt sich ein Gesichtspunkt finden, der vielleicht sein Vorgehen auf ein höheres Niveau stellt: im Hinblick auf die herannahende Balkankrise mag er gewünscht haben, sich Frankreich zu verpflichten und nicht zu gestatten, daß Rußland in Paris England den Rang völlig ablaufe.

Am merkwürdigsten ist das Vorgehen Rußlands, d. h. Gortschakows. Man wird freilich einen Teil seiner Schritte ohne weiteres verstehen. Der Wunsch, Frankreich nicht weiter schwächen zu lassen, sondern vielmehr sein Wiedererstarken zu begünstigen, war durchaus begreiflich: ein so starkes Uebergewicht, wie es damals Deutschland in Europa hatte, und mochte es noch so maßvoll ausgeübt werden, konnte keinem Nachbarstaat sympathisch sein. Der Hauptgrund für die russischen Winke in Berlin im ersten Teil der Krise war aber unzweifelhaft der Gedanke, sich Frankreich für die kommende Balkanaktion zu verpflichten. Dabei stoßen wir nun freilich schon auf ein Rätsel. Warum hat Gortschakow in der Orientfrage überhaupt keine Fühlung mit dem befreundeten Deutschen Reiche gesucht, vielmehr die Andeutungen, die Radowitz im Februar in dieser Hinsicht zu machen hatte, ziemlich unfreundlich überhört? Glaubte er vielleicht, daß er infolge einer Fühlungnahme mit Deutschland der Gunst Frankreichs sicher verlustig gehen werde? Oder meinte er, der Hilfe Deutschlands, das selbst im Orient uninteressiert war, auf alle Fälle sicher zu sein? Das sind Fragen, die noch der Antwort harren!

Eine andere aber liegt uns hier näher; zugegeben, daß aus den oben dargelegten Gründen freundschaftliche Vorstellungen in Berlin (Mission Werders) durchaus verständlich sind — was bewog den russischen Staatskanzler, mit jener Illoyalität, über die Bismarck kein Wort zu viel gesagt hat, gegen seine eigene nachweislich

nie erschütterte Ueberzeugung von den friedlichen Absichten der deutschen Regierung, den Retter des Friedens, den „Friedensengel" zu spielen? zu diesem Zweck Europa gegen Deutschland zu koalieren und bei der Gelegenheit dem befreundeten Kaiserreich eine unverkennbare diplomatische Schlappe beizubringen? Die Antwort auf diese Frage ist nicht leicht. Ganz gewiß spielte dabei Gortschakows greisenhafte Eitelkeit, die in der damaligen Diplomatie förmlich sprichwörtlich war, eine große, vielleicht die größte Rolle: er wollte seinem „Schüler", der ihm über den Kopf gewachsen war, eine Lektion erteilen! Vielleicht war auch ein Motiv von großer Bedeutung, das ein so genauer Kenner der russischen Verhältnisse, wie Julius v. Eckardt, in den Vordergrund rückt. Er meint in seiner anonymen Schrift „Berlin und St. Petersburg" (Leipzig 1880) — damals war er noch nicht der Ansicht, daß Bismarck 1875 den Krieg herbeiführen wollte! —, neben seniler Eitelkeit habe wohlberechnete Absicht Gortschakow veranlaßt, „jenes Gaukelspiel der Errettung Frankreichs vor einer angeblichen deutschen Invasion in Szene zu setzen", die Absicht nämlich, „seine erblassende Popularität durch ein den Wünschen der deutschfeindlichen Nationalpartei angepaßtes Gebahren aufzufrischen", was auch vollkommen gelungen sei[1]. Auch der Aerger über die Sendung des Herrn v. Radowitz, der so viele „unangenehme Sachen" zu sagen hatte, aus denen zudem hervorging, daß Bismarck die russische Politik völlig durchschaute, mag zu seinem Verhalten beigetragen haben.

Sucht man nach ehrenwerteren, weil auf sachlichen Erwägungen beruhenden Motiven, so wird man nicht viel finden. Vielleicht sagte Gortschakow sich, daß er durch die Freude, die er Frankreich mit einer öffentlichen „Lektion an Deutschland" bereitete, die Republik sich noch fester verpflichten würde, als durch jene diplomatischen Vorstellungen. Er mag ferner so phantastisch gewesen sein zu glauben, daß das Zusammenstehen mit Frankreich, England und Italien, das für einen Moment herbeigeführt worden war, in der

[1] S. 168/9.

kommenden orientalischen Krise andauern werde; oder, daß ein möglichst hochfahrendes Auftreten gerade auch Deutschland gegenüber, ein Betonen der russischen Machtstellung den Boden für den Vorstoß auf Konstantinopel bereiten werde. Es ist immerhin auffallend, daß der russische Botschafter in Wien im Jahre 1874 seinem eigenen Lande „einen dominierenden Einfluß in der Welt“ zusprach [1], gewiß eine für einen Diplomaten eigentümliche Sprache!

Sicher ist, daß derartige Erwägungen, wenn sie tatsächlich angestellt worden sind, zu keinem Erfolge führen sollten. Rußland hat von seinem illoyalen Vorgehen nur Nachteile, aber keine Vorteile gehabt. Frankreich — um von England zu schweigen — stellte sich in der Orientkrise nicht auf seine Seite. Nach dem Frieden von St. Stefano fand sich Rußland völlig isoliert und mußte sich zähneknirschend in die Bestimmungen fügen, die der Berliner Kongreß traf. Das große Werk Gortschakows war im wesentlichen gescheitert.

Daß das russische Vorgehen im Mai 1875 zur Lockerung der Beziehungen zu Deutschland beitragen mußte, liegt auf der Hand, und ebenso, daß der Ausgang der Krise in die Vorgeschichte des Zweibunds zwischen dem Reiche und Oesterreich gehört: Andrassy hatte als einziger Leiter eines Großstaats der russischen Aktion die Mitwirkung versagt. Eine Frage ist es aber, ob bei der Lockerung der russisch-deutschen Freundschaft persönlicher Groll Bismarcks beteiligt war und ob insbesondere die Haltung Deutschlands auf dem Berliner Kongreß, die Rußland so furchtbar erregte, auf dem Gedanken der „Rache für 1875“ beruhte. Mit der Aufwerfung dieser Frage, die wiederum eines der wichtigsten und schwierigsten Bismarckprobleme darstellt, und mit der Andeutung, in welcher Richtung sie u. A. d. V. zu beantworten sein möchte, sollen diese Seiten ihren Abschluß finden.

Als ein Beamter des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Auswärtigen, Ludwig Dóczi, im April 1875 Andrassy ein

[1] Dreux S. 119.

offiziöses Zeitungstelegramm aus St. Petersburg zeigte, nach dem Gortschakow dem General le Flô gesagt hatte, Rußland werde Deutschland verhindern, Frankreich anzugreifen, fuhr Andrassy ihn an: „Lassen Sie mich doch mit solchem Unsinn in Ruhe. Das ist nicht wahr, das ist eine blöde Erfindung." Als dann aber Dóczi ihn darauf aufmerksam gemacht hatte, das Telegramm sei amtlich vom Petersburger Korrespondenzbureau versandt, geriet Andrassy in eine Stimmung übermütiger Freude. Er schwang sich auf den Schreibtisch, warf dreimal die Beine in die Luft und rief frohlockend: „Das wird ihm Bismarck nie verzeihen"[1].

Die Szene führt hübsch in die Bedeutung des russischen Fehlers ein. Hier gehen uns nur die letzten Worte Andrassys an. Er hatte in einem Sinn zweifellos recht mit ihnen. Daß Bismarck Gortschakow niemals verzieh, weiß jeder Leser der Gedanken und Erinnerungen. Eine andere Frage aber ist die, ob Bismarck als Staatsmann, insbesondere auf dem Berliner Kongreß, unter dem Eindruck von Groll und Rachsucht gehandelt hat. Diese Frage dürfte aber zu verneinen sein. Die Lage war die: Nur wenn Deutschland sich in dem Grade auf die russische Seite gestellt hätte, daß es sich auch nicht gescheut hätte, es auf einen, durch eigene Interessen keineswegs zu rechtfertigenden Krieg gegen drei europäische Großmächte an der Seite des geschwächten und erschütterten Zarenreichs ankommen zu lassen, nur dann wäre es vielleicht möglich gewesen, wesentlich bessere Abmachungen für Rußland zu erzielen. Bismarck wird eine derartige Politik nicht ernstlich erwogen haben. Der Groll über das russische Verhalten von 1875 wird ihm den Entschluß noch leichter gemacht haben — man opfert sich nicht für einen Freund, der einen verraten hat! — herbeigeführt hat er ihn nicht!

---

[1] Wertheimer 2, S. 243, nach zwei Zeitungsartikeln Dóczis.

Anhang I.

Zusammenstellung der wichtigsten Daten zur Geschichte des Kulturkampfes bis 1876.

1871. Vom März an: Streit mit dem Bischof von Ermeland, Dr. Krementz, wegen des Religionslehrers Wollmann in Braunsberg. Dazu einige andere einzelne Streitfälle (R. Siegfried, Aktenstücke S. 40 ff.).

19. Juni: Kreuzzeitungsartikel mit der Kampfansage (Schultheß S. 175 f.).

8. Juli: Aufhebung der katholischen Abteilung des preußischen Kultusministeriums.

10. Dezember: Kanzelparagraph („Gesetz, betr. die Ergänzung des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich", abgedruckt u. a. bei Kißling 2, S. 460), Reichsgesetz.

1872. 22. Januar: Der preußische Kultusminister v. Mühler durch Falk ersetzt.

11. März: Schulaufsichtsgesetz („Gesetz, betr. die Beaufsichtigung des Unterrichts- und Erziehungswesens", abgedruckt u. a. bei Kißling 2, S. 460 f.).

14. Mai: Reichstagsdebatte über die Ablehnung des Kardinals Hohenlohe als Gesandten des Reichs bei der Kurie durch den Papst („nach Canossa gehen wir nicht", Horst Kohl, Die politischen Reden Bismarcks 5, S. 376 ff.).

14. Mai: Vertraulicher Erlaß Bismarcks an die diplomatischen Vertreter Deutschlands betr. die künftige Papstwahl (Hahn, Fürst Bismarck 2, S. 489 ff.).

4. Juli: Jesuitengesetz („Gesetz, betr. den Orden der Gesellschaft Jesu", abgedruckt u. a. bei Kißling 2, S. 461), Reichsgesetz.

1873. 5. April: „Gesetz, betr. die Abänderung der Artikel 15 und 18 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850" (abgedruckt u. a. bei Kißling 2, S. 461 f.).

1873\. 11.—14. Mai: die 4 Maigesetze (abgedruckt u. a. bei Kißling 2, S. 462—475):

11. Mai: „Gesetz über die Vorbildung und Anstellung von Geistlichen" („Kulturexamen", Verbot der Anstellung von Geistlichen ohne vorherige Anzeige an den Oberpräsidenten).

12. Mai: „Gesetz über die kirchliche Disziplinargewalt und die Errichtung des königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten." (Kirchliche Disziplinargewalt darf nur von deutschen kirchlichen Behörden ausgeübt werden; in zahlreichen Fällen Berufung an den neuen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten zulässig.)

13. Mai: „Gesetz über die Grenzen des Rechtes zum Gebrauche kirchlicher Straf- und Zuchtmittel." (Schutz der freien Ausübung des Wahlrechts, Verbot kirchlicher Strafen aus Anlaß von Befolgung staatlicher Anordnungen.)

14. Mai: „Gesetz, betr. den Austritt aus der Kirche." (Erleichterung des Austritts).

2. Mai: Schon vor dem Erlaß der Maigesetze Beschluß der Bischofskonferenz in Fulda, ihnen passiven Widerstand entgegenzusetzen. Infolgedessen in den nächsten Jahren zahllose Einzelkonflikte, hauptsächlich aus Anlaß des ersten der Maigesetze, Verhaftungen und gerichtliche Bestrafungen von Bischöfen (u. a. Erzbischof Ledochowski von Posen-Gnesen in der Nacht vom 2. zum 3. Februar 1874 verhaftet, Bischof Eberhard von Trier am 6. März 1874 auf zwei Jahre ins Gefängnis gesetzt); ferner sind schließlich rund tausend katholische Gemeinden ohne ordentliche Seelsorge.

7. August: Eigenhändiger Privatbrief des Papstes an Kaiser Wilhelm (Schultheß S. 188 f.).

3. September: Antwort des Kaisers (ebenda. Der Kaiser lehnt u. a. den Anspruch des Papstes, wonach jeder, der die Taufe empfangen hat, „auf irgend eine Weise dem Papst angehöre", mit evangelischer Wärme ab).

Das erste der Maigesetze wurde im folgenden Jahre durch neue gesetzgeberische Maßnahmen verschärft und ergänzt:

1874\. 4. Mai: „Gesetz, betr. die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern" (abgedruckt u. a. bei Kißling 2, S. 475 ff.; durch gerichtliches Urteil entlassene Geistliche, welche ihr Amt weiter ausüben, können ausgewiesen oder ihr Aufenthaltsort kann ihnen angewiesen werden).

1874. 20. Mai: „Gesetz über die Verwaltung erledigter katholischer Bistümer" (abgedruckt u. a. bei Kißling 2, S. 477 ff.).

21. Mai: „Gesetz wegen Deklaration und Ergänzung des Gesetzes vom 11. Mai 1873 über die Vorbildung und Anstellung von Geistlichen" (abgedruckt u. a. bei Kißling 2, S. 481 ff.; u. a. dem Oberpräsidenten die Befugnis erteilt, in bestimmten Fällen das gesamte Vermögen erledigter kirchlicher Stellen zu beschlagnahmen).

1875. 5. Februar: Enzyklika des Papstes an die Erzbischöfe und Bischöfe Preußens, in der er die Maigesetze für ungültig (irritas) erklärt (Schultheß S. 408—411).

7. Februar: Zivilehegesetz („Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung", Reichsgesetzblatt S. 23—39). Reichsgesetz.

22. April: „Brotkorbgesetz" („Gesetz, betr. die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bistümer und Geistlichen", abgedruckt u. a. bei Kißling 3, S. 438 ff. Die Leistungen des Staates an die Erzbistümer und Bistümer werden eingestellt, bis der im Amt befindliche Erzbischof usw. die schriftliche Erklärung abgibt, die Gesetze des Staates befolgen zu wollen).

31. Mai: „Gesetz, betr. die geistlichen Orden und ordensähnlichen Kongregationen der katholischen Kirche" (abgedruckt u. a. bei Kißling 3, S. 440 f. Alle Orden, mit Ausnahme derjenigen, die sich der Krankenpflege widmen, werden vom preußischen Gebiete ausgeschlossen; die letzteren werden der Aufsicht des Staates unterworfen und können durch königliche Verordnung aufgehoben werden).

18. Juni: „Gesetz über Aufhebung der Artikel 15, 16 u. 18 der Verfassungsurkunde vom 31. Jan. 1850" (Kißling 3, S. 454).

20. Juni: „Gesetz über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden" (abgedruckt u. a. bei Kißling 3, S. 441—452. Die Vermögensverwaltung wird einem im wesentlichen von der Gemeinde zu wählenden Kirchenvorstand und einer Gemeindevertretung übertragen).

4. Juli: „Gesetz, betr. die Rechte der altkatholischen Kirchengemeinschaften an dem kirchlichen Vermögen" (Kißling 3, S. 452 f. In Gemeinden, aus denen eine „erhebliche" Zahl von Mitgliedern einer altkatholischen Gemeinschaft beigetreten ist, wird der letzteren der Mitgebrauch der Kirche und des Kirchhofs eingeräumt).

1876. 26. Februar: „Gesetz, betr. die Abänderung von Bestimmungen des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich vom 15. Mai 1871, und die Ergänzung desselben. Vom 26. Februar 1876" (Kißling 3, S. 454. — Einfügung eines § 130a: Ausdehnung des Kanzelparagraphen auf Schriftstücke).

7. Juni: „Gesetz über die Aufsichtsrechte des Staates bei der Vermögensverwaltung in den katholischen Diözesen" (Kißling 3, S 454 ff. Ergänzung des Gesetzes vom 10. Juni 1875 s. o.).

Anhang II.

Die folgenden Briefe — sämtlich eigenhändige Originale — befinden sich in der umfangreichen Korrespondenz Robert von Mohls in der Tübinger Universitätsbibliothek. Mohl war von 1867 bis September 1871 badischer Gesandter in München; vom 1. Oktober 1871 bis zu seinem Tode Präsident der badischen Oberrechnungskammer.

Döllinger an Robert v. Mohl.

München, 25. Dezember 1868.

(Dank für die Uebersendung von Mohls Politik Bd. II [Staatsrecht, Völkerrecht und Politik III, Tübingen 1869]).

Allerdings aber begegnet mir gleich primo introitu S. 49 unten eine Angabe, gegen die ich doch in meinem Namen und im Namen vieler deutscher Katholiken (gewiß fast aller wissenschaftlich gebildeten) Protest einlegen muß. Sie sagen da: die Anerkennung des Primats (i. e. wohl Herrschaft) der Kirche über die Volksschule sei von der ganzen katholischen Christenheit in Anspruch genommen, wovon der Syllabus Zeuge sei. Aber welcher gebildete Katholik in Deutschland (ein Häuflein enragierter Ultramontaner ausgenommen) bekennt sich denn zu allen Sätzen des Syllabus? Ich kenne nicht einen einzigen; und meine Personalkenntnis reicht ziemlich weit; wobei ich allerdings zugebe, daß Viele der Aengstlicheren aus Besorgnis, das päpstliche Ansehen allzu sehr preiszugeben, die unerträglichen Sätze des Syllabus möglichst zu mildern oder wegzueskamotieren suchen, in der Weise, wie es in Frankreich Dupanloup und einige andere getan haben ....

Georg Freiherr v. Werthern, preußischer Gesandter in München, an Mohl.

München, 5. Juli 1870.

. . . .

Von Rom ist noch keine Entscheidung. Doch soll sie nahe bevorstehen. Die Minoritätsbischöfe wissen absolut nicht, welches Gesicht sie zur Proklamation schneiden sollen und einigen Gesandten fällt ex post ein, daß man hätte von Anfang an energischer auftreten sollen. Meiner Ansicht haben sie Unrecht und ich bin mit dem Dr. Pangloß nie mehr einverstanden gewesen, que tout est au mieux dans ce meilleur des mondes als in der Behandlung der Konzilsfrage. Man muß nie jemand die Gelegenheit entziehen, sich zu blamieren.

Großen Lärm macht in Paris die Nachricht, daß eine Deputation unterwegs sei, um dem Prinzen Friedrich von Hohenzollern die spanische Krone anzubieten — nicht dem Erbprinzen, wie die Zeitungen irrtümlich melden.

* * *

Derselbe an denselben. München, 16. Dezember 1871.

. . . .

Die Kammer hat Lutz' Kriegserklärung mit Vereinigung beider schwarzen Fraktionen beantwortet, doch findet diese Phalanx trotz tiefen Nachdenkens nicht den Mut, die Auflösung zu provozieren und zu dem letzten Antrag von Barth und Schüttinger [1] fehlen ihr die $^2/_3$. Wahrscheinlich geht also der eigentliche Spektakel erst los bei der Debatte über die Beschwerden der Bischöfe.

* * *

Derselbe an denselben. München, 10. Februar 1872.

. . . .

Die Ablehnung der Beschwerde des Bischofs von Augsburg, vor vierzehn Tagen, mit 76 zu 76 Stimmen und gestern die des Barth-Schüttingerischen Initiativantrags läßt auf eine Zerbröckelung der patriotischen Partei schließen. Ihre Vota gleichen den Exkommunikationen, sie blitzen nur noch,

[1] Dieser Antrag, vom 14. Dezember, forderte, daß in Fällen, in denen der Bundesrat über Aenderungen der Reichsverfassung oder Zusätze zu derselben beschließe, oder über Bestimmungen der Reichsverfassung, in denen „bestimmte Rechte Bayerns in dessen Verhältnissen zur Gesamtheit festgestellt werden", die bayerischen Bundesratsvertreter an die Zustimmung beider bayerischen Kammern gebunden werden sollten.

schädigen aber nicht mehr. Doch gibt sie, wie ich höre, das Spiel noch nicht auf und wird über eine Beschwerde des hiesigen Erzbischofs das Ministerium noch einmal angreifen, ehe die Beratung des Budgets und mit diesem der Schluß eintritt. Das Ministerium steht solidarisch fest, Lutz fühlt sich durch Bismarcks Reden gestärkt und ist, wie Hegnenberg durch huldvolles Schreiben des Königs und Uebersendung [von] dessen lebensgroßer Photographie beglückt worden. Der Nuntius erschöpft sich in Höflichkeiten gegen die Minister, gegen Hohenlohe und seit Bismarck das Visier aufgeschlagen hat, auch gegen mich. Neulich auf dem Balle bei Prinz Luitpold setzte er sich mit Affektation neben mich und unterhielt mich eine ganze halbe Stunde. Zum Glück hatte ich eine tüchtige Prise von Rechberg in der Nase. Auch von Rom her weht ein milderer Wind, wie immer, wenn die Bande sieht, daß Ernst gemacht wird und alles in allem glaube ich, daß das Budget zustande kommt. Dann ist wieder Ruhe. Unterdes arbeitet die altkatholische Bewegung in der Stille und mit Macht weiter, und was der Klerus auf dem Lande allenfalls gewinnen mag, verliert er doppelt in den Städten. Tag wird es, das ist sicher, nur geht es langsam und mit Gewalt ist nichts auszurichten. Trotzdem ist meine Stellung sehr delikat geworden. Unberufene lesen allen Schmutz aus der Gosse auf, derselbe wird in Berlin destilliert und auf den König abgeladen und dieser so gegen mich und gegen uns verstimmt. Der Hauptarbeiter diese Poudrette-Fabrik ist wahrscheinlich ***, der seinen bevorstehenden Fall durch den meinigen decken will. Doch habe ich auch noch andere im Verdacht, die ich jedoch nur mündlich nennen möchte . . . . .

* * *

Derselbe an denselben. München, 14. Juli 1872.

. . . .

(Vorschlag einer Reform der Ausbildung unserer Beamten, vornehmlich der juristischen), nämlich nach Erwerbung der ersten notdürftigen Begriffe die Praxis folgen zu lassen und dann erst die eigentliche theoretische Schule. Ich erinnere mich noch schaudernd der Wüste in meinem Kopf, als ich Pandekten hörte.

. . . .

Von Berlin aus fiel, infolge einer neuen Klatscherei, die bekannte Löwentatze des Zeus Varzinus schwer auf mich . . . . . .

(Kronprinz und Prinzeß kommen demnächst durch München auf dem Weg nach Berchtesgaden und am 7. August der Kaiser auf dem Weg nach Gastein) . . . . . .

Dies ist mein besonderer Umstand; der politische gestaltet sich erfreulicher. Im engsten Vertrauen und nur zur Mitteilung an S. K. H. den Großherzog kann ich E. Exz. sagen, daß meiner Vermutung nach (denn mehr weiß ich auch nicht) die Minister sich am Mittwoch geeinigt haben, Hohenlohe wieder an ihre Spitze zu stellen. Letzterer, der mich gestern auf

dem Weg nach Aussee besuchte, leugnet seine Kandidatur nicht, tut aber, als ob er nicht an den Erfolg glaubt. Allein die Tatsache, daß die Minister sich über E i n e n geeinigt haben, läßt mich schließen, daß nur er gemeint sein kann. Wie lang sich die Entscheidung verzögert, ist unberechenbar; Pranckh meint zwei Monate, Fäustle einen, Pfeufer acht Tage. Noch soll der König gegen Hohenlohe sein, aber die Entscheidung betreiben, um Ruhe vor seinen Onkels zu haben. Mit einiger Geduld und bei Vermeidung aller der unberechenbaren Störungen des Allerhöchsten Gleichgewichts setzen die Minister vielleicht ihre Pläne durch.

Ich würde H.'s Wiedereintritt unter den jetzigen Umständen für einen großen Gewinn halten; ob auch für ihn, ist eine andere Frage, die in der Affirmation nur dann zu beantworten wäre, wenn man ihm die Energie zutrauen könnte, Lutz, der alles Vertrauen verloren und sich zuletzt in seinem Verfahren mit der Universität (die ihn zur Strafe nun auch nicht zum Dr. phil. macht) gründlich blamiert hat, s o g l e i c h gegen Pfeufer auszutauschen und diesen durch Hörmann. Doch daran ist nicht zu denken; unser guter Fürst wird die Verhältnisse wieder mit der bekannten Objektivität betrachten, sich schieben lassen und zuletzt das ganze Odium der kultusministeriellen Doppelzüngigkeit auf sich nehmen. Indessen kommt die Bedeutung H.'s als Minister nicht in Betracht gegen die seines Namens in den Beziehungen zu Rom.

Lutz wird sich bemühen, am Universitätsjubiläum seine schiefe Stellung zu diesem Gremium wieder gut zu machen und es sollen, wie ich höre, bei dieser Gelegenheit alle Register gezogen, viele Titel, 10 Orden und 26000 fl. vernutzt werden (Döllinger, Großkomthur vom Kr.-O., Giesebrecht, Geheimer Rat usw.). Der König hat seine Teilnahme nur zur Festvorstellung des Lohengrin zugesagt. Dagegen wird Prinz Ludwig einen Toast ausbringen . . .
P. S. Nothomb und Vianna de Lima, die auf bayerischen Wunsch n e u akkreditierten Gesandten Belgiens und Brasiliens, sind neulich hier angekommen, haben nach 11 Tagen weder den König, noch einen Prinzen, noch einen Minister gesehen, endlich Daxenberger mit den üblichen Zeremonien ihre Beglaubigungsschreiben überreicht und dann voll Wut das Lokal wieder verlassen. — So etwas kann auch nur in München passieren.

* * *

D e r s e l b e a n d e n s e l b e n. M ü n c h e n, 15. Dezember 1872.

(Ueber Mohls Sohn Ottmar.)

Hier ist das alte Bild mit einigen neuen Figuren und Gruppierungen. Der auswärtige Minister — der Minister des angenehmen Aeußeren — entwickelt sich in bekannter Eleganz und gibt uns Sonnabend ein Festessen, dergleichen man noch nie hier gesehen haben soll. — Ob die neuen Puppen ganz fest stehen, vermag ich nicht zu sagen. Die Gassersche Blamage wird auf ihren Erfinder, Prinz Adalbert, zurückgewälzt, doch soll dem manquierten

Großwesir die königliche Gnade noch immer leuchten. Der Streit über das Geläute bei Begräbnissen, das der Magistrat, gegen Einspruch der Klerisei, bei Altkatholischen selbst besorgen wollte, hat Lutz nach 20 Monaten mit dem wohlmeinenden Rat entschieden: „Sie sollten sich vertragen." . . . . . Unser Corps hat sich durch Morier vermehrt.

. . . .

Ich hoffe, nächstens Stoff und Muße zu finden, um Sr. K. Hoheit wieder ein Gespinst abzuwickeln. Kennen Sie Sepps „Deutschland und der Vatikan" noch nicht, so bedarf es eines Wortes; ich schicke es Ihnen. Der alte närrische Kerl hat mir mehrere Exemplare zum Verhökern überwiesen.

* * *

Derselbe an denselben. München, 24. Dezember 1872.

E. E. beehre ich mich, beikommend Sepps Buch und die Chronik der hiesigen Universität in je zwei Exemplaren zu übersenden mit der ergebensten Bitte, von jedem Eins Sr. K. H. dem Großherzog zu überreichen und Höchstdemselben gelegentlich auch meine ganz gehorsamste Entschuldigung zu machen, daß ich dem ehrenvollen Auftrag, über die altkatholische Bewegung Bericht zu erstatten, so lange nicht mehr nachgekommen bin. Was sollte und was könnte ich aber auch schreiben? Was läßt sich noch sagen über eine Bewegung, die stets gehemmt wird und ihren Namen nur hat wie lucus a non lucendo?

Die Rede Döllingers hat vielleicht Interesse für den Großherzog. Doch ist es nicht die erste Rede, welche ich Höchstdemselben schicken wollte. Ich hatte die im Sinne, welche er bei Uebernahme des Rektorates hielt, aus der er ein Buch machen wollte, wie er sagte, und die wenigstens gleich gedruckt werden sollte. Sie hatte eine hohe politische Färbung und war besonders interessant durch die Ausführung des Gedankens, daß die französische Kriegserklärung und die Kriegserklärung Roms gegen die deutsche Wissenschaft — 18. Juli 1870 — in innigstem Zusammenhang stehen. — Wahrscheinlich ist dem alten Herrn diese offene Sprache hinterdrein bedenklich erschienen und von der Veröffentlichung der Rede durch den Druck ist nichts mehr zu hören.

Der Schlitten im Geschmack Ludwigs XIV. ist allerdings auch gebaut worden, und zwar von Meyer, wo ich ihn wiederholt gesehen habe. Er übertrifft an Pracht alles, was bisher dagewesen ist. Nichts als Gold, goldgestickter Samt und die Felder mit mythologischen Nuditäten bemalt . . . . Vier Geschirre in blauem, goldgesticktem Leder. Die Kosten belaufen sich auf etwa 50 000 fl. Dagegen kostet der Galawagen an 200 000 fl. Ihr Berichterstatter hat beide Posten verwechselt. In demselben Geschmack ist jetzt der ganze Lindenhof möbliert. — Daß S. M. es unvereinbar mit der königlichen Würde finden, wenn die Pferde vor seinem Wagen Allerhöchstseinem Gesicht

ihr Hinterteil zudrehen und infolgedessen eine Art para-podex von Leder angebracht werden muß, der diesen unschicklichen Anblick verbirgt, habe ich Ihnen wohl geschrieben?

* * *

Derselbe an denselben. München, 16. April 1873.

(Ueber Ottmar v. Mohl. Dessen Abreise nach Singapore. Glückwunsch zu diesem Sohn.)

. . . .

Vor 14 Tagen war ich mit meiner Frau in Berlin. Bismarck fand ich äußerst huldvoll. Auf seine Anfrage, ob ich bei dem bevorstebenden Revirement eine Veränderung wünsche, antwortete ich mit Nein und bin nun hier auf eine Weile reassekuriert, was mir mit Rücksicht auf Familienverhältnisse sehr angenehm ist. B. sagte sogar, ihm tue ich einen Gefallen, wenn ich bleibe.

Fröbel hat die S.-deutsche Presse an die Bayerische Bank für 12000 fl. verkauft und ist auf meine Verwendung zum deutschen Konsul in Smyrna designiert. Doch bitte ich, hiervon nicht zu sprechen. Es macht mich glücklich, diesem vortrefflichen Menschen geholfen zu haben.



Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung in Tübingen.

W. Busch:

Bismarck und die politischen Anschauungen in Deutschland von 1847—1862.

8. 1896. M. —.60.

Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) in Tübingen.

A. Dove:

Bismarcks Bedeutung für Alt und Jung.

Festrede vor der Grundsteinlegung zur Bismarcksäule auf dem Schloßberg zu Freiburg i. Br. gehalten in der Aula der Universität am 22. Juli 1899.

(Der Ertrag ist für die Freiburger Bismarcksäule bestimmt.)

Groß 8. 1899. M. —.50.

J. Hatschek:

Bismarcks Werk in der Reichsverfassung.

(Rede, gehalten am 31. März 1906 auf dem vom deutschen Ostmarkenverein u. a. in Posen veranstalteten Bismarckkommerse.)

8. 1906. M. —.40.

R. Krauel:

Die Bekenntnisse des jungen Bismarck.

Rede, gehalten in der Aula der Realschule zu Freiburg i. Br. am 10. Februar 1901.

Lex. 8. 1901. M. —.60.

75 % Verlags- und dazu Sortiments-Teuerungszuschlag.

Fr. Meinecke:

Deutsche Jahrhundertfeier und Kaiserfeier.

Freiburger Universitätsrede 14. Juni 1913.
(Separatabdruck aus »Logos« Band IV Heft 2.)
Gross 8. 1913. M. —.50.

Felix Rachfahl:

Preußen und Deutschland
in
Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

(Recht und Staat. Heft 13.)
8. 1919. M. 2.—.

Adolf Rapp:

Studien zur Geschichte der nationalen Bewegung in Deutschland.

Heft 1.
Das österreichische Problem und die Kaiserpartei von 1848.
8. 1919. M. 4.—.

J. Schumpeter:

Zur Soziologie der Imperialismen.

(Aus dem Archiv für Sozialwissenschaft u. Sozialpolitik Bd. 46, Heft 1 u. 2.)
Groß 8. 1919. M. 3.—.

Hans Kelsen:

Vom Wesen und Wert der Demokratie.

(Separat-Abdruck aus »Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik«. Band 47. Heft 1.)
Gross 8. **1920.** M. 3.—.

Das Problem der Souveränität und die Theorie des Völkerrechts.

Gross 8. **1920.** M. 28.—.

75 % Verlags- und dazu Sortiments-Teuerungszuschlag.

DATE DUE

GAYLORD

PRINTED IN U.S.A.

UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY

A 000 791 164 7

Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) in Tübingen.

Beiträge zur Parteigeschichte.

Herausgegeben von Dr. **Adalbert Wahl**, Professor in Tübingen.

Heft 1: Dr. **L. Bergsträßer**, Studien zur Vorgeschichte der Zentrumspartei. 8. 1910. M. 5.—.

Heft 2: Dr. **W. Reinöhl**, Uhland als Politiker. 8. 1911. M. 5.—.

Heft 3: Privatdozent Dr. **A. Rapp**, Friedrich Theodor Vischer und die Politik. 8. 1911. M. 3.40.

Heft 4: Dr. **Richard Pregizer**, Die politischen Ideen des Karl Follen. 8. 1912. M. 3.—.

Heft 5: Dr. **Albrecht List**, Der Kampf ums gute alte Recht (1815—1819) nach seiner ideen- und parteigeschichtlichen Seite. 8. 1913. M. 6.—.

Heft 6: Dr. **Walter Wieber**, Die politischen Ideen von Sylvester Jordan. 8. 1913. M. 3.—.

Heft 7: Dr. **Richard Lempp**, Die Frage der Trennung von Kirche und Staat im Frankfurter Parlament. 8. 1913. M. 6.—.

Heft 8: Dr. **Friedrich Eppensteiner**, Rousseaus Einfluß auf die vorrevolutionären Flugschriften und den Ausbruch der Revolution. 8. 1914. M. 2.50.

Heft 9: **O. Schnizer**, Gustav Rümelin's politische Ideen. 8. 1919. M. 5.—.

75 % Verlags-, dazu Sortiments-Teuerungszuschlag.

Druck von H. Laupp jr in Tübingen.